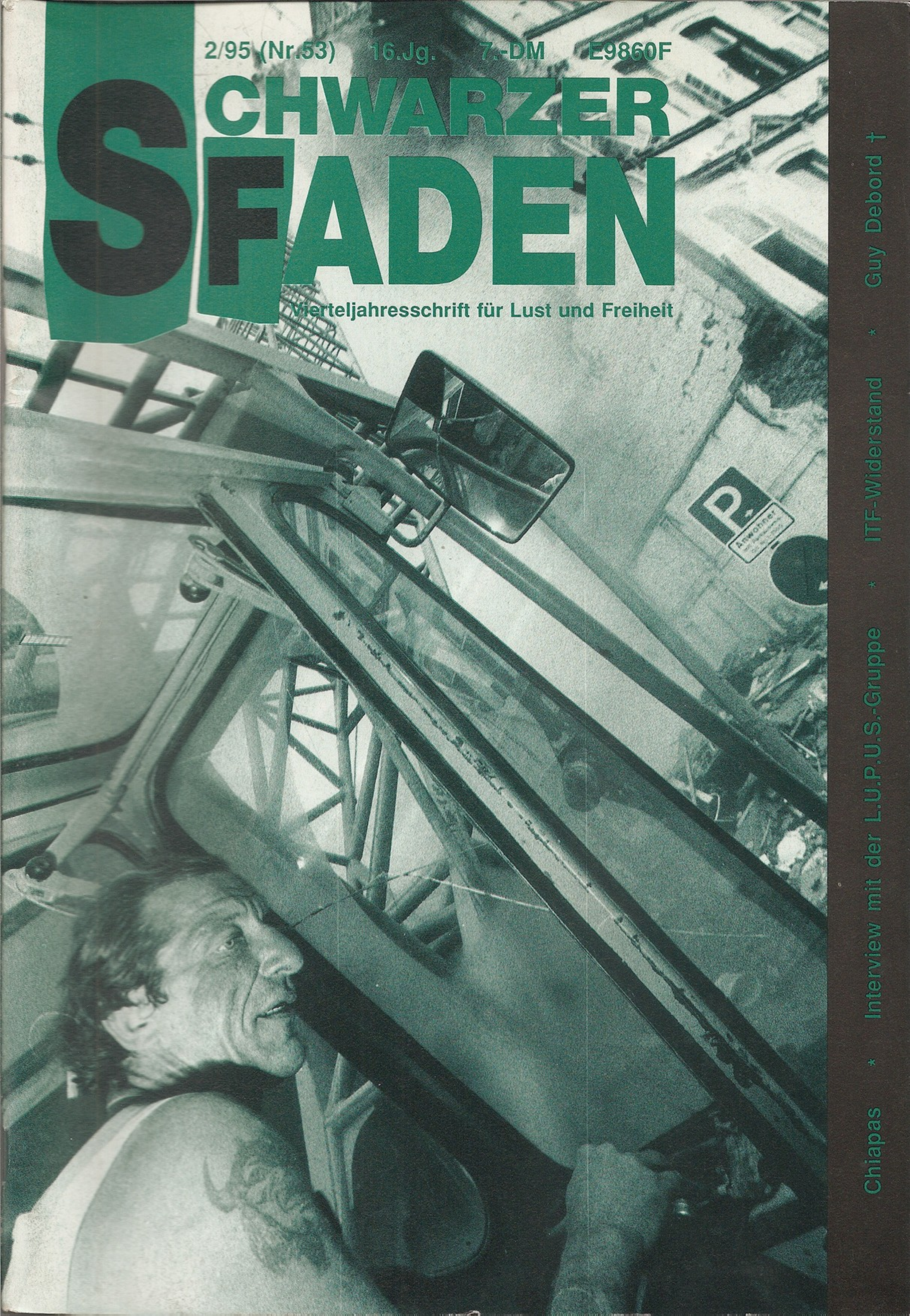

2/95 (Nr.53) 16.Jg. 7.-DM E9860F
SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Chiapas * Interview mit der L.U.P.U.S.-Gruppe * ITF-Widerstand * Guy Debord †



Foto: Macuro

Aufruf für eine erweiterte SF-Sondernummer Feminismus

Seit längerem ist die **SF-Sondernummer Feminismus** vergriffen. Die Nachfrage hält jedoch an, so daß wir uns eine auf 100 Seiten erweiterte und veränderte Neuauflage vorgenommen haben. Für diese Erweiterung können und sollen noch neue Texte, Fotos etc. eingesandt werden. Redaktionsschluß ist der **1.9.95**. Über Eure Mitarbeit freut sich die Redaktion.

Entschuldigt!! Vertriebschaos

Leider hat es beim letzten Vertrieb zwei Fehler gegeben. Bei einigen Verlängerungsrechnungen wurden alte Vorlagen benutzt, so daß zum neuen ABOpreis für 5 Ausgaben (30.-) auf derselben Seite auch noch der alte (25.-) für 4 Ausgaben auftauchte. Wir schreiben jetzt eben 4 oder 5 Ausgaben gut, je nachdem, für welchen Betrag Ihr Euch entschieden habt. Peinlicher ist uns, daß auf allen eingetüteten Exemplaren (das betrifft ebenfalls diejenigen, die Verlängerungsrechnungen erhalten haben) der Stempel "Postvertriebsstück" vergessen wurde, so daß für einige ein Strafporto fällig wurde. Manche haben den SF zurückgehen lassen und damit uns dieses Porto aufgebrummt, andere haben wohl das Strafporto bezahlt. Bei Letzteren bedanken wir uns ganz herzlich für diese unfreiwillige Spende und versprechen, daß wir konzentrierter arbeiten werden. Wer von Euch die 4.- DM rückerstattet bekommen will, melde sich.

SF-Vertriebsgruppe

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., 15.-;
Gesamtstand (Februar: 110.-)

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens:

G., Köln 5.-; I.W., Karlsruhe 20.-; F.-J.M., Dortmund 2,50; K.N., Euskirchen 100.-; F.M., Eningen 25.-; H.-J.A., Aachen 20.-; M.S., Freiburg 20.-; O.K., Idar-Oberstein 70.-; M.H., Blomberg 30.-; A.A., Hamburg 20.-; S.W., Hannover 10.-; B.N., Kaufungen 15.-; T.W., Barkelsby 5.-; J.G., Bremen 30.-; A.J-K., Bad Vilbel 20.-; T.H., Berlin 10.-; H.-J., Hamburg 5.-; B.W., Baunatal 2.-;. M.K., Frankfurt 10.-;

Gesamt: 419,50

Impressum:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

Einzelpreis: 7.-DM
ABO (5 Nrn.): 30.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug, Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70

Erscheinungsweise: 5 x jährlich
Auflage: 3000
Verlag/Herausgeber:
Wolfgang Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienstnr. E 9860 F
V.i.S.d.P.: Herbert Sachs, Leverkusen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht. Das Redaktionskollektiv besteht derzeit aus 8 Menschen aus Frankfurt, Karlsruhe, Köln, Stuttgart und Grafenau. Des weiteren finden jährlich Treffen einer erweiterten Redaktion statt. Bei Interesse Kontakt aufnehmen!

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.

Anzeigenpreise (zzgl. 15% MWST):

Kleinanzeige:	20.- DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.- DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.- DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.- DM
1/2-A-4-Seite:	450.- DM
1 A-4-Seite:	1000.- DM

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Inhalt Nr.53

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-54(3/95): 7.6.95
Titelphoto: Pedro Citoler/transparent

Hinweis für Nr.54 (3/95)

Folgender bereits vorliegender Beitrag erscheint im Juli 1995:
– Dieter Nelles: Der Widerstand der ITF gegen Nationalsozialismus und Faschismus, Teil 2

Wir wollen dem SF mehr Akzeptanz verschaffen. Dazu gehören gelegentliche Anzeigen, Veranstaltungen etc. Wer kann, spende für den "Pressefonds" des SF! Wir werden wieder eine Liste der SpenderInnen in jeder Nummer veröffentlichen. Merci!


Gute Zeiten,
schlechte
Zeiten

»Man kann doch schlecht sagen, daß es gut ist, daß die Zeiten so schlecht sind« -

Autonomer Kongreß Teil drei

von kater/ffm

der hammer fällt und niemand merkt / was um ihn rum geschieht / und plötzlich stehst du einsam da / wenn man dich ignoriert / die welt muß sich um schlipse drehen / die sonne ist nur da / um euch zu blenden / und das kann sie gut fürwahr

Vier Wochen vor Ostern fand das letzte bundesweite Vorbereitungstreffen für den Autonomie-Kongreß statt, überschattet von der Hiobsbotschaft, daß die Räume der Humboldtuni überraschenderweise nun doch nicht zur Verfügung stehen. Obwohl es schon Vorverträge gab, beugte sich die Leitung der Uni der Intervention des Berliner Senats und zog ihre eigentlich feste Zusage zurück. Gleichzeitig offenbarten die Diskussionen während des Treffens massive Schwierigkeiten bei der inhaltlichen und praktischen Vorbereitung des Kongresses. Nicht nur in Berlin blieben die Vorbereitungsgruppen und -grüppchen isoliert, sofern es überhaubt welche gab.

Unter diesen Umständen war schnell klar, daß es kaum gelingen würde, genügend politischen Druck zu entwickeln, um den Kongreß so durchzuführen, wie er geplant war. Eine Besetzung geeigneter Räumlichkeiten, selbst wenn sie gelänge, würde den Charakter grundsätzlich verändern und die Diskussion unmöglich machen.

soviele wollten was verändern / doch keiner wußt wies geht / wahrscheinlich weil herr gehtsonicht / an jeder ecke steht

Dennoch konnte sich das bundesweite Plenum nicht dazu durchringen, den Kongreß vier Wochen vor dem geplanten Termin noch abzusagen. In der Erklärung, die auf dem Treffen verabschiedet wurde, heißt es, daß sich weiter um große Räume bemüht werde, daß dem Druck nicht weiter als notwendig gewichen werde.

Kinderbetreuung und Essensversorgung können allerdings nicht mehr gewährleistet werden. Leute, die zum Kongreß kommen wollen, werden mit viel Improvisation, auch mit dezentralen Lösungen zurechtkommen müssen. Alle sind dazu aufgerufen, die Vorbereitungsgruppe organisatorisch zu unterstützen und durch ihre Initiative dazu beizutragen, daß die inhaltlichen Auseinandersetzungen den Kraftaufwand rechtfertigen. Immerhin hatte die Resonanz auf die Vorbereitungen gezeigt, daß prinzipiell zumindest ein konsumistisches Interesse am Kongreß besteht.

wir sind zu klein um uns zu wehren / doch wir warten weiter ab / denn am schluß holt euch die zeit ein / und wir pissen euch aufs grab

Gleichzeitig mit dem Kongreß werden auf jeden Fall von einigen Autonomen, AnarchistInnen, WagenburglerInnen (und was sonst noch so mit @ anfängt) in Berlin die "Spaßtage", (nicht zu verwechseln mit "Chaostagen") stattfinden. Dem Aufruf ist zu entnehmen, daß sie sich an "alle, die keinen Bock haben, sich unterbuttern zu lassen" richten. Alle sind eingeladen "Berlin zu verzaubern, zu feiern, leben, musizieren wie's paßt".

ich zog den hut vor helden / doch heute fällts mir eher schwer / sie sind viel zu fett geworden / denen glaubt doch keiner mehr

Die Idee entstand aus der Kritik einiger Leute, vornehmlich aus dem Osten der Republik, die ganze Diskussion sei allzusehr auf die ganz bestimmten Bedürfnisse eines Teils der Vorbereitungsplena zugeschnitten, der sich schlicht unfähig zeigte, andere Standpunkte zu hören, so sie nicht ebensolaut, wie sie vom eigenen entfernt waren, vorgetragen wurden. Trotz aller Differenzen wird allerdings Wert darauf gelegt, daß Kongreß und Spaßtage in einem solidarischen Verhältnis stehen und sich ergänzen. Immerhin auch ein guter Grund, Ostern nach Berlin zu fahren

(kursiv gesetzte Stellen: Boxhamsters)

Ein Gespräch mit der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe und mit Bo von der Kongreß-vorbereitungsgruppe führte der Heddernheimer Kulturverein.

Eure Zurückhaltung bei der Kongreßvorbereitung läßt fundamentale Kritik vermuten.

L.U.P.U.S.: Es wäre Quatsch, unsere Zurückhaltung daran festzumachen, ob wir aus guten Gründen dem Kongreß zustimmen würden oder aus tiefstem Herzen warnen davor würden. Das Problem ist, ob du mit so großen Maßstäben arbeiten kannst, ob es egal ist, was du zur Zeit machst, eine dreitägige Kampagne gegen Rassismus, Nationalismus oder sonst irgendwas. Ich denke, solch ein Kongreß ist einfach zu groß, du brichst darunter zusammen. Das andere ist - und da unterscheidet sich der Kongreß 95 nicht von anderen, die wir mitorganisiert haben -, daß so ein Kongreß etwas zusammenbringen willen, was woanders hätte stattfinden müssen; daß so ein Kongreß eigentlich nur bündeln kann was eh schon aus regionalen oder kleineren Zusammenhängen platzt. Und umgekehrt wirst du nicht verhindern können, daß die übergroße Mehrzahl der KongreßbesucherInnen genau mit der Erwartung dahin geht, vor der du ständig warnst. Aber ich finde es falsch zu sagen, da gäbe es von uns eine klar duchdachte Überlegung oder gar Konsequenz. Das Problem, überhaupt in größeren Einheiten zu denken -theoretisch wie praktisch-, das ist genauso unseres.

Die Frage ist auch, ob der Ansatz nicht zweifelhaft ist, bzw. sehr traditionell zu glauben, es läge nur daran, daß wir uns über die Inhalte verständigen müßten, um wieder eine große starke Autonome Bewegung zu werden. Es gab in den 60er, 70er, 80er Jahren nie eine breite Verständigung über gemeinsame Themen, Positionen oder Strategien. Es wäre also ein Mythos zu sagen, die wären uns verloren gegangen. Und trotzdem gab es eine starke autonome Bewegung, es gab trotzdem militanten Widerstand und mehr oder weniger Resonanz in der Bevölkerung,

Foto: Herby Sachs /visavi

aber den Knackpunkt, den würde ich nicht daran festmachen, daß es damals inhaltlich Positionen gab, und heute gibt es sie nicht mehr. Die Frage, die ich an diejenigen stellen würde, die sich mit der Kongreßvorbereitung beschäftigen, wäre, ob diese inhaltliche Bestimmung ein wesentliches Anliegen ist um darüber etwas bewegen wollen.

Bo: Ich denke eine Motivation für den Kongreß ist, daß die Leute in der Vorbereitung weiter an den Autonomen festhalten wollen, an Positionen, die sich aus einer laufenden Auseinandersetzung entwickelt haben, aus der Konfrontation mit anderen, ob das jetzt Grüne sind, andere, die in der Bewegung sind oder auch aus der Auseinandersetzung mit der RAF. Auf der anderen Seite aber zu merken, daß die bisherige Politik sich nicht einfach fortsetzen läßt und nicht darauf zu bauen, daß neue Leute nachkommen, es wieder eine neue Generation geben wird. Sich immer in einem Widerspruch zu bewegen, auf der einen Seite an der Geschichte festzuhalten, analysieren zu wollen, was war daran gut, was wollen wir beibehalten/weitermachen, welche Prinzipien wie z.B. Selbstorganisation halten wir auch heute für richtig, und wie wollen wir weiter als kollektiver Zusammenhang und nicht als zwei drei Leute arbeiten. Von daher ist die Frage, ob dieser Kongreß eine Lösung verspricht. Das ist die Motivation für den Kongreß.

L.U.P.U.S.: Wenn man böse ist, kann man sagen, die Frage ist bereits beantwortet, denn wenn darüber geklagt wird, daß es eigentlich nur in ganz wenigen Städten nur ganz wenige aktive Kongreßvorbereitungsgruppen gibt, und aus sehr sehr vielen Städten nur Einzelpersonen da sind, dann ist ja eigentlich die Grundvoraussetzung schon nicht mehr gegeben, die ja qua autonomer Theorie vorhanden sein muß. Autonome Gruppen, Kollektive die sich in irgendeiner Form organisieren und assoziieren. Und das erscheint mir eine der typischen Anstrengung, von all diesen Papieren, die verschickt wurden, daß man eigentlich erst mal etwas beschwören muß, als Voraussetzung, damit dieser Kongreß überhaupt funktioniert.

Bo: Ja was ich eben meinte, daß es eben in der BRD verstreute Gruppen gibt, die sich in einer Form aufeinander beziehen mit dem Selbstverständnis, eine autonome Gruppe zu sein und nicht nur Student zu sein mit Beziehung und Politgeschichte und Teilnahme an Demonstrationen und dies und das. Das ist ja auch eine Frage des Selbstverständnisses.

Momentan gibt es nur noch in sehr wenigen Städten Leute, die von sich sagen, daß sie ein Teil von einer Gruppe, von einer Organisierung, eines Zentrums oder ähnlichem sind.

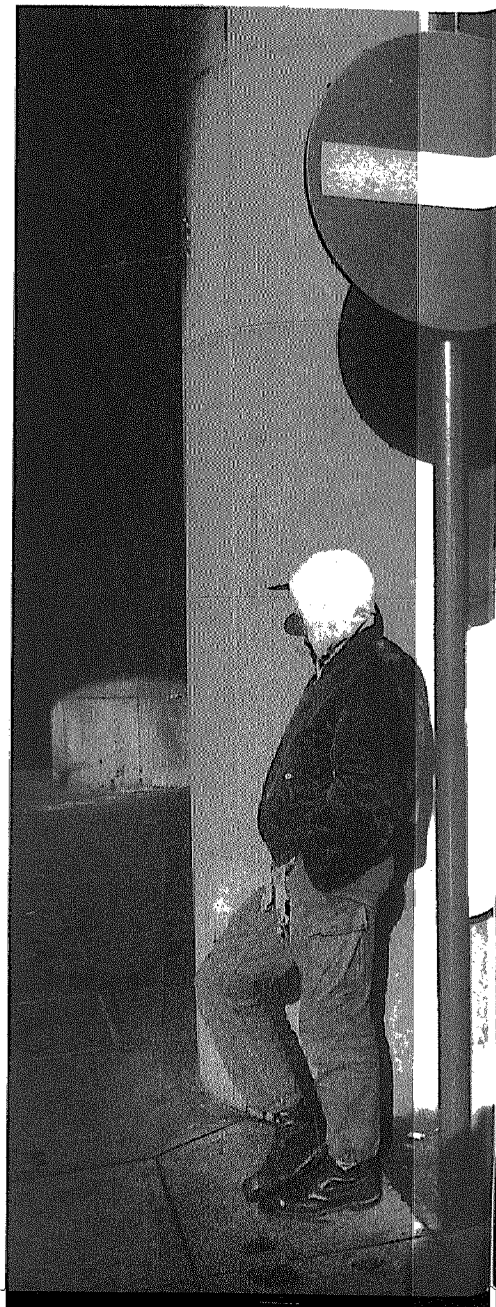
L.U.P.U.S.: Gut und wenn dann so eine Anstrengung ausgerufen wird wie der Kongreß, dann finde ich es nicht verwunderlich, daß es im Wesentlichen nur noch in Hamburg und Berlin die Zusammenhänge gibt, die das in Angriff nehmen.

Bo: Und dort auch nur einzelne Personen, das muß man sagen.

Aber das soll doch auf den Kongreß auch Thema sein.

L.U.P.U.S.: Es geht auch nicht darum zu sagen, es ist falsch einen Kongreß zu machen. Wenn gefragt wird, ja wie ist es denn, gibt es denn als solches noch eine autonome Bewegung, dann geht es mir um die Erkenntnis, daß diese Probleme, die es gibt, diesen Kongreß auf die Beine zu stellen, Rückschlüsse zur Beantwortung dieser Frage zulassen.

Das ist die Banalität autonomen Daseins - in der Theorie wie in der Praxis - daß künstlich Highlights produziert werden, wo dann Leute sagen, bei dem Kongreß entscheiden sich Perspektiven, in Richtung 21. Jahrhundert, oder wenn er nicht zustande kommt, in sich zusammenbricht, dann haben wir endlich das Ende der autonomen Bewegung dokumentiert und waren dabei. Ich denke beides wird mit dem Kongreß nicht entschieden, sondern der Kongreß wird bezüglich der Frage "wie geht es mit den Autonomen weiter" keine Antwort geben. Und das ist auch das Problem dieser permanenten Überhöhung und die hat viel damit zu



tun, daß das alltägliche Dasein als Autonomer, als Autonome recht unspektakulär ist.

Das Bedürfnis nach spektakulären Ereignissen haben wir auch, ich meine den Wunsch, drei tagelang irgendwas Gigantisches aus dem Boden zu zaubern, den Wunsch kann ich verstehen, dem hänge ich auch nach.

Ich sehe in diesem Kongreß eigentlich den Versuch, eine Bewegung anzuschieben.

L.U.P.U.S.: Ja, das ist idiotisch! Das ist Betriebswirtschaft, das ist ein Management-Denken. Kein Kongreß hat jemals, egal in welcher Geschichte, eine Bewegung initiiert oder sie gebündelt oder ihr die Wegweiser gegeben. Das hat in der Geschichte nicht funktioniert und wird heute nicht funktionieren. Das kann man bei einer Partei machen. Es ist das Problem, daß insgeheim, obwohl das jeden autonomen theoretischen Ansprüchen widerspricht, erwartet wird, daß dieser Kongreß wie eine Partei die Leitlinien für das Jahr 2000 ausgibt. Niemand formuliert es, alle beschwören das Gegenteil und alle gehen genau deswegen hin. Weil sie hoffen, unterhalb der Beschwörung oder der Warnung genau das zu finden.

Es ist typisch für jeden Niedergang einer Bewegung: Das Versprechen durch Organisierung, durch klare Zielsetzung, endlich die Leitlinien auszugeben, die für all die verlorenen Schäfchen der Hort der Gemeinsamkeit sein könnten.

Dabei gibt es - im Gegensatz zum Gejammere über das Ende der Bewegung - viele spannende Auseinandergung - viele spannende Auseinandersetzungen innerhalb autonomer Theorie und Praxis, die mit dem schleichenden Ende der Bewegung überhaupt erst stattfinden konnten, weil sie vorher nie Thema waren, bzw. vorher immer an einer starken militanten Bewegung abgeprallt sind. Die Diskussion um Militanz oder soldatische autonome Tugenden, oder um patriarchales Verhalten, oder "was haben wir mit dem Antisemitismus zu tun", oder die Frage, "ja gibt es sowas wie einen populistischen Ansatz", der einfach eine bestimmte rassistische Grundstruktur leugnen muß, damit überhaupt ein Massenansatz formuleirt werden kann. Das sind Fragen die nicht in der Hochzeit der Bewegung gestellt wurden, geschweige denn diskutiert wurden, sondern eigentlich erst mit dem Abflauen von der Bewegung möglich wurden, ohne daß gleich als Abweichler oder als Abwiegler denunziert zu werden. Das sind eigentlich Sachen, die ich absolut spannend fände.

Bo: Ist es nicht eher so, daß sich im Laufe der Jahre Streitkulturen entwickelt haben und auch viele übrig geblieben sind die sich mit Theorie auseinandersetzten und daß das nicht unbedingt damit zusammenhängt, daß die Bewegung so schwach ist. Es gibt immer noch den Teil, an dem das trotz allem abprallt. Daß, aufgrund der Schwäche der Bewegung, nicht unbedingt eine Selbstkritik stattfindet, sondern daß sich Tendenzen verschärfen, die nicht unbedingt eine Aufarbeitung der eigenen Fehler bedeuten.

L.U.P.U.S.: Vielleicht ist es ganz einfach so, daß wenn es schlechter läuft, die Hoffnung, daß man aus Papieren eine Antwort bekommt, größer ist, als in Zeiten, wo es gut läuft, weil dann kann man die Papiere lesen, man kann´s auch einfach lassen, weil es läuft ja sowieso weiter.

Dieses Schauen auf vergangene Bewegungen oder dieses Hoffen auf eine Bewegung, schüttet eigentlich unheimlich viel zu. Ich kann mich mehrmals an Zeiten erinnern, da war ich froh, daß sie rum waren. Weil du nicht mal Zeit hattest, darüber nachzudenken, was da eigentlich passiert ist oder warum wir bestimmte Sachen gemacht haben. Weil du permanent in so einer autonomen Motorik drin warst, die dir später (ganz klar analysiert) allzuoft der Staat aufgedrückt hat. Wo du nur noch reagiert hast, was immer noch unter Bewegungszyklus lief aber de facto ein Hinterherlaufen war.

Wann war das konkret?

L.U.P.U.S.: Der Häuserkampfzyklus 80/81. Da war ich wirklich froh, daß diese rituellen Hausbesetzungen, mit all den protzigen Diskussionen und Stilisierungen ein Ende hatten. Ein wirkliches Bedürfnis Zeit zu haben, darüber nachzudenken, was gelaufen ist und wie könnte man weitermachen. Das kann nicht Sinn einer Bewegung sein, Leute vier Jahre lang zu verramschen und dann einfach auszuspucken. Deshalb finde ich das Ende einer Bewegung noch lange nicht das Ende militanter Politik.

Aber man kann doch schlecht sagen, daß das gut ist, daß die Zeiten so schlecht sind.

L.U.P.U.S.: Nein, aber du könntest sie ganz anders begreifen. Warum führen viele notwendige Auseinandersetzungen heute zu Grabenkämpfen oder zu Stillisierung zu Opfern und Tätern.

Warum kann man nicht seine eigene Geschichte zum Ausgangspunkt nehmen, dann müßten einige nicht ständig von sich absehen und das Reinheitsgebot predigen oder die Märtyrerrolle spielen, sondern man könnte mit der Geschichte, die man hat, endlich aufeinander zu-



Foto: Dirk Wilhelmy

gehen und suchen, was sind für Fehler gemacht worden.

Und was heißt das dann an so einem konkreten Punkt wie dem Wissen um einen rassistischen Konsens, der weit mehr einschließt als Faschisten oder Rep-Wähler, der bis in die Basis hineinreicht die man eigentlich in den 60er und 70er Jahren versucht hat zu mobilisieren und zum Teil auch mobilisiert hat.

Wie z.B. der Anti AKW-Kampf, wie viele haben da die Kämpfe mitgetragen, die rechte- bis Blut-und-Boden-Ideologien hatten, die in der Bewegung kaum auffielen, sondern einfach qua Massebildung dazu addiert wurden. Und später hat man beim genauen Hinsehen gemerkt, huch, da war die Wickingjugend dabei, da waren die Lebensschützer dabei. Das wird dann hinterher aufgerollt und zum kläglichen Ende stilisiert.

Es ist ja nicht so, daß die AKW-Bewegung deswegen so stark war, weil so viele Konservative, Reaktionäre oder Ökofaschisten oder Lebensschützer dabei waren, sondern deswegen, weil damals ein ganzer Haufen Leute dabeigewesen ist die heute verschwunden sind. Auf die sowas einfach nicht zutrifft.

L.U.P.U.S.: Es nicht darum, daß soundsoviele Lebensschützer dabei waren, sondern soundsoviel Normale, linksangehauchte Leute, normale bürgerliche Leute, die mit ihrem normalen bürgerlichen Sexismus, mit ihrem normalen bürgerlichen Nationalgefühl nicht konfrontiert wurden. Und bei den Bewegungen die bis jetzt zu Diskussion standen, wurde es nur am Rande, ganz peripher diskutiert.

Nicht daß das alles lauter Faschos waren, das ist Quatsch, daß man denen jetzt nachträglich was anhängen muß. Aber umgekehrt kann man sagen: Die Politik die damals gemacht wurde, hatte den durchschnittlichen bürgerlichen Bodensatz, da kann man sich höchstens streiten, wie hoch der ist.

Es lag auch daran, daß die Bewegung mit Hilfe dieses "durchschnittlichen bürgerlichen Bodensatz" in die Länge gezogen wurde, wie z.B. an der Startbahn, Friedensbewegung, Wackersdorf. Und so Rassismus zu diesem Zeitpunkt kein Thema war, obwohl es hätte Thema sein müssen. Weil du mit Leuten von der FAP zu dieser Zeit auch konfrontiert warst.

L.U.P.U.S.: Ich denke, da hast du Recht, damals war da der wesentliche Gegensatz an den man sich aufgemacht hat. Zwischen "denen da oben", das waren eben die Herrschenden und all denjenigen, die in Lohnverhältnissen standen, in Ausbeutungsverhältnissen lebten und zwar immer ökonomisch abgeleitet. Von der Rechnung ausgehend hast du potentiell so 98 % auf deiner Seite. Wenn man 2% Elite nimmt hat man eine relativ große Chance für einen Massenansatz. Heute ist festzustellen, das "unten" eben nur ein Gewaltverhältnis ausdrückt, nämlich das ökonomische, wobei selbst dieses sich enorm ausdiffenziert hat. Daß es noch andere Gewaltverhältnisse gibt, die mindestens genauso mächtig sein können wie das ökonomische, in denen Leute sich durchaus gegen dich stellen können, gut das haben wir eben massiv erst mit dem Rassismus oder Antisemitismus erlebt. Es wäre auch eine Chance, nicht zu sagen, der sozialrevolutionäre Randgruppenansatz in den 70er Jahren oder in den 60er war eben ein Blindgänger in der autonomen Geschichte, sondern nachzufragen was heißt das heute, wenn ich nicht mehr die potentiellen 98% vor Augen habe, sondern Angesichts vieler Gewaltverhältnisse, von Mehrheiten, die diese Gewaltverhältnisse als Handelnde und als Unterstützende erleben. Gibt es dann noch eine Vorstellung von Revolution, wenn man sie nicht als stalinistische oder putschitische Vorgänge begreift.

Auf dem Kongreß heißt das Motto für den dritten Tag "Revolution täglich oder gar nicht", die Situation bei der Kongreßvorbereitung sieht auch eher nach gar nicht aus. Bei der L.U.P.U.S. Gruppe heißt es: "In einer vielfachen an völkischen Traditionen anknüpfenden Gesellschaft ist die Stellung der dreckigen Bastarde einzunehmen." Das hat mit der Revolution erstmal nichts zu tun. Aber es bleibt immerhin die Frage, wie das noch in praktische Politik umzusetzen ist?

L.U.P.U.S.: Ich denke weniger, daß das ein politisches Problem ist, eher ein psychisches oder soziales. Als wirkliche Minderheit oder dreckige Bastards - und natürlich noch unter der Bedingung als solche nicht immer erkannt werden zu wollen - zu leben und auch Widerstand zu leisten. Aber ich würde oder den Erfolg oder Mißerfolg von militanter Politik nicht daran festmachen, ob sie einen massenfähigen Ansatz hat. Klar, das ist eine enorme psychische Belastung, das innerlich zu akzeptieren, zumal tatsächlich einige von uns mal massenbewegte Zeiten erlebt haben. Ich finde selbst unter dieser Bedingung: wenige zu sein und zu wissen, wie viele einem auf verschiedenen Wegen noch entgegenstehen gibt es noch verdammt viele Möglichkeiten was zu tun. Eben unter Anerkennung der Bedingung, daß ich eben keine Demo mit 10000 auf die Beine stellen kann, daß ich keine Häuser militant verteidige, daß ich Bauplätze massenhaft besetzen kann. Ich finde es gibt auch auf so einer minimalen Basis genug theoretische wie praktische Möglichkeiten zu intervenieren, und die sind noch lange nicht ausgeschöpft.

Foto: Welf Schröter



Foto: Rudi Pfeifer/BanaFair

Foul!

Zur Praxis des britischen Bananenmultis Geest

von Boris Scharlowski

In Europa ist der Bananenkrieg ausgebrochen. Mit der Einführung der EU-Bananenmarktordung (GMO) ist ein einst 'stabiles' Marktgefüge zusammengebrochen. Von den Verbraucherverbänden über die Fruchtvermarkter bis hin zur Bundesregierung fühlt sich jeder und jede berufen, aktuelle Entwicklungen von der Bananenfront zu kommentieren. Im Zentrum der Diskussion: eine Preisentwicklung, die wahlweise die deutschen Bananenesser[1], die Affen in den Zoos[2] oder die deutschen Fruchthändler ins Verderben stürzt. Deutschland auf dem Weg in eine Bananenrepublik. Doch hinter den Kulissen finden Entwicklungen statt, die weitaus ernstere Folgen beinhalten als die medienwirksam inszenierte Seifenoper zunächst vermuten läßt. Am Beispiel des britischen Fruchtmultis Geest soll einmal exemplarisch ein bei uns bisher kaum beachteter Akteur im milliardenschweren Spiel rund um die Banane unter die Lupe genommen werden.

"Die Praktiken, die die Geest anwendet, nennen wir neokolonialistisch. Denn sie beugt das Gesetz nach den eigenen Erfordernissen; wendet die Arbeitsbedingungen so an, wie es die Krone auf den Inselterritorien tat; häuft grenzenlose Gewinne an und transferiert sie nach London; hinterläßt im Land gedemütigte Arbeiter, die trostlosen Familien der Arbeitslosen, Minderjährige, die an Pestizidvergiftungen starben, und eine unwiederbringlich zerstörte Natur."

Ramón Barrantes Cascante, Generalsekretär der costaricanischen SITAGAH-Gewerkschaft (= Industriegewerkschaft der Landwirtschaftsarbeiter).

Ein leuchtend bunter Papagei schmückt die Kartons der britischen Geest. Dazu ein idyllischer Name: 'Tropical Eden', Tropisches Eden. So präsentiert sich seit einiger Zeit der multinationale Fruchtkonzern in deutschen Supermärkten wie z.B. bei EDEKA. Doch ist die Geest in Deutschland derzeit nur hartgesottenen Fruchthändlern ein Begriff. Zu Unrecht: Das Unternehmen unternimmt - begünstigt durch die neue Bananenmarktordnung - derzeit große Schritte, um sich jenseits des Königreichs auf europäischem Boden verstärkt zu etablieren. Zu wessen Lasten aber geht dieser Expansionsversuch?

Zwei Märchenprinzen

Die Geschichte der Geest liest sich wie ein sympathisches Märchen. Es ist die Geschichte eines Obsthandels aus der Grafschaft Lincolnshire, der sich in wenigen Jahrzehnten zu einem der größten britischen Unternehmen mauserte. Es heißt, zwei holländische Brüder, Jan und Leendert van Geest, wären zu Beginn der dreißiger Jahre auf ihren Fahrrädern durch England gereist, um Blumenzwiebeln zu verkaufen. Mit ein wenig Glück hätten sie so den Grundstein für das heute in Spalding, Lincolnshire, angesiedelte Imperium gelegt. Kein Wort über die bedeutende Unterstützung seitens des Vaters, der in der Nähe von Den Haag ein florierendes Gartenbauunternehmen aufgebaut hatte. Die Brüder begannen ohnehin damit, Blumenzwiebeln aus der Firma des Vaters zu importieren und über ein bald etabliertes Vertriebsnetz zu verkaufen. Doch wenig später bauten sie selbst Gemüse und Früchte an, wurden in anderen Wirtschaftsbereichen aktiv und expandierten schnell.

Das eng geknüpfte Vertriebsnetz und seine Importerfahrungen erlaubten es dem florierenden Unternehmen, schon wenige Jahre später, 1952, in großem Maßstabe in den Handel mit Bananen einzusteigen. Mit Unterstützung der britischen Regierung wurde eine Firma übernommen, die bisher die Exklusivvermarktung der Bananenproduktion der Kleinen Antillen (Windward-Islands) innehatte. Die favorable Haltung der Regierung erklärt sich nicht aus uneigennützigem Altruismus. Vielmehr hatte der Weltkrieg in Großbritannien zum Zusammenbruch des Bananenmarktes geführt. Der irische Konzern Fyffes (heute Marktführer der europäischen Bananenkonzerne) hatte das Vakuum genutzt und sich quasi zum Monopolanbieter entwickelt. Gleichzeitig setzte die britische Regierung angesichts zunehmender sozialer Konflikte und starker Organisierungsbestrebungen der ArbeiterInnen in den karibischen Kolonien auf eine Stützung kleinkapitalistischer Produktionseinheiten. Gerade die Produktion von Bananen bot hierbei eindeutige Vorteile. Denn der Anbau der Früchte ist den räumlichen und klimatischen Voraussetzungen der Antilleninseln gut angepaßt. Vor allem aber garantieren Bananen - da die Stauden das ganze Jahr über Früchte tragen - ein, wenn auch schmales aber regelmäßiges Einkommen.

Ein besonderes Entgegenkommen der britischen Regierung gegenüber der Geest aber bestand in der Entwicklung einer protektionistischen Maßnahme, die für den europäischen Bananenmarkt bis heute von Bedeutung bleiben sollte: Im Jahr 1953 traf das britische Handelsministerium die Unterscheidung zwischen *Sterling-* und *Dollar-Bananen.* Danach durften die krummen Früchte aus den Ländern des Commonwealth ohne jegliche Beschränkung eingeführt werden. Bananen aus der sogenannten Dollarregion, die zum größten Teil von den US-amerikanischen Konzernen vertrieben wurden, unterlagen einer Quotenregelung und durften nur dann eingeführt werden, wenn der Markt nicht mit Sterling-Bananen gesättigt werden konnte. Diese Regelung ging 1993 in leicht abgewandelter Form in der EU-Bananenmarktordnung auf (s. Kasten Die 'Gemeinsame Marktordnung Bananen').

Die Inseln vor dem Winde

Die Entwicklung der Bananenwirtschaft in den Ländern Zentralamerikas zieht sich wie ein blutroter Faden durch deren Geschichte. Dort, wo die drei US-amerikansichen Multis Chiquita, Dole oder Del Monte aktiv waren, haben sie ein Netz der lückenlosen Kontrolle über Menschen und nationale Politik entwickelt. Dieses reicht vom Besitz der Plantagen, über die Kontrolle der gesamten Infrastruktur (Transport, Trinkwasserversorgung etc.) bis hin zur weitgehenden Einflußnahme in politische und ökonomische Entscheidungen des Staates. Und immer wieder werden die Menschenrechte aufs Ärgste verletzt.

Die Geest verstand es, sich hiervon abzugrenzen. Lange Jahre konnte sie von ihrem Image des David aus dem Königreich, der den großen Multinationalen den Kampf um Marktanteile angesagt hatte, profitieren. Gleichzeitig profilierte sie sich als Retterin der kränkelnden Ökonomien der Windward-Inseln. Der Verzicht auf massive Landkäufe und der scheinbar wenig eigennützige Schutz der kleinen Produktionseinheiten schien, die Lauterkeit des eigenen Anspruchs zu unterstreichen. Daß diese Lösung aber nicht nur für das britische Empire, sondern für das Unternehmen selbst von großem ökonomischen Vorteil war, wurde gern verschwiegen.

Denn der agroindustrielle Bananenanbau ist auf den Inseln, denen die Staaten Dominica, St Vincent und die Grenadinen, St Lucia sowie Grenada

Die 'Gemeinsame Marktordnung Bananen' (Verordnung 404/93)

Am 1.7.1993 trat die 'Gemeinsame Verordnung Bananen' in Kraft. Die im Zuge der Vereinheitlichung des EU-Marktes geschaffene Verordnung schützt die nicht kokurrenzfähigen Bananen aus der EU (sog. Gemeinschaftsbananen) und den AKP-Ländern. Gleichzeitig schreibt sie eine quotierte Einfuhr von Bananen aus den zentralamerikanischen Produktionsländern (sog. Drittlandbananen) vor.

Zusätzlich zu den zollfreien Gemeinschafts- und (traditionellen) AKP-Bananen dürfen demnach im Jahr 1995 rund 2.5 Millionen Tonnen Bananen zum Zollsatz von 100 ECU pro Tonne (das entspricht 0.23 DM pro Kg) aus Lateinamerika importiert werden. Dieses Kontingent, das jährlich je nach Bedarf an die neuen Konsumbedürfnisse angepaßt werden kann, wird nach einem bestimmten Schlüssel den verschiedenen Vermarktern zugänglich gemacht. So dürfen 66,5% davon von Marktteilnehmern beantragt werden, die bisher weitgehend Drittlandbananen vertrieben hatten. Lizenzen über 30% stehen jenen Marktbeteiligten zur Verfügung, die bereits Bananen aus der EU bzw. aus AKP-Staaten vermarktet hatten. 3,5% verbleiben sogenannten Newcomern und werden unter diesen zu gleichen Teilen verteilt. Dabei ist mittlerweile ein schwunghafter Handel mit nicht ausgeschöpften Lizenzen entstanden.

Direkte Folge der Marktordnung in Europa ist eine massive Deregulierung des traditionellen europäischen Marktgefüges im Bananensektor. Diese geht vor allem zugunsten britischer (z.B. Geest) und französischer und zu Lasten deutscher Handelsunternehmen.

Aus nationaler Perspektive erscheinen die Folgen in den Produzentenländern ambivalent. Während einige Länder ihre Ausfuhrmengen in die EU deutlich steigern konnten (z.B. Costa Rica, Ecuador...), mußten andere Länder (z.B. Guatemala) Verluste feststellen. Doch betrachtet man die Folgen für die BananenarbeiterInnen oder die nationalen KleinproduzentInnen - sei es in Zentralamerika oder den AKP-Staaten - zeichnet sich ein eindeutig düstereres Bild ab. Die Schere zwischen den Produzenten- und den Konsumentenpreisen hat sich deutlich geöffnet. Der erhöhte Konkurrenzkampf zwischen den multinationalen Produzenten und Vermarktern hat die negativen Folgen der Bananenwirtschaft potenziert. Die Auswirkungen auf die Lebenssituation der Betroffenen und das bereits schwer gestörte ökologische Gleichgewicht haben sich weiter verschlimmert.



zugerechnet werden, kaum möglich. Deren vulkanische Struktur hat weitgehend den Aufbau einer gut funktionierenden Infrastruktur - eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für einen reibungslosen Transport der leicht verderblichen Ware von den Produzenten in die Häfen - verhindert. Großflächige Plantagenwirtschaften konnten sich kaum etablieren. Regelmäßig werden die Inseln von Hurricanes heimgesucht. Dabei werden - wie z.B. im Herbst 1994 im Falle St. Lucias - ganze Ernten zerstört.

Durch besondere Abnahmeverträge erreichte es der Konzern, einen Großteil des Risikos des für Krankheiten und Beschädigungen anfälligen Produktes auf die ProduzentInnen abzuwälzen. So müssen die PflanzerInnen nicht alleine den Bereich der Produktion verantworten, sondern haften in gleicher Weise für die Verschiffung, bis die Früchte im englischen Hafen angelangt sind. Sie tragen - trotz fehlender Gewinnbeteiligung - das volle Risiko. Nur 10% erhalten die ProduzentInnen durchschnittlich von den Einzelhandelspreisen in Europa. Allerdings ist dies nicht der Gewinn für die von ihnen aufgebrachte Arbeit. Denn sie müssen davon die Produktionskosten (Aufwendungen für Dünger, Pestizide, Lohn- und Pachtkosten etc.) abziehen. Instabile Umtauschkurse erhöhen das Risiko dieses Exportgeschäfts allemal.

Die Strategie der Risikominimierung hatte durchaus Erfolg. Auch die Großen erkannten zu gleicher Zeit das spezifische Interesse, das in einer Übereignung der Produktion in die Hände nationaler Produzenten lag. Denn auch in Mittelamerika verschärften sich Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre die sozialen Konflikte, die eine umfassende Kontrolle **aller** Lebens-, Wirtschafts- und Politikbereiche immer schwieriger werden ließen.[3] Gleichzeitig erhöhten sich die notwendigen Investitionen für Düngemittel und Pestizide. Deshalb entwickelten die Multinationalen bald schon ähnliche Strategien, bei denen sie sich zunehmend - unter Umgehung der Produktion - nur noch auf Transport, Reifung, Vertrieb und z.T. Vermarktung 'ihrer' Bananen konzentrierten, eine Strategie, die sie erst wieder zu Beginn der achtziger Jahre aufzugeben begannen.

Doch auch in Großbritannien war die Geest bald gezwungen, eigene Wege zu gehen. Zunächst befand sich sie in unseliger Abhängigkeit von ihrer Konkurrentin, der Fyffes, und anderen Unternehmen. Die Gesellschaft besaß weder eigene Schiffe noch eigene Reifereien noch war es ihr möglich, den Groß- oder Einzelhandel zu kontrollieren. Um dieser Abhängigkeit zu entgehen, entschloß sich der Konzern schon

***Edwin Laurent**, Botschafter der Windward-Inseln bei der EU in Brüssel:*

"Die Verordnung 404/93 (=Bananenmarktordnung) zielt unter anderem darauf ab, Produzenten der AKP-Staaten und der EU einen gewissen Anteil auf dem europäischen Markt zu sichern.[...] Ohne einen zugesicherten Exportmarkt wird die Bananenindustrie, die die Grundlage unserer Ökonomie darstellt, schnell kollabieren. Dies wird eine sehr hohe Arbeitslosenrate, den Verlust von Exporterlösen und einen Zusammenbruch des politischen und sozialen Systems zur Folge haben.

[...]Uns scheint es, da in diesem Krieg die Kosten für die Schaffung des geeinten Marktes disproportional zu Lasten der labilsten Marktteilnehmer, unsere Inseln, gehen. Aber noch unterstützen und verteidigen wir die Marktordnung, nicht weil sie gut für uns ist, sondern weil jede wahrscheinliche Alternative weitaus schlimmer sein wird."

"Unterstützen Sie den Schutz der Papageien. Tropical Eden hat sich freiwillig verpflichtet, finanzielle Mittel für die Einrichtung eines Papageien-Schutzgebietes auf der karibischen Insel Dominica zur Verfügung zu stellen, um zwei weltweit gefährdete Papageienarten zu schützen. Jedes Kilo Tropical Eden Bananen, das verkauft wird, bedeutet einige Pfennige mehr zum Schutz von Papageien."

Aus dem Faltblatt der Promotion-Kampagne der Geest.



***Gerardo Vargaz** vom costaricanischen Foro Emaus, einem Zusammenschluß von gewerkschaftlichen, kirchlichen und anderen Basis-Initiativen zu den Folgen der Bananenmarktordnung:*

"Unsere Situation ist in jedem Falle nicht besser geworden, sondern sie verschlechtert sich jeden Tag, wie z.B. im Falle der Arbeiter, die jeden Tag aufs Neue unter Druck gesetzt werden durch das politische System. Ich meine auch die Repression durch die staatliche Polizei oder durch die privaten Sicherheitsmannschaften der Konzerne, die sehr gewalttätig gegen die Arbeiter vorgehen. Dies sollen die Konsumenten in Europa wissen. Häufig ist es so, daß die Menschen dort, wenn sie eine Banane essen, nicht wissen, daß den Arbeitern, die diese Banane erzeugt haben, alle Rechte genommen worden sind, da deren Würde nicht respektiert wird. Die Situation ist beängstigend.

Wir sind dennoch mit dem Quotensystem einverstanden, aber nicht damit, wie es formuliert worden ist. Wir glauben, daß die Verordnung neu formuliert werden muß, und daß dort soziale und ökologische Klauseln integriert werden müssen."

bald im Sinne einer vertikalen Integration zu Investitionen in diesen Bereichen. Aufgekauft wurden Schiffe, Reifereien, Lagerkapazitäten und Anteile an Großhandelsunternehmen.

Die Geest in Costa Rica

Seit 1990 beginnt sich die Geest auf das zentralamerikanische Festland auszudehnen. Der Konzern entschied sich für ein Engagement in Costa Rica, einem Land, das zu den weltgrößten Bananenexporteuren gehört und dessen Infrastruktur geradezu in idealer Weise auf den Anbau von Bananen ausgerichtet ist. Zudem bot der nationale "Plan zur Unterstützung des Bananenanbaus" günstige Vorausetzungen für die Produktion. Rund 3.600 Hektar bewirtschaftet der Multi mittlerweile vor Ort. Seit 1.1.1993 werden costaricanische Bananen nach Europa geliefert. Im selben Jahr begann die Firma mit dem Aufbau einer Fabrik zur Verarbeitung von Ananas.

Jahrzehntelang hatte sich der Konzern auf die Vermarktung der Erträge der Windward-Inseln beschränkt. Seine bevorzugte Position als Monopolvermarkter der WINBANs und die britische Importpolitik für Bananen machten ein Engagement in der Dollarregion wenig profitabel. Eine Vermarktung außerhalb der Grenzen Großbritanniens hatte aufgrund der festgezurrten Claims der Multis wenig Aussicht auf Erfolg.

Erst durch die bevorstehende Neustrukturierung des europäischen Marktes gab die Geest ihr Inseldasein auf. Bereits einige Jahre vor Inkrafttreten der GMO zeichneten sich in Mittelamerika erste Vorboten der Neustrukturierung des europäischen Marktes ab. Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre kam es dort zu einer massiven, unkontrollierten Ausdehnung der Anbauflächen für Bananen. Die großen, zumeist multinationalen FruchtproduzentInnen versuchten damit, zum einen möglichst rasch auf die neuen Absatzmöglichkeiten durch die Öffnung der Ostmärkte zu reagieren. Andererseits machte - auch wenn noch nicht über den endgültigen Wortlaut der GMO entschieden war - die Erhöhung der Produktion auch angesichts späterer Quotenzuteilungen Sinn.

Um eine größere Unabhängigkeit gegenüber den WINBANs zu erreichen und zur Verbesserung ihrer Startchancen nach Inkrafttreten der GMO, lancierte sich die Geest in die Produktion von Bananen und beging damit allerdings einen schwerwiegenden Fehler, den ihre irische Konkurrentin Fyffes zu vermeiden wußte. Denn mit der Aufnahme der Produktion von Bananen geriet der Konzern in die übliche Rolle multinationaler Plantagenbesitzer und damit in das Kreuzfeuer der Kritik. Seit Beginn der Expansion auf das zentralamerikanische Festland ist der Multi gleich mehrfach in die Schlagzeilen der internationalen Presse geraten:

Rodungen von Primärwald: Als am 10.7.1992 die reputierte costaricanische Tageszeitung 'La Nación' meldete, die Geest Caribbean Americas habe 400 Hektar Primärwald gerodet, schlugen die Wellen hoch. Zu recht. Die Firma, die sich erst wenige Monate vorher im Nordosten des Landes angesiedelt hatte, hatte das riesige Waldstück am Rande des Nationalparks Tortuguero gerodet. Bis zur Rodung lebte dort eine Vielzahl von wilden Tieren, unter ihnen Krokodile, Affen und Papageien. Besonders pikant: Kaum ein Jahr später startete Geest Europe mit Sitz in Belgien eine Promotion-Kampagne zum Schutze bedrohter Papageien auf den Windward-Inseln (s. Kasten 4).

Drei Wochen nach Bekanntwerden des Rodungsskandals meldete sich Geest mit einer halbseitigen Anzeige in der Nación zu Wort. Dennoch half ihr Leugnen nichts. Die Bischofskonferenz der Region Limón griff das Thema Rodungen durch Geest auf. Verschiedene Bischöfe verurteilten das Vorgehen der Firma und die stillschweigende Duldung der Regierung, die sich gerade im Rahmen des UNCED in Rio für die ökologische Option stark gemacht hatte.

Massenentlassungen: Rund ein halbes Jahr später, im Herbst 1992, gerät die Geest Caribbean erneut in die Schlagzeilen. Nachdem 2.000 ArbeiterInnen entlassen wurden, sieht sich die Gewerkschaft gezwungen, für die ausgebliebenen Zahlungen aufzukommen.

Tod durch Pestizide: Am 29.10.1993 stirbt der sechzehnjährige Erlin Marchena Sosa nach der Arbeit auf der Geest-eigenen Finca Manati an einer Pestizidvergiftung. Ein Arzt des nahegelegenen Krankenhauses berichtet von mindestens vier ähnlichen Fällen, bei denen die Betroffenen nur deshalb gerettet werden konnten, weil sie rechtzeitig behandelt werden konnten. Wenige Tage später klagt die 'Pastoral Social de Limón' in einem Hirtenbrief das Vorgehen der Geest an. Der Priester Marvin Luís Solis: "Die Geest hat sich um zwanzig Jahre zurückentwickelt. Ihr scheint das Leben nichts und das Geld alles zu bedeuten. Wir verstehen dies als eine subtile Art der Sklaverei. Minderjährige arbeiten für sie, ohne Schutzkleidung oder soziale Absicherung zu erhalten."

Brutale Streikunterdrückung: Den bislang letzten Akt im Geestschen Drama in Costa Rica stellte der in Deutschland weitgehend unbeachtete Streik der Bananeros/as auf Ländereien der Geest Caribbean Americas im Mai des Jahres 1994 dar. Erstmals seit 12 Jahren kam es in der Region wieder zu einem großen Arbeitskonflikt. Neben der Verletzung von Lohnabsprachen richtete sich der Protest der bananeros/as gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen: Lohnminderungen[4]; unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit; ungeschützter Kontakt mit Agrochemikalien; sexuelle Belästigungen der Arbeiterinnen; diskriminierende Behandlung und Massenentlassung von nicaraguanischen Arbeitskräften. Zudem protestierten die bananeros/as gegen die zunehmende Beschränkung ihrer Organisationsfreiheit.

Denn die Geest machte sich zu Beginn ihres Engagements in diesem Land sogleich eine typisch costaricanische Erscheinung zunutze: den Solidarismo. Diese von den Unternehmern geförderten Organisationen (sog. 'gelbe Gewerkschaften') dienen der Entmachtung der bereits weitgehend zersplitterten Gewerkschaftsbewegung. Sie propagieren ein harmonisch-'solidarisches' Miteinander von Lohnabhängigen und Arbeitgebern.

Kaum verwunderlich, daß Verschärfungen der Arbeitsbedingungen oder Personalreduzierungen in erster Linie zu Lasten von Gewerkschaftsmitgliedern gehen. So hat Geest mittlerweile nahezu alle organisierten ArbeiterInnen entlassen. Schwarze Listen erschweren es den Entlassenen erheblich, neue Arbeit in der Region zu finden. Und: Angesichts des Streiks verfuhr die Geest wenig zimperlich. Die lokale Unter-

Foto: Andreas Lüdtke/Transparent

nehmensleitung orderte 'Sicherheitskräfte' bei den regionalen Behörden. Die rund tausend im Ausstand befindlichen ArbeiterInnen mußten ihren Protest gegen die unannehmbaren Arbeitsbedingungen mit schweren Repressalien bezahlen. Selbst die interamerikanische Menschenrechtskommission legte Protest gegen das Vorgehen ein.

Europa!

Geests unternehmerisches Engagement in Europa fußt auf zwei Sektoren. Zum einen ist dies der Vertrieb und die Vermarktung von frischen Früchten und Gemüse sowie Blumen. Zum anderen betreibt sie die Erzeugung und Vermarktung industriell gefertigter Nahrungsmittel (z.B. unter dem Label 'Country Garden'). Der multinationale Konzern erwirtschaftet seine Gewinne über eine Vielzahl von Unternehmen, die entweder vollständig im Besitze der Geest oder über Mehrheitsbeteiligungen an das Mutterunternehmen gebunden sind. Allerdings ist der Konzern auch im Non-Food Bereich aktiv.[5]

Mit ihrem Ziel der Sicherung der europäischen bzw. der Stützung der AKP-Bananenproduktion und dem Versuch, den freien Verkehr der krummen Früchte innerhalb der EU zu garantieren, hat die EU-Marktordnung das europäische Preis- und Marktgefüge deutlich durcheinandergewirbelt. Durch das besondere Quoten- und Lizenzvergabesystem (s. Kasten 3) wurde Importeuren von AKP-Bananen eine Hilfestellung gegeben, ihren Markt gegenüber traditionellen Dollarbananenhändlern zu festigen und auszubauen. Die Geest als traditionelle AKP-Vermarkterin kann als eine der Hauptgewinnerinnen der Neustrukturierung des europäischen Bananenmarktes bezeichnet werden.

Sie hat es verstanden, die relativen Wettbewerbsnachteile der Dollarbananenvertreiber (z.B. der deutschen Fruchthändler) zu ihren Gunsten zu entscheiden. Den Anteil, den die Geest (als traditionelle AKP-Händlerin) an der von der GMO festgelegten 30%-Quote für Importe von Bananen aus Zentralamerika erhalten hat, schöpft der Konzern voll aus. Gleichzeitig werden in Frankreich und Spanien nicht ausgeschöpfte Lizenzen erworben. Über diese Lizenzen führt der Konzern u.a. die Bananen aus seinen Plantagen in Costa Rica ein. Deckte die Geest noch vor Inkrafttreten der GMO mit ihren Windwardbananen rund 50% des britischen Bedarfs ab, so konnte sie mit den Bananen aus Zentralamerika nach dem 1.7.93 einen großen Schritt auf den gesamteuropäischen Markt wagen. Nach eigenen Angaben versorgte sie bereits im Jahre 1993 rund 12% des europäischen Bananenmarktes: 59% ihrer Bananen wurden in diesem Jahre in Großbritannien, 25% in Süd- und 16% in Nordeuropa vertrieben.

Die europäischen Verflechtungen der Geest im Bananensektor sind vielfältig. Einige seien genannt: Seit 1990 hält sie ein Joint Venture mit dem größten französischen Fruchtvermarkter Pomona. Während Pomona auf den Vertrieb von Früchten in Großbritannien verzichtet, versorgt Geest das französische Unternehmen mit Bananen aus Costa Rica. Die Früchte werden mit Pomona-Lizenzen importiert.

In Spanien hält die Geest zusammen mit Pomona ein Joint Venture mit der Bargosa SA (mit 50% Geest-Kapital), eine der führenden iberischen Reifereien. Über die Bargosa soll ein Teil des bisher weitgehend auf Selbstversorgung ausgelegten spanischen Marktes erschlossen werden.

In Italien, wo die Geest auch einen beträchtlichen Teil der Windward Bananen vertreibt, hält der Konzern 50% des Fruchtvermarkters TICo Srl.

In Belgien ist die Geest mit der Geest Europe N.V. und der Geest Belgium N.V. präsent. Erstgenannte Filiale des Konzerns ist zuständig für die Belieferung der deutschen EDEKA mit den Bananenmarken 'Tropical Eden' und 'Amerigo'. Dabei konnte die Geest dort dem Konkurrenten Chiquita Marktanteile abspenstig machen. Denn Chiquita verlangte für die Aufrechterhaltung der Geschäftsbeziehungen von EDEKA die vollständige Überlassung der EDEKA-eigenen Importlizenzen. Zusätzlich hält die Geest seit 1992 60% des Kapitals der AVM Cargo, die u.a. Bananen für den belgischen und holländischen Markt reift und vertreibt.

In Holland, dem einstigen Stammland des Unternehmens, vertreibt der Konzern seine Früchte gleich über drei Firmen: die Geest European Marketing B.V., die Hoogsteder Groenten en Fruit B.V. und die Waling van Geest en Zonen B.V..

Doch so profitabel das Geschäft der Geest mit den Bananen lange Zeit auch war, so empfindlich ist es konjunkturellen, politischen oder witterungsbedingten Einbrüchen unterworfen. Gerade in den neunziger Jahren wurde

der Konzern gleich mehrfach von solchen Interferenzen empfindlich getroffen. Nachdem bereits im Jahre 1991 die Bananenproduktion auf den Windward-Inseln aufgrund hoher Trockenheit um 16% zurückgegangen war, mußte das Unternehmen im Frühjahr 1993 die Folgen einer Epidemie der Bananenkrankheit 'Sigatoka Negra' auf den costaricanischen Plantagen ausgleichen. Der karibische Wirbelstrum Debbie sorgte im September 1994 für markante Kurseinbrüche der Geestaktien. Er vernichtete nicht nur einen Großteil der Ernte der Windward Inseln, sondern führte - nach Angaben der Firma - zu Verlusten von rund 20 Mio Pfund[6]. Selbst Gerüchte über den Verkauf der Firma kursierten. Das Unternehmen wurde bei der EU vorstellig, und erreichte - ob solcher Horrormeldungen - eine Erhöhung ihres Marktkontingents. Ein Präzedenzfall, der vor allem von den deutschen Importeuren sehr mißtrauisch verfolgt und mit großem Protest begleitet wurde. Doch auch auf den Windward-Inseln geraten alte, liebgewonnene Traditionen durcheinander. Mit Beginn des Jahres 1995 sind die Monopolvermarktungsrechte der Geest - man erinnere sich: das Privileg, das die Geest nach oben gebracht hatte - aufgekündigt worden. 'Lediglich' 78% der nationalen Ernten gehen sicher an die Geest.

Nicht ohne Grund orientiert sich der Konzern deutlich jenseits des profitablen aber steten Schwankungen unterworfenen Sektors des Bananenmarktes hinaus.

Auf wessen Rechnung?

Die Geest ist ein Beispiel. Lange in der europäischen Öffentlichkeit wenig beachtet, konnte sie sich im Windschatten der britischen Kolonialpolitik zu einem Konzern multinationalen Zuschnitts entwickeln. Die Kolonialware Banane gereichte ihr zu Einfluß, Reichtum und Ansehen. Die kleine Klitsche zweier Emigrantenbrüder als erfolgreiche Herausfordererin des US-amerikanischen Bananenoligopols. Der Fruchtkonzern als Steigbügelhalter karibischer Entwicklung.

Doch hört man den KleinproduzentInnen der Inseln vor dem Winde zu, oder befragt man die Bananeros und Bananeras der costaricanischen Plantagen, so verliert das Image des shooting star an Glanz. Ihnen stößt der 'Reichtum' ihrer Länder sauer auf. Weit ab vom Zentrum unseres Interesses, den Verbraucherpreisen, erleiden sie die Auswirkungen verfehlter europäischer Unternehmens- und Wirtschaftspolitik. Ohne kaum eine Möglichkeit des Einflusses sind sie Entscheidungen ausgeliefert, die sie an den Rand des Elends bringen.

Die Geest als Gewinnerin der Bananenmarktordnung genießt heute zum zweiten Male die Vorteile einer historischen Entscheidung zu ihren Gunsten. Doch was ihr und ihren Aktionären zum Vorteil gereicht, gelangt nicht einmal über jenen sagenumwobenen 'Sikkereffekt' an jene, die letztendlich diesen Reichtum erwirtschaftet haben. Solange allerdings nirgendwo die Weichen für eine europäische Importpolitik gestellt werden, die soziale und ökologische Kriterien vor den ökonomischen Egoismus einiger weniger stellt, wird sich hier nichts ändern.

*Der Text ist eine Auszugsdokumentation der in Kürze erscheinenden Broschüre **'Von der Tulpenzwiebel zum Bananenmonopol. Portrait des europäischen Bananenmultis Geest'** des Vereins BanaFair. Bezug über BanaFair. Preis 7.-.*

[1] Stuttgarter Zeitung vom 19.5.1993 'Bonn betont soziale Bedeutung der Banane'

[2] Westfalenpost vom 11.10.1993: 'Sehnsüchtig'

[3] s. hierzu u. a.: Stephen Schlesinger, Stephen Kinzer. Bananenkrieg. CIA-Putsch in Guatemala. Rotpunktverlag Zürich 1992.

[4] Obwohl Geest unwiderrufen als eine der Gewinnerinnen der GMO gilt, ist sie dafür bekannt, daß sie den Beschäftigten der Bananenwirtschaft in Zentralamerika die schlechtesten Löhne bezahlt.

[5] Seit Beginn der siebziger Jahre werden zunehmend Gewinne aus der Bananenwirtschaft für die Diversifizierung des Konzerns genutzt. Ein Beispiel ist das Engagement bei einem auf Guernsey angesiedelten Rückversicherer. Ein weiteres ist die Aktivität der Geest im Tourismusgeschäft: Bis zum Verkauf zweier Boote im Herbst 1994 konnten Schiffsreisende das luxuriöse Angebot der Geest-Bananendampfer nutzen.

[6] Doch schon im vorläufigen Jahresabschluß 1994 ist von diesen Einbußen nicht mehr die Rede. Dort werden Gewinne von "nicht weniger als 11.5 Mio Pfund" angekündigt.

BANAFAIR E.V.

Der Verein BanaFair sitzt im hessischen Gelnhausen. Schwerpunkte seiner Arbeit sind derzeit:

Import und Vertrieb von fairer gehandelten Bananen;
Unterstützung von Gewerkschaften der BananenarbeiterInnen vor allem in Lateinamerika;
Förderung von sozialen und politischen Projekten in Zusammenarbeit mit Basisorganisationen in bananenproduzierenden Ländern;
Ausbau von Kontakten zu Kleinproduzenten in Zentralamerika und den AKP-Ländern;
Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der EU-Bananenmarktordnung;
Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Bananen;
Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Organisationen in Europa.

BanaFair hilft gerne bei der Beschaffung von Infomaterial und bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen zum Thema Bananen und der Bananenkampagne. Und: Selbstverständlich können über **BanaFair** fairer gehandelte Bananen bezogen werden.

BanaFair ist Mitträgerin der bundesdeutschen Bananenkampagne und Kontaktstelle für die Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel (gebana) in Deutschland.

Kontakt/Informationen:

BanaFair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen, Tel.: 06051.16350, Fax: 06051.16260, e-mail: banafair@link-f.rhein-main.de

Die Arbeit von **BanaFair** kann auch durch steuerabzugsfähige Spenden unterstützt werden. Spenden bitte auf das Spendenkonto:

BanaFair, Kto. 716057, Raiffeisenbank Nordspessart, BLZ 50763189



Brief der EZLN aus Guadalupe Tepeyac, Mexico

»Für die kämpfenden Brüder in Deutschland, die sich mit unserem Kampf solidarisieren:
Wir danken euch sehr für eure Unterstützung mit unserem Kampf gegen das System in dem wir leben. Dort, wo es viele, viele Jahre weder Gerechtigkeit noch Freiheit noch Demokratie gegeben hat, ist das Volk bereit, für diese Forderungen wenn nötig zu sterben, um die Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie zu erreichen.
Wir begrüßen eure solidarische Bewegung, die ihr für unser kämpfendes Volk gemacht habt. Wir werden nicht aufgeben, solange wir nicht den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde erreichen.«

frat. Mayor Ins. Moisés (EZLN)
25.1.1995, Guadalupe Tepeyac, Chiapas



Chiapas: Erst die Vertreibung, dann Verhandlungen?

von Herby Sachs

"Die mexikanische Armee hat Aguascalientes niedergerissen, das Forum, das die Zapatisten errichtet hatten, um die 6000 TeilnehmerInnen des Nationalen Demokratischen Konvents (CND) zu beherbergen. Aguascalientes, "die Arche Noahs, der Turm von Babel, Fitzcarraldos Dschungelboot, das Piratenschiff", das der Subcomandante Marcos an jenem 8. August 1994 der Zivilgesellschaft überreichte, ist wieder in Urwald verwandelt worden.

Unter dem Oberbefehl des Generals Martínez Nolasco rissen die Soldaten in zwei Tagen das Amphitheater ab, dieses Monumentalwerk, das die Indígenas in 28 Tagen in 14-stündigen Tagesschichten von jeweils 500 Leuten erbaut hatten.

Die Soldaten verbrannten die Holzbänke, die auf dem unbewachsenen Hügel in Form einer Maya-Pyramide aufgebaut worden waren, und die 20 kleinen Gästehäuser. Sie zerstörten den zementierten Hauptplatz, der als Tanzfläche und als Paradeplatz für Tausende von Aufständischen der EZLN gedient hatte.

Nichts ist mehr übriggeblieben: weder vom Podium noch von der Bibliothek, dieser gewaltigen Anhäufung von Büchern, die von den Studenten eingebracht worden waren, um den Urwald mit Geschichte und Literatur zu versorgen. Die Bibliothek umfaßte eine Sammlung von literarischen Büchern und solche zu Themen über soziale Kämpfe.

Gegen Abend kamen gewöhnlich die bewaffneten Aufständischen, um ein Buch auszuleihen. Die Gedichtsammlungen waren am meisten gefragt. Die Zapatisten lernten sie auswendig oder flochten sie in Briefen an ihren Freund oder ihre Freundin ein. Und die Kinder nutzen die Bibliothek, um dort zu malen. Bis dahin hatten sie noch niemals Farbstifte besessen. In der Bibliothek gab es

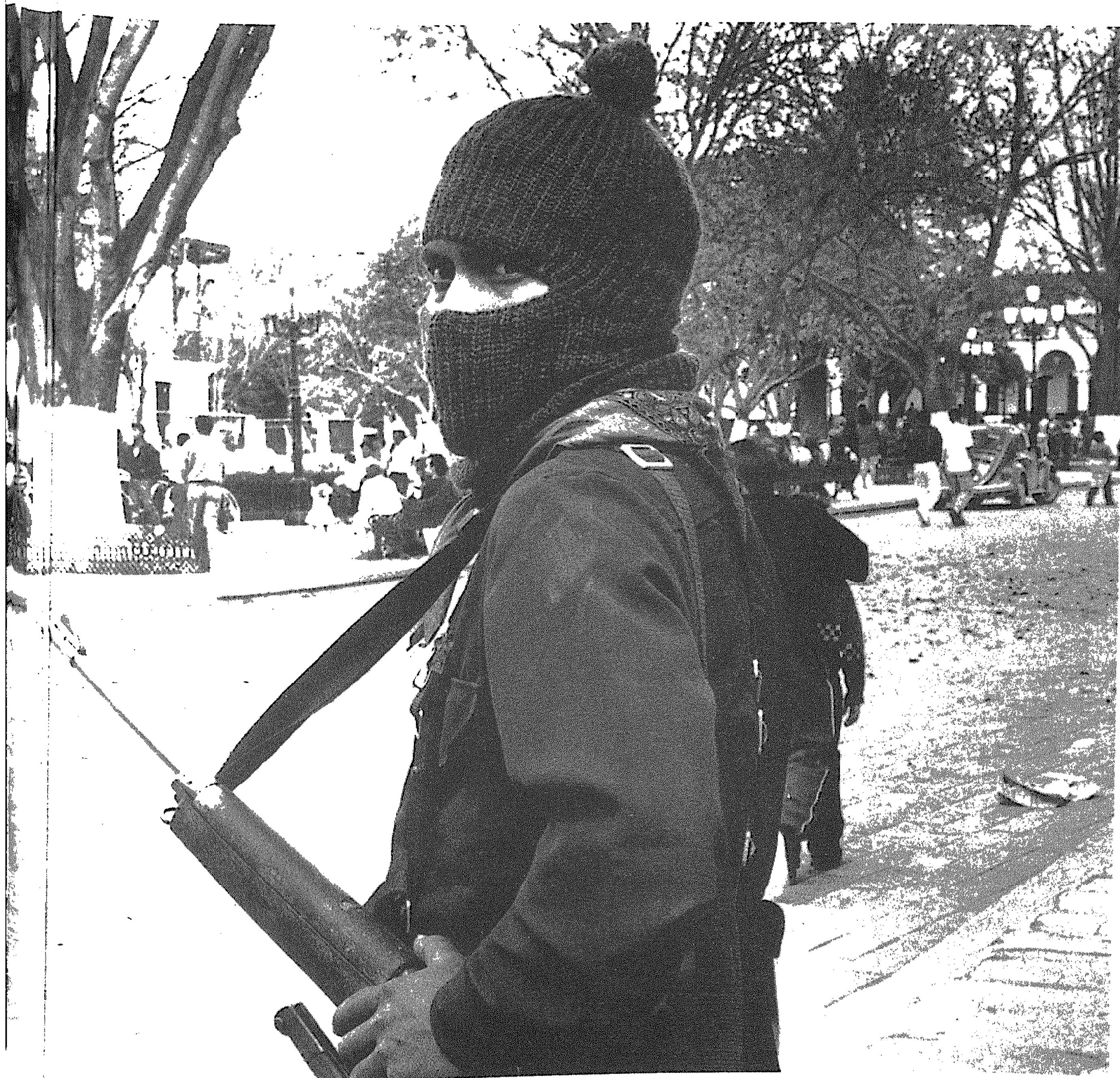


Foto: Herby Sachs/Visavi

welche, und an den Wänden wurden neben einem Ché-Plakat die Arbeiten der Kleinen aus dieser Gegend ausgestellt, die alle Anspielungen auf den Krieg, den Hunger und die Bomben enthielten.

"Sie können Aguascalientes vielleicht von der Landkarte löschen, aber weder aus dem Buch der Geschichte noch aus dem Herzen der Leute", bemerkte dazu ein Mitglied der Rebellen-Regierung von Chiapas."

Guiomar Rovira, San Cristóbal des las Casas, 28.2.1995 (aus *Land und Freiheit*, den empfehlenswerten Sonderblättern der Zeitschrift *Die Aktion* zur Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas, Bezug: *Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg*)

Seit Beginn der Armeeoffensive vor knapp sechs Wochen gegen die zapatistischen Rebellen im südlichen Bundesstaat Chiapas sind Tausende von Indígenas aus ihren Dörfern vertrieben worden. Die angebliche Enttarnung von Subcomandante Marcos,das gigantische Spektakel um die in Vera Cruz und Mexiko-Stadt gefundenen Waffenlager, und der Verfall des Peso waren der mexikanischen Regierung Legitimation genug, um im Februar die bisher größte, militärische Offensive gegen die Zapatistas und die befreiten Gebiete zu beginnen. Daß der Schuß in vielerlei Hinsicht nach hinten losgehen kann, scheint die mexikanische Regierung im Moment nicht zu interessieren. Haben sich doch nicht nur die Militärstrategen von ihren guatemaltekischen Nachbarn in Sachen Aufstands-bekämpfung und "Krieg niederer Intensität" unterrichten lassen. Denn nicht nur das "Gesetz für den Dialog, die Versöhnung und den würdigen Frieden in Chiapas" wird doppelbödig gehandelt: Offiziell wird über zukünftige Verhandlungen mit den zapatistischen Rebellen geredet, doch

tatsächlich rückt die Bundesarmee immer tiefer in das Gebiet (Selva Lacandona) der Zapatistas vor. Massive Menschenrechtsverletzungen, Vertreibung und Folter der mexikanischen Armee gegenüber der Zivilbevölkerung und Zapatistas sind an der Tagesordnung. Der kommandierende General in der besetzten Zone wurde an der berühmt-berüchtigten US-Akademie "escucela de las americas" ausgebildet, die wie der "proceso" schreibt, eine Akademie von Mördern ist.

Der schon seit Wochen angekündigte Rückzug des Militärs wirkt angesichts der Folteranwendung und der Einführung der Strategien einer Aufstandsbekämpfung wie ein trügerischer Wunschtraum einiger mexikanischer Friedensbefürworter und Solidaritätsgruppen. Auch wenn in Mexiko-Stadt zur Unterstützung (wir sind alle Marcos) mehrere Male Demonstrationen mit 100 000 Menschen auf die Straße gingen.

Niemand weiß daher, inwieweit die regierungsamtliche Friedensinitiative ernsthafte Bedeutung haben wird. Von Präsident Zedillo selbst, nach dem offiziellen Stop der militärischen Offensive, und unter Berücksichtigung der Vermittlungskommision (conai) mit Bischof Samuel Ruiz Garcia auf den parlamentarischen Weg geschickt, bewirkt sie doch nur einen weiteren Baustein im mexikanischen Krisenfiasko. Denn jetzt verlangt die Regierung von den Rebellen nicht länger, vor Beginn der Verhandlungen ihre Waffen niederzulegen und: Für die Dauer von 30 Tagen sollen die Haftbefehle gegen die comandantes ausgesetzt werden.

Die EZLN und Subcomandante Marcos reagieren auf die Aussetzung der Haftbefehle gegen führende Zapatisten für 30 Tage mit der unmißverständlichen Grundforderung nach sofortigem Rückzug des Militärs aus der Selva Lacandona. Denn die Militärs durchkämmem seit Wochen jede Hütte in der Selva, zwingen Campesinos und Frauen unter Todesdrohungen und Verhaftungen den Aufenthaltsort von Marcos und anderen comandantes preiszugeben und kappen aus Rache sämliche Stromleitungen in die entlegenen Gebiete. Zwar haben sie Marcos Laptop und seinem Funktelefon den Strom genommen, doch die Kommuniques kommen auch ohne Strom aus der Selva nach San Cristóbal. Jetzt brauchen die Erklärungen eben ein paar Tage länger, um die internationale Öffentlichkeit zu erreichen.

Doch Marcos hat bisher nichts von seinem Charisma eingebüßt, auch wenn mit der Verbreitung seines angeblichen Konterfeis, seine Maske gelüftet und seine wahre Identität bekannt sein soll. Viele Sympatiebekundungen in ganz Mexiko beweisen ungetrübte Solidarität mit dem "poetischen Unbekannten". Vielleicht gelingt es ihm weiterhin die Militärs und die Regierung noch einige Zeit an der Nase herumzuführen und sie damit ein weiters Mal bloßzustellen.

Eine andere sich anbahnende Katastrophe spielt sich im Moment auf der Ebene der Gemeinden ab. Wieder ist die Armee federführend beteiligt. Wie die Tageszeitung *La Jornada* berichtet, besteht die derzeitige Aufgabe der Militärs u. a. darin, die Flüchtlinge, die letztes Jahr bei Aufstandsbeginn aus den von den Zapatisten kontrollierten Gemeinden geflohen sind, entweder in ihren oder in anderen von den Zapatistas gerade verlassenen Regionen anzusiedeln. Die Familien müssen für ihre Rücksiedlung einige hundert Dollar zahlen, selbst für unrechtmäßig von ihnen in Besitz genommene Grundstücke.

Die medizinische Menschenrechtskommission, die die Flüchtlinge betreut, protestiert gegen die massenhafte Ansiedlung von Campesinos und Bauern in ehemaligen Gemeinden der Zapatistas:"Es wird eine Atmosphäre gegenseitiger Denunzierungen, Revanchismus und Lynchjustiz geschaffen, die Brüder gegen Brüder aufbringen wird." (taz v. 6.3.95)

Wenn diese Dörfer und Gemeinden dann auf Grund der internen Konflikte wieder verlassen werden, sind die lachenden Dritten, die Viehzüchter, schnell zur Stelle. Sie machen nicht nur in der Landfrage an allen Fronten mobil. Einer ihrer Hauptfeinde ist nach wie vor Bischof Samuel Ruiz aus San Cristóbal. Sie machen den Bischof für viele Unruhen und für die massiven Landbesetzungen, die dem Aufstand folgten, verantwortlich. Daß der Landkonflikt Hauptursache der Armut und sozialen Katastrophe in Chiapas ist, interessiert die Großgrundbesitzer und Viehzüchter herzlich wenig. Seit Wochen attackieren sie und ihre Handlanger (guardias blancas) den Bischof, um ihn mit Unterstützung einiger, aufgebrachter und reaktionärer Bürger (coletos autenticos) aus San Cristóbal zu vertreiben.

Seine Arbeit wurde zuletzt nach dem Rücktritt des chiapanekischen PRI-Gouverneurs Eduardo Robledo Rincon in Frage gestellt. Dessen Rücktritt, eine der Bedingungen der Zapatistas für neue Friedensgespräche, rief sofort die Gegner des Bischof auf den Plan, die Ruiz nicht nur auffordern, seine Vermittlertätigkeit zu beenden, sondern auch gerichtliche Schritte gegen den "roten Bischof" erzwingen. Seit vor gar nicht langer Zeit Fahndungsfotos mit Kopfgeld auf ihn ausgesetzt werden, umgibt sich Samuel Ruiz mit Leibwächtern. Auch die Kathedrale in San Cristóbal wird schon seit längerer Zeit von vielen Indigenas aus den umliegenden Gemeinden vor Angriffen geschützt. "Väterchen" Ruiz, wie seine Anhänger ihn nennen, verurteilt nach wie vor die Gewalt, stimmt aber mit den Forderungen der Zapatistas nach sozialer Gerechtigkeit, nach Land und Würde, nach Demokratie und Freiheit überein.



Denn ohne Land und Würde, Demo-

kratie und sozialer Gerechtigkeit hat mehr als die Hälfte der chiapanekischen Bevölkerung keine Chance der Armut zu entrinnen. Schon fast vergessen scheint, daß es genau das ist, was die Zapatistas mit ihrem Aufstand, seit über einem Jahr fordern.

Nach dem Rücktritt des PRI -Gouverneurs - Robledo wurde durch einen anderen Vertreter der regierenden PRI ersetzt - versucht die oppositionelle Gegenregierung, oder auch "Übergangsregierung" mit Amado Avendano an der Spitze, die Gemeinden zur Unregierbarkeit aufzurufen. Viele abgelegene Dörfer sind gerade in letzter Zeit, nach Absetzung der alten Bürgermeister, massiv der Willkür der Bundespolizei und der Militärs ausgesetzt. Mit einem Marsch in die mexikanische Hauptstadt, der von der oppositionellen Regierung angeführt wird, wollen sie weiteren Druck auf Mexikos Regierung ausüben, um den Dialog mit den Zapatistas wieder aufzunehmen und die Bevölkerung in anderen Gemeinden und Bundesstaaten für die Situation in Chiapas zu sensibilisieren.



Foto: Herby Sachs /visavi

Denn die Aufmerksamkeit vieler MexikanerInnen und auch der Weltöffentlichkeit scheint sich nach dem finanz- und wirtschaftpolitischen Desaster mehr in Richtung Erhalt der "nationalen mexikanischen Souveränität" zu verschieben. Selbst bei anhaltender Inhaftierung korrupter Präsidentenbrüder, Morden an Generalsekretären und nicht gerade lächerlichen Geldverschiebungen einiger Hintermänner berührt der Ausverkauf der mexikanischen Wirtschaft und die hundertprozentige Abwertung des Peso viele Gemüter. Denn sie wissen, daß es ihnen allen an den Kragen geht. Spätestens mit der Forderung der Chase Manhattan Bank, die Zapatistas, im Hinblick auf eine zukünftge mexikanische Stabilität auszuschalten und dazu noch die Erdölreserven als Garantie für die Milliardenkredite der USA und des IWF zu überlassen, werden viele MexikanerInnen ihre Aufmerksamkeit eher auf den "nationalen Untergang" richten.

Der politische Zickzack-Kurs der neuen Regierung Zedillo gegenüber den Zapatistas trägt mit Sicherheit nicht zu der sozialen und politischen Sicherheit bei, den der Mittelstand und die von der wirtschaftlichen Krise betroffene Industrie fordert. Im Gegenteil, das Schauspiel um Mord, Intrige, Geld und Macht, treibt immer wildere Blüten. Der ehemalige Präsident Salinas tritt in den Hungerstreik, weil sein Bruder im Zusammenhang mit dem Mord am PRI-Generalsekretär Massieu von seinem Zögling Zedillo verhaftet wird. Nach zwei Tagen bricht er diesen wieder ab, muß auf internationalen Druck seine Kandidatur als WTO-Präsident zurückziehen und begibt sich zu guter Letzt als Berater einer Bank in die USA. Der vielgepriesene und international hochgelobte, wirtschaftliche Erneuerer Mexikos verläßt gekränkt sein Land. Welche Schmach für das neoliberale Wunderkind.

Zedillo, der neue Präsident hingegen, beweist mit der Inhaftierung des Bruders seines Ziehvaters ein nie dagewesenes Rückgrat. Das zumindest braucht er auch, um den Ausverkauf des Landes an USA, IWF, Japan und Europa wettzumachen. Doch er verspielt den Kredit an Glaubwürdigkeit in Sekundenschnelle. Einen Tag vor der Ankündigung des wirtschaftlichen Aktionsprogramms informiert nicht er, sondern der US-Botschafter, daß die neuen Wirtschaftsmaßnahmen "enorme Opfer" von der mexikanischen Bevölkerung verlangen werden.

Doch was passiert mit dem Aufstand in Chiapas? Ob Zedillo die Fäden noch in der Hand hält oder die Militärs sich selbstständig gemacht haben, wird sich durch den tatsächlichen Verhandlungswillen und die Glaubwürdigkeit dieser Regierung in den nächsten Wochen zeigen (die letzten aktuellen Nachrichten aus Chiapas vom 17.3.95 berichten von einem bedingten Rückzug der Militärs und dem Willen der Zapatistas den Dialog wieder aufzunehmen).

Der Spielraum für eine mögliche Veränderung der sozialen Verhältnisse ist allerdings in ganz Mexiko geringer geworden. In Chiapas scheint die Perspektive im Moment noch düsterer auszusehen. Aber die in der Vergangenheit stets überraschenden Aktionen der Zapatistas können auch diesmal das Blatt zum Guten wenden. Denn für viele MexikanerInnen ist der Aufstand in Chiapas nach wie vor mehr als nur ein Nadelstich. Die Zapatistas haben der

mexikanischen Regierung und Teilen des Volkes nicht nur den Spiegel vorgehalten, sondern wie Subcommandante Marcos so schön sagt:" sie haben endlich ihr wahres Gesicht gezeigt".

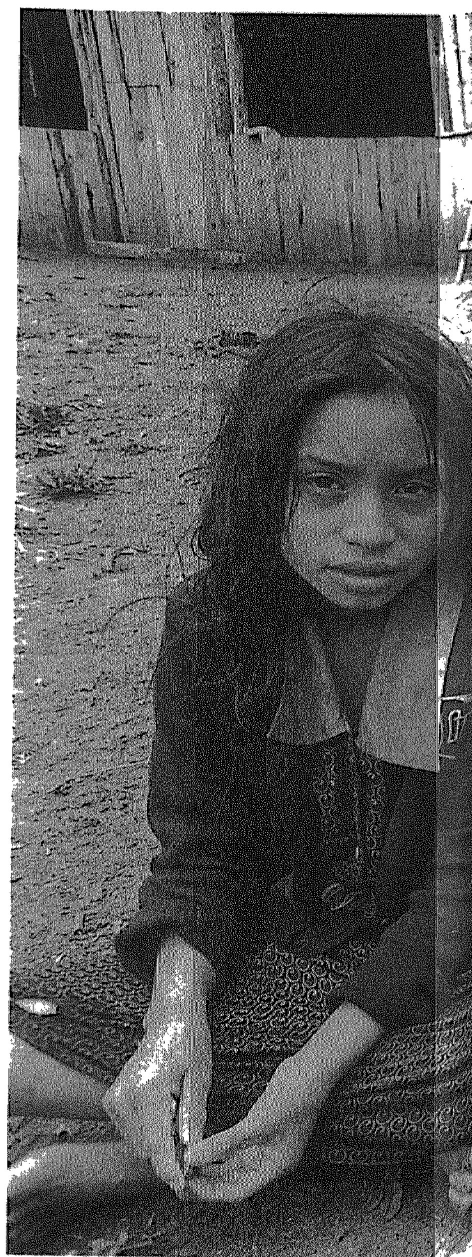
Anonymer Augenzeugenbericht aus der Selva Lacandona, Chiapas im Februar 1995

Auf der Fahrt in die Zona Franca, der bisherigen Zapatistenregion, kam kurz hinter dem kleinen Örtchen Las Margaritas der letzte Militärkontrollpunkt. Hier wurde das Militär konzentriert zusammengezogen und von hier aus begann der Vormarsch durch die Dörfer und Siedlungen von San Pedro, Momon, San José, Flores und schließlich nach Guadalupe Tepeyac. In Las Margaritas war die Präsenz des Militärs seit einem Jahr schon alltäglich. Man sitzt am gleichen Tisch im Restaurant, schaut in den Fernseher, gibt Kommentare ab, mustert sich und erkennt an diesen vielen ethnischen Unterschieden in der Truppe schon die einzelnen Konflikte, Widersprüche und Privilegien des Einzelnen und die des ganzen Landes. Man ißt und raucht und spricht und läßt sich von lächelnden scheuen Indios mit verschüchterten Blicken oder großen Halbschwarzen, in breit grinsender US-Erfolgssportlermentalität in Militäruniform fragen, ob man mit zum Tanzfest kommen will.

Der erste Kontrollpunkt der EZLN befand sich ca. 30 km hinter der letzten Militärkontrolle. Hier und dort begegnete man Bauern, die ihre Mais- und Kaffeeernte zum nächsten Haltepunkt der spärlich gewordenen Transporter und Kleinlaster schleppten. Ein oder zwei konnten pro Tag in das Gebiet einfahren, um die notwendigsten Versorgungsprobleme zu decken.

Die Straßenblockaden aus Felsbrocken oder abgesägten Bäumen sind notdürftig weggeräumt. Zur Zeit des anstehenden Dialogs im Januar fuhren täglich Vertreter der CONAI oder Avenado, der Gouverneur der sogenannten "Übergangsregierung der Rebellion", zur Kommandatur der EZLN.

Eine einfache Holzbalkenschranke wurde von drei Zapatisten bewacht. Nachdem die Namen und Nationalitäten am Funktelefon dreimal verwechselt wurden und über Lautsprecher am anderen Ende der Leitung ein leider rotzig überheblicher, typisch mexikanischer Tonfall von oben nach unten auf die, die nicht schreiben und lesen können, durch den Wald schallte, fuhren wir weiter in die grüne bergige Nebelbank. Nach einer Stunde erreichte der Lastwagen mit Frauen und Kindern in bunten Stoffen, Männern mit Strohhütten und dem begehrten Pox-Schnaps, der herumgereicht wurde, mit Colakisten, Säcken, Konservenkartons und Stacheldrahtrollen beladen San José, den zweiten Kontrollpunkt der EZLN. Nach Absteigen und Händeschütteln, Kontrolle und Funktelefon die ersten Fragen nach dringend benötigten Batterien, Taschenlampen und nach einer Tageszeitung. Nur alle sieben Tage oder alle zwei Wochen gab es Zeitungen, dann gleich gebündelt von jedem Tag. Meine Vorräte an Zigaretten schwanden rapide. Leider kommen die Vorposten bei mitgebrachten Geschenken immer zu kurz. Denen, die im Basislager leben, geht es etwas besser. Der stolzeste und unsicherste Vorposten ist vierzehn Jahre alt und hält sich im Schatten der anderen. Eine Nacht warten wir in einer größeren Holzhütte, die als Schule diente, mit Schülerbänken aus den dreißiger Jahren. Die Lehrer sind abgewandert, seit einem Jahr gibt es keinen Unterricht mehr. Alexandro, einer der wenigen sympathischen US-Vertreter, sammelt Kindermalereien von sechs bis zehnjährigen aus Krisengebieten. Nach einer Stunde malen schon die ersten Mädchen in bunten katholischen Kleidchen mit ihren Brüdern lachend ihre Familien, Selbstportraits, ihre Träume und natürlich Helicopter und tote Soldaten, von Zapatisten umringt. Aber auch der erste Familienvater kommt und nimmt seinen Jungen samt Zeichnung wieder mit. Hinter der Schule ist ein sandiger Basketballplatz. Nach einer Weile kommen alle spieltüchtigen Zapatisten ohne Masken und laden ein zum Basketball. Meine Mannschaft verliert nach hitziger Diskussion um den aktuellen Spielstand und Wiederholungsspiel und muß dem jeweiligen Gegenspieler einen Refresco, einen Drink, ausgeben. In den kleinen Geschäften wird alles bezahlt, oder auf Deckel angeschrieben. Überhaupt ist das Guerillaverhalten der Zapatisten zur Bevölkerung extrem warmherzig, es gibt keine Form von Übergriffen auf die Zivilbevölkerung, abgesehen von den notwendigsten verwaltungstechni-



schen Kontrollmaßnahmen. Da sind sie eher mit scheuen Touristen zu vergleichen, die nicht von allen geliebt werden und sich aber auch nichts zu schulden kommen lassen wollen. Auch bei den Fincabesetzungen gehen sie so sympatisch freundlich vor. Eigentümer werden nicht mal gefangengenommen, sondern sie können Tage später mit

Polizei oder Militär wiederkommen, während die Zapatisten in edlen Salons unter kostbaren Warhol-Drucken unsicher mit der Fernbedienung spielen. Abends spielen drei Zapatisten Marimba, die schönste Musik in dieser Gegend, um acht, neun ist Schlafenszeit. Nachts um drei ertönen die Marimbaklänge zum Tag eines Heiligen noch einmal und für Stunden entschwindet alles Wesentliche in den unwirklichen Sphären eines flüchtigen, mächtigen Dschungels.

Am nächsten Tag: Warten auf dem weißen Lastwagen, der in der Zwischenzeit wieder in Las Margaritas war. Ich kaufe eine Handvoll Kaffeebohnen von einem Bauern, der seit dem Morgen mit seinem Sohn und zwei Säcken Kaffee auf einen Rücktransport wartet. Er staunt über die hohen Kaffeepreise in Europa und wir spekulieren über Möglichkeiten neuer Handelswege. Wir tragen seine Ware zum Checkpoint, ein anderer Lastwagen darf nicht weiterfahren und kehrt mit ihm zurück in die Stadt.

Dann am Nachmittag kommt der weiße Lastwagen, Benz natürlich, wieder. Ziemlich vollbeladen geht es die restlichen acht Kilometer ins Zentrallager. Der nächste Ort ist Flores, ein sauberes, mit teilweise weißen Steinhäuschen und Holzhütten bebautes, stark protestantisches Dörfchen. Die Protestanten haben es abgelehnt, sich unter zapatistische Kontrolle zu begeben, und so findet sich auch weit und breit kein bewaffneter Maskenmensch in dieser Siedlung. Alexandro darf nicht weiterfahren und bleibt einen Tag hier. Jemand vermißt einen Lebensmittelkarton und alle müssen nochmal alle mitgebrachten Waren durchgehen.



Beim Erreichen des Zentrallagers dämmert es schon. Am Ortseingang hängt ein großes Transparent mit Parolen und dem roten Stern. Langhaarige Zapatistenfrauen verlangen zum erstenmal Pässe und gehen das Gepäck durch. Nach etwas gereiztem, angespanntem Check Warten unter einem

Holzverschlag...Alles ok – die Frauen kommen wieder und fragen nach Geschenken. Desinfektionstücher, Sturmstreichhölzer, Zigaretten, Seife und zu große Batterien kann ich geben.

Ich warte und schlafe zwei Tage im einzigen Hospital. Hier treffe ich die weissere, intellektuelle Creme aus den Städten. Jorge sitzt in der Aufnahmestation und liest unter hellem kaltem Neonlicht ein Buch über die politische Entwicklung Mexicos. Niemand Fremdes ist zur Zeit hier, außer einem Journalisten von der Tageszeitung La Jornada. Er zeigt mir die Duschen, die ich am nächsten Tag erstmal repariere. Wir schlafen im selben Raum, auf Matratzen von Krankenbetten. Er ist fast sauer, daß ich die Zeitung nicht bis hierher retten konnte. Aber endlich zwei Packungen Zigaretten nach einer Woche, das tröstet ungemein. Die Atmosphäre hier in Guadaloupe ist allgemein so wie dieses verlassene Krankenhaus. Angespannte Stille, kein verträumtes Rumhängen in Hängematten und kein Lachen und Spiel wie in San Jose, wo es nicht diese politisch-militärische Verantwortung gab. Jorge erklärt mir, daß das Hospital vor drei Jahren in einer für dieses Gebiet mächtigen Anstrengung gebaut wurde. Monatelang fuhren schwere Bauwagen schweres Material aus den Städten hierher, weil die Regierung schon ahnte und spüren konnte, daß es in der Gegend rumorte. So dachten sie eben, schnell ein Krankenhaus bauen, um die Region zu befrieden. Aber es hat nichts mehr genützt. Jetzt hängen auf großem Transparent die Abbilder von Emiliano Zapata und Che Guevara nebeneinander an der Front des Hospitals.

Zwei Frauen vom roten Kreuz kommen rein und lachen und verarschen sich mit Jorge gegenseitig.

Eine Frau aus Frankreich kommt, sie spricht fließend spanisch und versucht sich irgendwie zu legitimieren; Europäer sind aus gewissen Gründen in diesen Zusammenhängen im Moment hier schlecht einzuschätzen, und ich will gar nicht erst wissen, was sie hier macht, hat mich auch nicht zu interessieren. In den nächsten Tagen rede ich mit einigen Leuten aus dem Ort. Alles ist ängstlicher, verschlossener und trauriger als an anderen zapatistischen Orten. Jungs spielen auf dem Vorplatz des Hospitals mit Murmeln, ältere spielen um Geld und werden jedesmal aggressiver. Es gibt auch nichts. Die Versorgung ist schlecht, erst recht für die EZLN. Jorge und andere reparieren etwas genervt liegengebliebene Fahrzeuge. Nachts kommen Tacho und Marcos und andere und laden versteckte Materiallieferungen durchgekommener Fahrzeuge in einen Range Rover oder Toyota um, mit aufgeklebten weißen Buchstaben der EZLN. An den zwei Tischen des einzigen Restaurants werden lange Interviews für ein genervtes schwedisch-deutsches TV-Pärchen gegeben, die sich noch in unverschämter penetranter Weise darüber beschweren, das gemäß ihrem dringenden Terminkalender und Flugplan nichts organisiert sei, es keine zuverlässigen Auskünfte gibt und keinen Tequilla. Mit dickem Wagen und Kreditkarten unangemeldet in Guerillagebiet einlaufen und den Ärmsten in ihrer verslumten, im Kriegszustand befindlichen Existenz noch Vorwürfe machen, das es hier keinen Nightclub gibt. Auto, Ausrüstung und Knete abnehmen und zu Fuß ab nach Hause schicken wäre in diesem Fall ein angemessener Dämpfer und eine sinnvolle Läuterung. Aber – und das ist eben der gewaltige Vorteil der Zapatisten, eine wirksame Waffe war und ist eine gute, geschickte Pressepolitik, eine Strategie, die zu diesem weltweiten solidarischen Echo geführt hat. Hätte der Widerstand nebenan in Guatemala nur halbsoviel Aufmerksamkeit erreicht wie jetzt in Mexico, sähe die Lage dort mit Sicherheit anders aus. Eintausendvierhundert Meldungen wegen Menschenrechtsverletzungen in den letzten vier Monaten. Mord, Folter, Einschüchterungen und Verschwindenlassen. Keine Strafverfolgung der Täter. Das brutale Militärregime dort, das, ohne Zweifel etwas demokratisch-amerikanisch frisiert, immer noch regiert, hätte übertragen auf Mexico wahrscheinlich sofort alles plattgemacht. Da klingt es schon erfreulich, wenn man erfährt, daß in Mexico angeblich um die 50 Offiziere ihren Dienst verweigert haben, weil sie nicht auf verarmte Indios schießen wollten. Das Militär ist nicht so verhärtet wie man es von anderen amerikanischen Staaten gewohnt ist. Trotzalledem, –



Foto: Herby Sachs/Visavi

sie sind einmarschiert.

Ich halte mich an die Indioführer der EZLN, die in diesem Gebiet aufgewachsen sind und die Verhältnisse genau kennen und radikaler denken und kämpfen.

Mayor Moises saß vor einigen Wochen selbst in dem kleinen Restaurant und klopfte vor mir auf sein Maschinengewehr, "Das ist unsere einzige Garantie," sagte er. "Wir haben nichts mehr zu verlieren."

Er erzählte mir, daß es keine theoretische politische Grundlage gibt, die



Leute können sowieso nicht lesen, wie sollen sie sich für eine sozialistische, marxistische oder leninistische Auffassung präparieren oder entscheiden, die Ziele sind elementar und offensichtlich. Eine Ideologie im wissenschaftlichen Sinne gibt es nicht. Es geht nicht um politische Grundbegriffe, es geht um Bildung, Bodenreform, mehr Landrechte, Gerechtigkeit, keine Diskriminierung, ein würdiges Leben in Freiheit. Es ist in Ordnung, wenn die Leute wählen, sie würden niemanden beeinflussen wollen. Wenn jemand die PRI wählt, wählt er eben die PRI. Wenn sie Robledo wählen, ist das in Ordnung, wenn sie Avendano wählen, umso besser, in Ordnung. Bisher tragen alle mexikanischen Präsidenten immer das gleiche Gesicht, ob Madrid, Salinas oder Zedillo. Wenn wir unsere Forderungen wie bisher ohne Waffen einklagen, folgt als Antwort sowieso nur Druck und Repression. Im Moment ist alles unsicher, in Chiapas und im ganzen Land. Der Krieg verpflichtet uns dazu Lösungen zu finden. Das Gewehr ist die Garantie, daß es nicht so wird wie vorher, und im Moment gibt es keinen stabilen Waffenstillstand.

Jede landwirtschaftliche Gemeinschaft solle sich selbst für ihre geeignetste Produktionsweise entscheiden, nach demokratischen Prinzipien sollen Strukturen wie Verteilernetze, Transportwesen und Vertrieb aufgebaut werden. Die Probleme sind im ganzen Land ähnlich. Sie, die EZLN, wollen keine Macht im Sinne militärischer Sieger und Verlierer erkämpfen, auch keine Partei bilden und sich somit auch keiner Wahl stellen. Auszuschließen sei es natürlich nicht. Das Volk entscheidet, so Moises.

Unterstützt wird die EZLN wenig, internationale Hilfe gibt es außer von El Salvador nicht. Es fehlt natürlich an allem. Die Ausrüstung wird größtenteils handgemacht, Munitionstaschen werden selbst genäht, je höher die Position, desto besser die Ausrüstung.

Diesen Ort gibt es so jetzt nicht mehr. Das Militär hat in einem geschickt abgepaßten Moment zugeschlagen.

Vielleicht sind einige der Kämpfer vorerst in der ländlichen oder städtischen Zivilbevölkerung untergetaucht, arbeiten irgendwo auf dem Feld, organisieren den Widerstand im fernen Norden mit anderen Compañeros oder verharren ohne Unterstützung in kleinen versprengten Gruppen in ständiger Ungewißheit in morastigen undurchdringbaren Dschungelgebieten.

Einen geographischen Dorfnamen des Basislagers der EZLN gibt es im Moment nicht mehr. Eine logistisch gut vorbereitete Rückzugsstrategie hat es in Erwartung des Einmarsches gegeben.

Auch hat die EZLN bereits eine landesweite Stimme. Zur Repräsentation einer politischen Gruppe oder einer Guerilla in der Weltöffentlichkeit reicht ein Telefon, ein Briefkasten, ein gut funktionierendes Botensystem, um Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren und den Dialog zu suchen.

Und es gibt die CONAI, die Comision Nacional de Intermediacion, bestehend aus Vertretern wie der Caritas u.a. kirchlichen sozialen Organisationen, gruppiert um den verhaßten und geliebten Bischof Samuel Ruiz in San Cristóbal de las Casas. Bisher konnte ich Kirchenkontakte auf politischer Ebene vermeiden, hier hat die Kirche als Filterstation zwischen der vorwiegend indigenen Bevölkerung und der kapitalistischen Zivilisation sicherlich unentbehrliche Dienste geleistet. Ein Hirtenbrief, in dem sich die Kirche vor einigen Jahren für die grausamen Vergehen und Fehler der letzten Jahrhunderte bei der einheimischen Bevölkerung entschuldigte, und das schlechte Verhältnis zum Vatikan zeugen von selbstkritischer Neueinschätzung. Eine gewaltige Ablehnung wird Ruiz nun von regierungstreuen Unternehmern, Industriellen, und in diesen Zeiten besonders von reichen Rancheros und Fincabesitzern entgegengebracht. Sichtbar wurde dies vor einigen Wochen auf einer Pro-PRI Demonstration 30 Meter neben dem Gotteshaus, auf der eine Ruiz - Strohpuppe verbrannt wurde.

Ein Kirchenvertreter war stolz, daß er fließend tzotzil sprechen würde, – ein in diesem Gebiet verbreiteter Dialekt der Maya-Sprachgruppen.

Ruiz und die Kirche respektieren auch alte Riten, sowie die Anwendung des alten traditionellen Kalenders bei einigen Mayas. Es wird Zeit, daß die Bevölkerung sich als "subject, not object of history" versteht und so verstanden wird. Natürlich kann er keine Gewalt unterstützen, aber er versteht die Ziele der EZLN. Chiapas ist nicht dritte, sondern vierte Welt. Die letzte Revolution hat Chiapas vergessen. Es ist noch genauso wie in "Regierung", und den Folgebänden aus *B.Travens Caoba*-Zyklus. Die Ausbeutung der Indios muß beendet werden, der Himmel muß auf die Erde geholt werden, keiner soll mehr auf den Himmel warten.

Alle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, um eine friedvolle, politische Lösung zu finden. Dabei müsse natürlich alles "in the will of God" geschehen, immer das Idol des "suffering Christ" beherzigend, das individuelle Verhalten soll bestimmt sein

von der Liebe zum Nachbarn, dann kann man kämpfen gehen – "for a little justice."

Im Moment scheint das CONAI nach neuesten Informationen seine starke Vermittlerrolle zu verlieren.

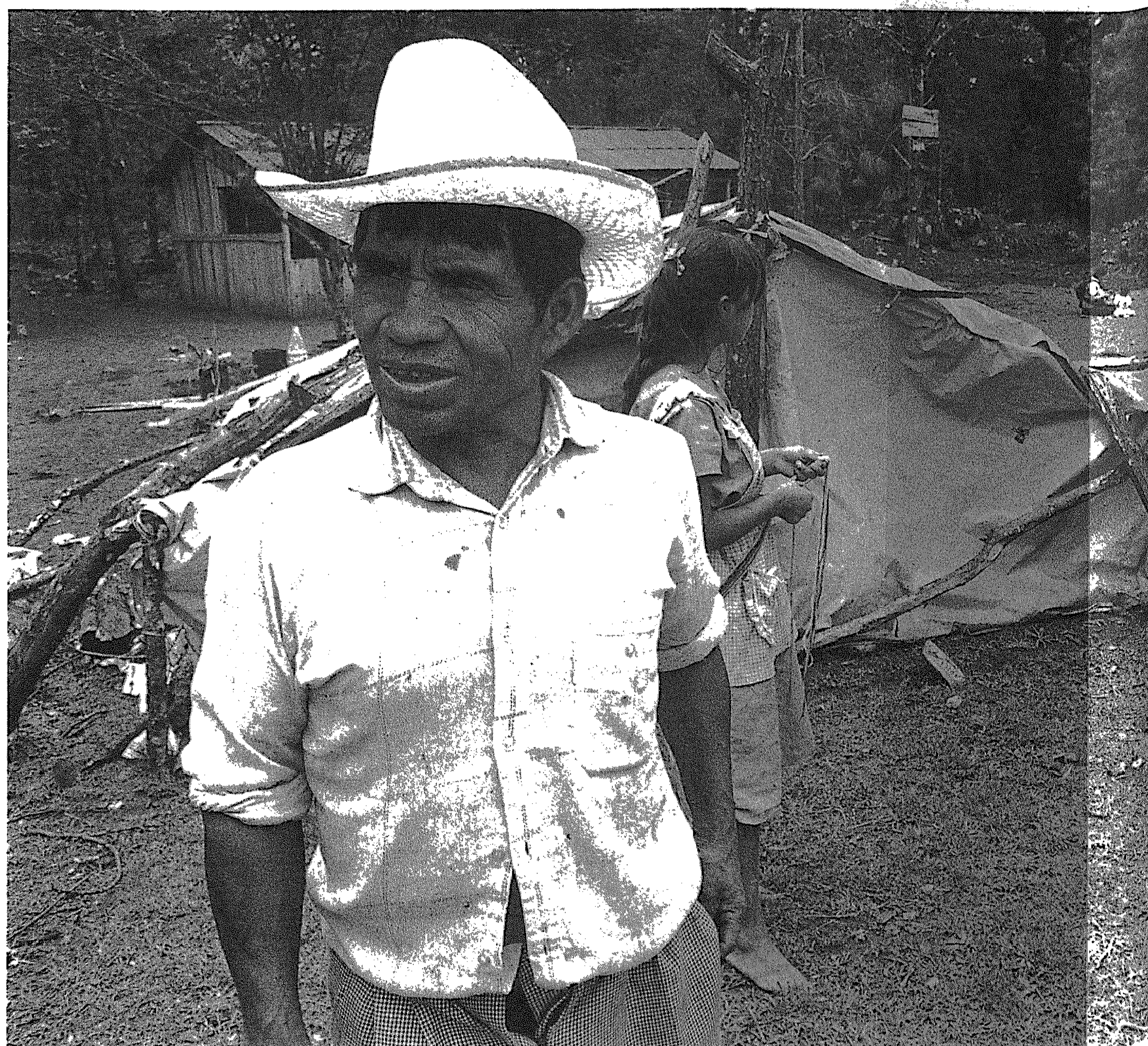
Nach zwölf Monaten wurde der ungelöste Dauerzustand, – ohne wesentliche Fortschritte in den Dialogen für einen Waffenstillstand etc. zu erreichen, – von Seiten der Kirche und auch anderen Parteien ganz einfach umgewandelt in den Wunsch nach "Frieden". Man sah plötzlich nur noch "Paz y Dignidad", Frieden und Würde, schon längst nicht mehr "Tierra y Libertad", Land und Freiheit.

Der Sitz von Avendanos Übergangsregierung, nur einen Kilometer von der Kirche entfernt im jetzt besetzten INI, dem nationalen indigenen Institut der Tzotzil und Tzeltalindios, ist ("offiziell illegal"), realpolitisch und vom taktischen Anspruch her als der eigentliche öffentliche Ansprechpartner und Arm der EZLN anzusehen und auch dieser zuzuordnen. Durch ein Transparent und ein rotes Tuch an einer Kette und mehreren Kontrollposten, die die Besucher nach Waffen durchsuchen, wird das Gebiet vom übrigen Stadtgebiet abgetrennt. An Zigaretten, Brot und Früchte, Stifte und Büromaterial für die Wächter, fürs schlecht ausgerüstete Office und für die immer neu ankommenden versprengten Campesinos, denken leider nur die wenigsten der wohlgenährten internationalen Pressevertreter und der internationalen "Observer". Letztere sind natürlich dringend notwendig, um durch ihre internationale Präsenz militärische Eingriffe abzuwenden und die Lebensmittel- und Medikamentenverteilung in Krisenorten zu überwachen. Sie begleiten die Convois der Lastwagen, aber sie gefallen sich selbst am besten dabei. Wie auf Papis Yacht springen sie auf und ab, das Abenteuer, die Front, das strapazierte Grinsen – die pflegeleichten Studenten, die den Weg hierher wagten, aus den States und aus Italy, aus Australia und Austria.

Einfache beschriftete Blätter weisen den Weg in die einzelnen Ressorts in Avendanos Regierungsbüros, vor denen immer reger Betrieb herrscht. Frauen mit Kindern fragen nach Rat, Bauern genießen die mächtige Atmosphäre in den Fronträumen momentaner mexikanischer Geschichte.

Hier ist das Büro für gerichtliche Angelegenheiten, das Büro für Frauen, und eins für Soziales und Ernährung. Noch steht nur eine vereinzelte alte Schreibmaschine und ein leerer Tisch in den kleinen Räumen.

Enrique, ein demonstrierender Campesino von Tapachutla, sagte mir, daß in Chiapas von zehn Familien oder Familienvätern mindestens sieben in den bewaffneten Kampf gehen werden.



Stefan Armborst

Mexiko am Scheideweg!

Im Folgenden veröffentlichen wir zusätzlich einen gekürzten Artikel zur wirtschafts- und sozialpolitischen Krise in Mexiko von Stefan Ambrost. Er versucht eine grundsätzliche Einschätzung der momentanen Situation und des historischen Kontext der neoliberalen Entwicklung in Mexiko zu erarbeiten.

Seine politische und ökomnomische Einschätzung teilen wir nicht generell, doch wir möchten mit dem Artikel den FadenleserInnen das Handwerkszeug liefern, die beispielhafte Entwicklung in Mexiko nachzuvollziehen.



Foto: Dorothea Schütz/Visavi

Am 13. März fragt sich Henry Kissinger in einem CNN-Interview, wie denn in Mexiko "über den Weg einer selbsterzeugten tiefen Depression eine wirtschaftliche Erholung stattfinden kann". Eine rezessive Politik als Mittel zur ökonomischen Aktivierung, so bemerkt er, „war die Theorie, der wir unter (Präsident) Hoover gefolgt sind, und unser politischer Prozeß hielt dies nicht aus. Ich weiß nicht, wie der mexikanische politische Prozeß dies aushalten kann". Zusammen mit dem überwiegenden Teil des US-amerikanischen liberalen und konservativen Establishments war wohl auch Kissinger von der Richtigkeit und Effizienz des vom mexikanischen Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gotari vorangetriebenen Modernisierungsprojekts überzeugt.

Jetzt, nachdem die Entscheidung vom 20. Dezember letzten Jahres, den Peso frei floaten zu lassen, zu einer über hundertprozentigen Abwertung geführt hat und nachdem der überwiegende Teil des 1994 ins Land gekommenen volatilen Finanzkapitals längst das Weite gesucht hat, besinnt sich auch Kissinger wieder auf die "demokratische Frage" als Grund für die aktuelle Misere: Wenn Zedillo doch nur "schrittweise das Programm seines Vorgängers nun auch im politischen Bereich anzuwenden begonnen hätte, um dann am Ende der sechs Jahre ein Mehrparteiensystem verwirklicht zu haben. So wäre dann Mexiko endlich ein modernes Land."

Soweit die zynische Arroganz des Ex-Außenministers. Solange die künstliche Überbewertung des Peso und der dadurch ausgelöste Importboom Mexikos genügend Handelsprofite bescherten und die saftigen Renditen an der mexikanischen Börse selbst die Fonds der US-amerikanischen Pensionskassen anzogen, brauchte die Demokratie im Tequila-Land kein Thema sein. Die USA brauchte die PRI und braucht sie auch weiterhin. Und das Zapatistische Nationale Befreiungsheer (EZLN) wurde über 1994 hinweg als peripheres Problem der inneren Sicherheit angesehen, bei deren Lösung freundschaftlich mitzuhelfen man natürlich gerne bereit war: So mußte das mexikanische Bundesheer erst in der Aufstandsbekämpfung sowie in der Anwendung der low intensity *warfare*- Strategie in Chiapas unterwiesen werden.

Die Krisenlösung ist in der Krise

So faßt auch Ugo Pipitone in *La Jornada* vom 14. März die Lehren aus der übereilten Weltmarktöffnung Lateinamerikas in den 80er Jahren folgendermaßen zusammen: In der Phase verstärkter Außenöffnung hilft nur eine unterbewertete Währung, zu hohe Defizite in der Handels- und Zahlungsbilanz mit dem Ausland vermeiden, welche im entgegengesetzen Falle nur durch einen verstärkten Devisenzustrom aus den freien internationalen Finanzmärkten kompensiert werden können. Die in den letzten Jahren zu verzeichnende Konzentration produktiver Auslandsinvestitionen auf die industriellen Zentrumsökonomien der triardisierten Weltwirtschaft läßt für Länder, die wie Mexiko an einer zu geringen internen Sparquote und darüber hinaus an der bekannten strukturellen Heterogenität der Schwellenländer leiden, nur noch das weltweit freischwebende Spekulationskapital übrig. Um dieses anzuziehen, müssen Überbewertung der Landeswährung, Inflationsbekämpfung und Hochzinspolitik zu wirtschaftspolitischen Imperativen werden.

Die Auswirkungen dieser "Anpassung" an die Renditeerwartungen privater internationaler Geldanleger und Banken, die oft auch die aus der Kapitalflucht herstammenden Devisen einheimischer Eliten verwalten, vermehren die Probleme im produktiven (und damit beschäftigungsrelevanten) Sektor der Wirtschaft sowie dann auch im sozialen Bereich. So war z.B. das Firmensterben vor allem bei den binnenmarktorientierten Klein- und Mittelbetrieben im Mexiko der letzten Jahre an der Tagesordnung. Bis dann das steigende Handels- und Zahlungsbilanzdefizit zusammen mit den Ängsten angesichts einer realen oder befürchteten politisch-sozialen Instabilität das „Gondelkapital" in Bewegung setzte und das schon über lange Jahre austeritätsgebeutelte Land wieder von Null anfangen läßt.

Austerität ohne Ende

Am vergangenen 9. März stellte Ernesto Zedillo das neue Spar- und Anpassungsprogramm vor, das den seit Jahresbeginn wesentlich verschlech-

terten ökonomischen Eckdaten Rechnung tragen soll. Das fünfte neoliberale Austeritätsprogramm in zwölf Jahren ist diesmal jedoch ohne die Mitwirkung weder der Unternehmer- noch der bislang vom Staat kontrollierten Gewerkschaften durch ein Regierungsdekret verfügt worden. Dies spricht für die These, daß es sich hier um eine Kehrtwendung hin zu den „orthodoxen" Stabilisierungsmaßnahmen der Zeit von 1982 bis 1987 handelt, die Salinas de Gotari daraufhin durch eine Politik neokorporativistisch abgefederter und damit gesellschaftlich legitimierter Sozialpakte ersetzte.

Die Verringerung der staatlichen Ausgaben um 9,8 Prozent, weitere Privatisierungen und die Streichung staatlicher Investitionsvorhaben, die Erhöhung der Gas- und Benzinpreise sowie die Anhebung der Mehrwertsteuer von 10 auf 15 Prozent haben das Ziel, die öffentlichen Finanzen zu sanieren, um letztlich die bis Ende des Jahres anstehenden Fälligkeiten bei der staatlichen Auslandsschuld (14 Mrd. Dollar) und vor allem bei den internen Staatsanleihen (65 Mrd. Dollar) pünktlich zu begleichen. Über die Verschärfung der Politik des knappen Geldes soll die Liquididät bei den Staatsfinanzen erhöht werden: Zinsen von bis zu 50 Prozent für Investitionskredite und von bis zu 80 Prozent für Hypotheken zusammen mit den aufgrund des Wechselkursverfalls gestiegenen Produktionskosten werden - so die Strategie - über den Weg einer finanzpolitisch verschärften Rezession dazu beitragen, die Import- und damit die Devisennachfrage außerhalb des staatlichen Finanzsystems drastisch reduzieren.

Ziel des Austeritätsprogramms ist es, 1995 einen Handelsbilanzüberschuß von 8 bis 10 Mrd. Dollar zu erwirtschaften, wofür die katastrophale Spirale von Reallohnsenkung und Arbeitslosigkeit, Nachfragerückgang und Firmenzusammenbrüchen - es kursiert die Zahl von täglich 5 000 Entlassungen - weiter beschleunigt wird. Der im Programm eingeplante diesjährige Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2 Prozent wird sich dabei bald als unrealistisch erweisen, weil die nun eingeleitete Krise schwerer sein dürfte als die der 80er Jahre - und in den Jahren 1983 bis 1986 sank das BIP bereits einmal jährlich um 5 Prozent.

Vieles spricht dafür, daß mit der jetzt verkündeten neoliberalen Roßkur weite Teile der noch vorhandenen produktiven Sektoren des Landes, die mehr als je zuvor von zu importierenden teuren Zwischengütern abhängig sind, im Strudel einer Stagflationsdynamik untergehen, ohne daß dabei allerdings das Vertrauen der internationalen Kapitalanleger gestärkt würde - vom Vertrauen der mexikanischen Bevölkerung gar nicht zu sprechen, die nicht mehr einsieht, warum und wofür sie auch jetzt wieder die gesamten Lasten der Krise zu tragen hat.

Doch weder die Inflation noch das Handelsbilanzdefizit scheinen in einer derart außengeöffneten Wirtschaft mit äußerst niedriger interner Sparquote auf Dauer einzudämmen zu sein. Vieles spricht für die These, daß die Zedillo-Administration die Kontrolle über die Makroökonomie verloren hat - die Mikroökonomie scheint ihr ja ohnehin kaum mehr etwas wert zu sein. Die auswärtigen Anleger spüren dies und lassen sich auch durch 80-prozentige Jahreszinsen der in der Landeswährung angebotenen Staatsanleihen nicht anlocken. Das national noch akkumulierte Kapital wandert weiter ins Ausland und angesichts der quasi nicht vorhandenen Devisenreserven und der laut Programm bis Dezember diesen Jahres um 35,7 Prozent auf 121,2 Mrd. Dollar steigenden offiziellen staatlichen Auslandsverschuldung ist es fraglich, ob die oben genannten Devisenverpflichtungen überhaupt bedient werden können. Die gesamte mexikanische Devisenschuld beträgt heute schon 170 Mrd. Dollar; vor dem mexikanischen Schuldenmoratorium im Jahre 1982 waren es nur 85,6 Mrd. Dollar.

Offiziellen Schätzungen zufolge werden bis Ende 1995 weitere 750 000 MexikanerInnen ihre Beschäftigung verlieren. Diese addieren sich zu den 250 000 seit dem 1. Januar Entlassenen sowie zu den 200 000 Jugendlichen, die jährlich neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Alle sie, die ohne Sicherung aus dem produktiven Prozeß Gedrängten, die 40 Prozent Armen, die prekär im informellen Sektor Beschäftigten und auch die in die Proletarität gedrängte Mittelschicht werden die Hauptlast der Steuer- und Preiserhöhungen tragen.



Foto: Herby Sachs/Visavi

Warum es so kommen mußte

Die derzeitig ausweglos erscheinende wirtschaftliche Zukunft Mexikos läßt sich nur zum Besseren wenden, wenn die bisher verfolgte Politik der ungeschützten Globalisierung aller wirtschaftlichen Bereiche und damit zusammenhängend auch der faktische Souveränitätsverlust des Landes revidiert wird. Das Gegenteil davon ist im Moment der Fall: Die währungspolitische Autonomie wird de facto an die USA und den von ihr kontrollierten IWF abgegeben - man spricht schon von der Einrichtung eines *Currency Board*, der quasi die Funktionen der mexikanischen Zentralbank einnehmen soll. Dazu kommt, daß durch die Auflagen des im Februar bewilligten internationalen Kreditpakets der Regierung auch die Kontrolle über die Einnahmen aus dem Verkauf der eigenen Ölreserven entzogen ist, weil diese als Kreditbürgschaft in Washington eingelagert werden. Jede Oppositionsregierung muß sich in Zukunft diesen Tatsachen stellen, um wirtschaftspolitische Alternativen überhaupt in Angriff nehmen zu können.

Mit der Strategie der Außenöffnung, Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft im Zeichen des Neoliberalismus hat auch der mexikanische Nationalstaat einen Funktionswandel vollzogen. Als "Moment der globalen Kapitalbewegung" (John Holloway) hängt seine Stabilität als peripher in den Weltmarkt eingegliederte Ökonomie mehr noch als die der Industrieländer heute vor allem von seiner Devisenliquidität ab.

In diesem Sinne kam es in Mexiko im Laufe der 80er Jahre zu einer wachsenden Spaltung in einen produktiven und für das Auslandskapital lukrativen Exportsektor, der sich auf das Produktivitätsniveau des Weltmarkts hinentwickelt, und einen immer zurückbleibenden und immer unproduktiveren Binnenmarktsektor. Dieser Spaltung entsprach auf sozialen Gebiet auch die Zunahme von sozialer Polarisierung, Marginalisierung und Informalisierung und ein Wegfall der auf einer korporativistischen Intergration basierenden minimalen wohlfahrtsstaatlichen Absicherung zumindest eines Teils der lohnarbeitenden Bevölkerung und ihrer Angehörigen. Gleichzeitig veränderte sich das Machtgleichgewicht innerhalb des herrschenden Blocks: Teile der im alten Sinne korrupten PRI-Politiker mußten abtreten. Parrallel dazu kam es zu einer Refeudalisierung der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen, wobei es die Profite von ca. 500 im Export- und Importgeschäft tätigen Firmen sowie der mächtigen *casas de bolsa* im Mittelpunkt stehen, die sich nach der Teilaufhebung der 1982 vollzogenen Bankenverstaatlichung unter Salinas herausgebildet haben. Die jetzigen Spitzen der PRI und ihre Familien sind in diese neue Wirtschaftsoligarchie eingebunden.

Deren Interessen sind eng mit der Aufrechterhaltung des polarisierenden Wirtschaftsmodells verknüpft. In diesem Zusammenhang werden dem Ende November 1994 aus dem Präsidentenamt geschiedenen Carlos Salinas de Gotari und seinen Beratern derzeit vor allem die folgenden Punkte zur Last gelegt:

- die ab dem Frühjahr 1994 einsetzende Ausgabe von besonderen kurz- und mittelfristigen Staatsanleihen, den sogenannten tesobonus, d.h. an den Dollarkurs gekoppelte Schuldscheine

zur Deckung des wachsenden Handels- und Zahlungsbilanzdefizits; sie war nach dem Urteil von Finanzfachleuten im Grunde illegal und führt nachträglich zu einer Erhöhung der staatlichen Devisenschuld, weil den Inhabern dieser Papiere nun gemäß der aktuellen Währungsparität Dollar ausbezahlt werden müssen;

- das zeitliche Hinauszögern der Peso-Abwertung, das auf politischen, aber auch Motiven des persönlichen Prestige beruhte: sie hätte 1993 die NAFTA-Verhandlungen, 1994 die am 1. August stattfindenden Präsidentschaftswahlen und schließlich die (inzwischen zurückgezogene) Kandidatur Salinas' zum Präsidenten der neugegründeten Welthandelsorganisation (WTO) gefährdet.

Darüber hinaus kam es in den Tagen vor dem 20. Dezember 1994 zu einer illegalen Handhabung von hochbrisanten Informationen: Als die verstärkte Kapitalflucht nach dem nicht gerade energischen Amtsantritt Ernesto Zedillos eine Abwertung erzwang, waren es einige, über persönliche Kanäle informierte Finanzgruppen und Firmen, die in aller Eile Guthaben in Dollar eintauschten bzw. große Mengen der oben erwähnten Tesobonus-Anleihen kauften, um noch kurzfristig Millionen Dollar an Abwertungsgewinnen einzufahren. Inzwischen kursiert die Vermutung, daß die massive Abkehr von der mexikanischen Börse ein abgesprochenes Manöver im Sinne einer Machtdemonstration der Finanzkreise gegenüber dem neuen Präsidenten darstellte. Später tauchte dann auch die Meldung auf, die Pesoschwächung wäre auf eine verstärkte Kanalisation von im Drogenhandel erwirtschafteten Geldern ins Ausland zurückzuführen.

Mögliche Alternativen ...

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, inwieweit es die derzeit noch tonangebende politische Elite genügend Legitimät bewahren kann, zumal sich inzwischen in nationalen Unternehmerkreisen, in den bisher staatstragenden Gewerkschaften sowie selbst in der eigenen Partei kritische Stimmen mehren.

Eine wesentliche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem strategischen Ziel zu, die Ende der 70er Jahre verlorengegangene Fähigkeit zur nationalen Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln zurückzugewinnen. Diese steht für den in Mexiko lebenden US-Ökonomen David Barkin zusammen mit einer allgemeinen Anhebung des städtischen Lohnniveaus im Zentrum einer alternativen Entwicklungsstrategie: Dazu gehören Maßnahmen wie die Aufhebung der einseitigen Subventionierung der exportorientierten Agroindustrie, die Sicherung der vorhandenen kollektiven Eigentums- und Produktionsformen (und hier vor allem der *ejidos*, die durch die Agrargesetzgebungsrefom des letzten Sexeniums in ihrer Existenz bedroht sind) und die gezielte Förderung der Produktion von Nahrungsmitteln für die Bevölkerungsmehrheit (Mais, Bohnen, Reis, etc.) sowie der ländlichen Infrastruktur.

Außerdem ginge es darum, die Tendenz des Kleinbauerntums, angesichts der ungenügender Rentabilität zum rein subsistenzorientierten Anbau überzugehen, umzukehren. Die Reorganisation der Kommerzialisierung durch die Förderung des selbstorganisierten Direktverkaufes der Produzenten, die staatliche Garantie eines bäuerlichen Mindesteinkommens sowie die Unterstützung ökologisch innovativer Anbaumethoden wären weitere Maßnahmen. Die Ziele des vorgeschlagenen Programms lägen darin, die Landflucht zu verhindern, das ländliche Beschäftigungs- und Lebensniveau anzuheben und damit nationale Produktionskreisläufe zu stärken bzw. zu reaktivieren.

Der Wegfall von Nahrungsmittelimporten würde zudem das Defizit der öffentlichen Haushalte mindern und bisher für den Grundnahrungsmittelanbau genutzte bewässerte Flächen für eine selbstfinanzierte Exportlandwirtschaft freimachen. Eine wichtige Voraussetzung zur Verwirklichung der alternativen Strategie wäre allerdings die Neuverhandlung des NAFTA-Freihandelsabkommens, das z.B. 1995 den Import von 3 Mill. Tonnen US-amerikanischem Mais vorsieht (17 Prozent mehr als 1994), während die mexikanischen Produzenten angesichts des inflationsbedingten Produktionskostenanstiegs und nicht mehr rückzahlbarer Kredite vor dem Ruin stehen.

Die EZLN als Katalysator ...

Carlos Salinas de Gotari wird inzwischen in der öffentlichen moralischen Wertschätzung auf eine Stufe mit dem vorrevolutionären Diktator Porfirio Díaz gestellt, und voraussichtlich wird es seinem Nachfolger und wirtschaftspolitischen Stiefsohn nicht besser ergehen. Daß Zedillo seinem Vorgänger nach dessen zweitägigem „Hungerstreik" quasi die Absolution erteilt hat, spricht nicht für seine intellektuelle und persönliche Handlungsautonomie - und dies trotz der vorherigen Verhaftung des Ex-Präsidentenbruders Raúl Salinas aufgrund dessen geistiger Urheberschaft am Mord an José Francisco Ruiz Massieu im vergangenen September. Insgesamt ist die Staatspartei PRI für viele nur noch semantisch von einer Gruppe von Verbrechern und Mafiosi zu unterscheiden.

Doch solange sich - und dies ist z.Z. nicht in Sicht - kein möglicher alternativer hegemonialer Block politischer und gesellschaftlicher Kräfte formiert, wird trotz aller Proteste von unten die soziale Desintegration immer den Herrschenden in die Arme spielen. Es ist die Strategie der EZLN und ihres Subcomandante Marcos, die genau auf diese Lücke zielt. Von Beginn an ver-

stand sie ihre Auseinandersetzung mit der Regierung als eine politische und im Grunde gesamtnationale. Fundamentale Voraussetzung für den geforderten "Frieden in Würde und Gerechtigkeit" ist eine Zerschlagung der Systems der Staatspartei und eine reale Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Die von den Zapatisten ins Leben gerufene "Nationale demokratische Konvention" (CND) sowie die in der "Dritten Deklaration aus dem Lakandonen-Urwald" vom Januar diesen Jahres geforderte" Bewegung der nationalen Befreiung" (MLN) zielen auf einen neuen Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage der ursprünglichen Verfassung von 1917 (eine der fortschrittlichsten in ganz Lateinamerika) sowie auf die Wiedererlangung der nationalen Souveränität.

... nur wohin?

Die überraschend am 9. Februar verkündete Entscheidung der mexikanischen Regierung, die EZLN-Führungsriege durch die Bundesstaatsanwaltschaft, die interessanterweise derzeit von einem Mitglied der konservativen Oppositionspartei PAN geführt wird, als „Gesetzesbrecher" verfolgen zu lassen, unter diesem Vorwand eine landesweite Repressionswelle einzuleiten und dem Bundesheer die Einnahme der zapatistisch besetzten Gebiete zu befehlen, weist auf eine Machtverschiebung innerhalb des Staatsapparates hin: Die juristisch-militärische Lösung des chiapanekischen Konflikts hat zu einer faktischen Entmachtung des amtierenden Innenministers Moctezuma geführt, der zuvor von den Zapatisten als Verhandlungspartner seitens der Regierung anerkannt worden war und sich Anfang Februar gerade auf eine neue Verhandlungsrunde mit den Aufständischen vorbereitete.

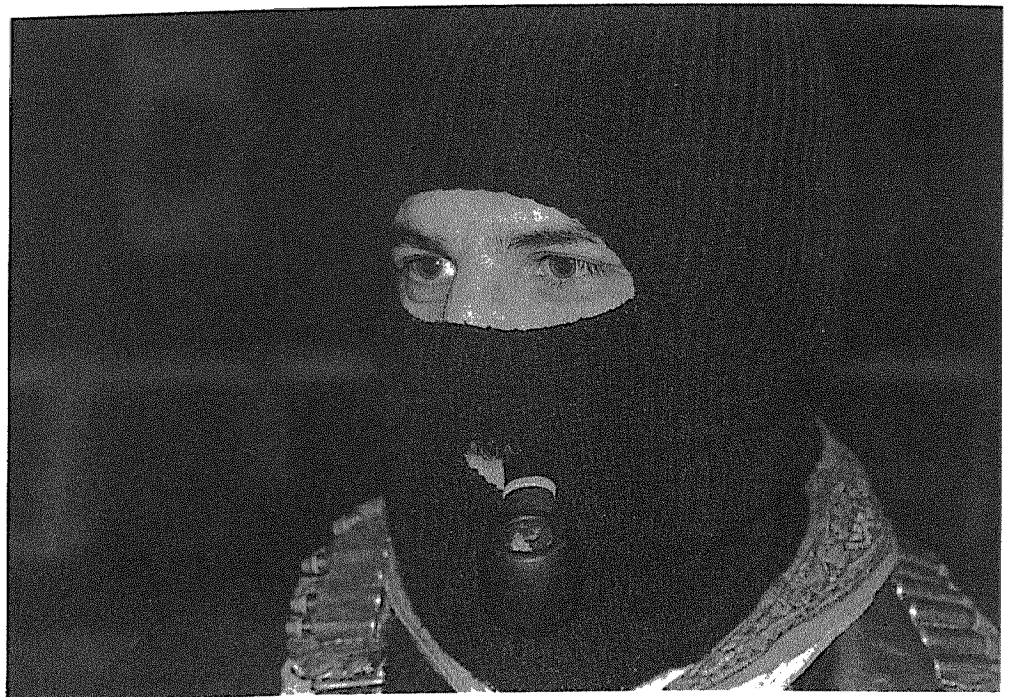
Einige Stimmen vermuteten, daß die harte Haltung Zedillos wesentlich durch die Aufforderung der stark im Mexiko-Finanzgeschäft steckenden Chase Manhattan-Bank sowie anderer Teile der US-Finanzelite, die „Lösung" des chiapanekischen Problems zum eigenen Wohle militärisch herbeizuführen, motiviert gewesen sein könnte. Allerdings ist die These wahrscheinlicher, daß die Strategieänderung in puncto EZLN auf die innere Führungsschwäche der mexikanischen Administration selbst zurückzuführen ist, die sich dem Druck der eigenen Streitkräfte beugten, welche schon seit langem Vorbereitungen für die jetzige Offensive traf. Die ostentativen Treffen Zedillos mit der landeseigenen Generalität ab dem 2. Februar weisen in diese Richtung. Insgesamt dürfte die Aktion zu einer generellen Aufwertung der politische Rolle des Militärs beitragen.

Der 9. Februar könnte den Beginn einer „fujimorización" des mexikanischen Regimes markieren. Eine neue unheilige, von einem kritischen Kommentaristen als „billiger Faschismus" bezeichnete, Allianz von Bundesheer, Polizeiapparat, dem reaktionär-mafiosen Flügel der PRI in enger Verknüpfung mit den Krisengewinnlern der nationalen Finanzoligarchie setzen so auf die autoritäre Karte, um die gesellschaftliche Stabilität in ihrem Sinne zu gewährleisten. Es ist nicht auszuschließen, daß sich auch hierfür ein Teil der (vor allem durch das wie nie zuvor gleichgeschaltete staatliche und private Fernsehen „informierte") Bevölkerung als Massenbasis gewinnen läßt. Auf der am 10. Februar mit ca. 150 000 TeilnehmerInnen im Herzen von Mexiko-Stadt organisierten Demonstration tauchten nazistisch-antisemitische Parolen auf, die den IWF mit dem „internationalen jüdischen Finanzkapital" identifizieren. Hier zeigt sich im Grunde das Janusgesicht auch des peripheren Nationalismus. Trotz des bisher vertretenen „Kosmopolitismus" der Rechten könnte es nach dem Scheitern des Neoliberalismus auch in Mexiko zu einem einen reaktionären Populismus kommen, der einer anti-imperialistisch argumentierenden Linken Kopfzerbrechen bereiten wird.

Wie weiter?

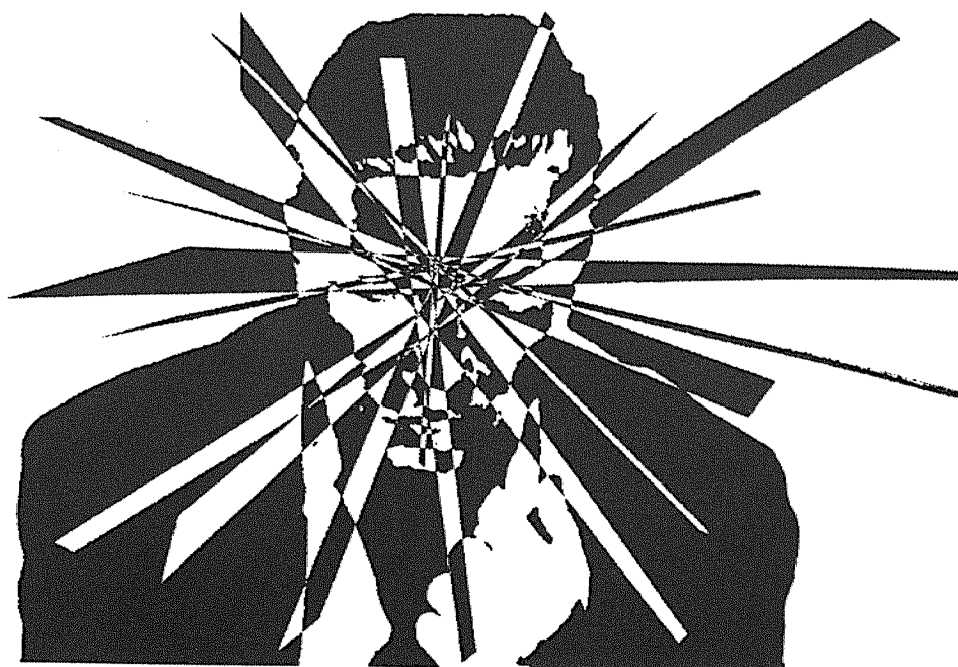
Die zukünftige Entwicklung in Mexiko hängt zunächst davon ab, inwieweit sich die Austeritätspolitik durchhalten läßt. Wieviel Unsicherheit, soziale Desintegration, Entsolidarisierung der sozialen Beziehungen, Verarmung, Zerstörung produktiver Strukturen hält die Gesellschaft aus? Zum anderen spielt sich augenscheinlich hinter den Kulissen der politischen Institionen ein Machtkampf zwischen verschiedenen Fraktionen ab, der vor allem mit der Schwäche eines Präsidenten und mit den Widerständen innerhalb der PRI zu tun hat, die alten und neuen Privilegien aufzugeben und sich in eine „ganz normale" Partei innerhalb eines parlamentarisch-demokratischen Rahmens zu transformieren.

Foto: Herby Sachs/Visavi



Literatur zwischen Subversion und Subkultur

von Moritz Milch



SO
B

»SUPERFREUDE! AVONIE! ALLE MACHEN MIT! SUPER! SUPER! SUPER! für den zeilenausfall im satzbereich bad boll rudesheim kretinville bitten wir herzlich um entschuldigung äh es folgt PARTEIEN ZUR WAHL jingle: james last list preludes SEHEN SIE JETZT einen spot der PATRIDIOTEN FÜR DEUTSCHLAND PFD s-vhs ab! schnee brumm telephonstimme aus dem off "Das ißt Unßän Härr Bubi Brünnlein Unßän Härr Bubi Brünnlein Ißdt Daidtsch! Wä Mi Dä Främdfraß! Wija Wollä Unßä Daischä Ässä!" chor:"OLEEJOOLEE-JOOLEE!" schmaschmatzen herr bubi brünnlein gründer und chief der PFD hockt hinterm küchentisch einwegdecke mit aufgedruckten runen DEUTSCHE HYPO VOLKS BANK FÜR GEMEIN WIRT SCHAFT PAULANER mehrere telephonatrappen und hinter herrn bubi brünnlein ziemlich schief deutschfarbiges spannbettuch 19.99 massa-finanzkauf mit flekken rohrschachtest "SEHR GUT" 1939 herr bubi brünnlein froschbeinig wie aus zdf-sportstudio weltmeistertrikot sandalensockenshorts SSS versehrtenballmütze mit benzrune rote pupillen wie aus tierheim irgendwie klappt ausleuchtung nicht auf dt. spannbettuch kleben hundebildchen aus hundeBILD herrn bubi brünnlein zu sockensandalen "RRAMMMBOOO AAHUSSS!"
(Zit. Burkhard / Polacek "VOLUMES OF FRIENDLY FIRE"[1])«

Wenn Jörg Burkhard liest, ist es vorbei mit der üblichen Besinnlichkeit literarischer Vortragsabende - ohne Einhalten preßt er seinen Sprachwulst ins Mikrofon, ein Stakkato aus Verlautbarungen, Allgemeinplätzen, Werbeslogans und Talkshow-Gerede, gesampelt und rückgekoppelt mit einem walkmangroßen Gerät an seinem Gürtel. *"Perimentelle Muzak auf provisierten Apparaten"* nennt er dieses Vorgehen irgendwo, die Manipulation sprachlicher Fragmente mittels Tonbandgerät, selbstgebauten Samplern und nicht zuletzt einer gestochen scharfen Beobachtungsgabe[2].
Hier schreibt einer, der Deutschland aufs Maul (sc)haut, *"Live in Zombombie"*, der die Verdinglichung und Verrohung in der Warengesellschaft zuspitzt und verdichtet wie wohl keine(r) sonst zur Zeit im deutschsprachigen Raum. Dabei hütet sich der 52jährige, Begründer des ersten linken Buchladens in Heidelberg und seit 1962 literarisch aktiv, aus der Ästhetisierung des Unerträglichen eine voyeuristische Millieuschilderung zu machen - nein: hier schreibt einer über eine Welt, die es verdient, unterzugehen[3].

SOCIAL BEAT

Jörg Burkhards Lesung am 1.7.1994 im *S 35* in Ludwigsburg war der deutliche Höhepunkt des letztjährigen *SOCIAL BEAT FESTIVALS*, organisiert u.a. von der Asperger Autorenwerkstatt, als Zusammenkunft zahlreicher sozial engagierter LiteratInnen und Gruppen. Das 95er Festival, schon deutlich gewachsen und um ausländische Beiträge erweitert, wird leider etwa zeitgleich mit dem Erscheinen dieses SF in Ludwigsburg stattfinden, kann also hier nicht besprochen werden.

Poesie und Rebellion

Kann Literatur die Welt verändern? Macht Literatur rebellisch? Macht Rebellion poetisch?
Für den großen Desillusionierer Guy Debord, kürzlich illusionslos von uns gegangen, lagen die Dinge während

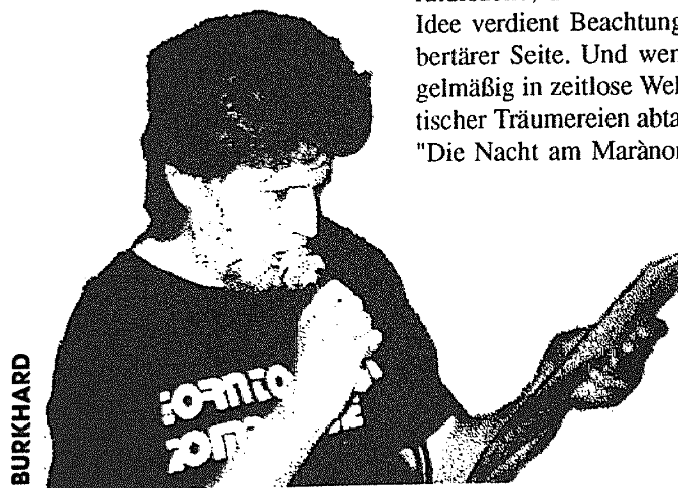
CIAL
EAT

seiner Zeit in der Situationistischen Internationale klar: Ziel der Kunst kann es allenfalls sein, sich selbst aufzuheben, ihr klägliches Dasein als Heiligenschein einer auf die reine Ökonomie skelettierten Warengesellschaft aufzugeben und einer neuen, von allen gemachten, Poesie Platz zu machen. Insofern benötigt nur das *Spektakel* neue Künstler, der Mensch (oder das "Proletariat") jedoch benötigt eine neue Welt. Dennoch spielt in diesem Kampf das Sinnlich-Ästhetische, die Art, wie wir morgens aufstehen, die Zeitung lesen, zur Arbeit gehen, träumen, lieben, hassen und sprechen, eine maßgebliche Rolle: Es ist der Transmissionsriemen, der die Verdinglichung und Entfremdung ins Bewußtsein hebt, der aus Alltagserfahrung öffentliche Sprache, Kommunikation und somit Aktion werden läßt. Die kulturelle Aktion, als gesellschaftliche Intervention begriffen, greift die Legitimität der Ordnung an und trifft die bürgerliche Gesellschaft an einem zentralen Punkt: ihrer medialen und ästhetischen Repräsentation.

Künstlermythen

Fern der zersetzenden, fundamentalen Theorien der Situationisten feiert hingegen der Künstlermythos fröhliche Urständ:

"Phantasten, Neurotiker, Psychopathen, Sünder und Anarchisten haben wie Künstler ihre Unberechenbarkeit und eine verderbte Unschuld miteinander gemein. Der Straßensänger und -Dichter ist konsequenterweise Anarchist. Er schickt seine Helden auf imaginäre Bühnen und läßt sie unversehens wieder verschwinden oder Tod durch Erschießen oder tot als Lagerarbeiter oder am liebsten alle tot. (...) Er schreibt wütend und mit brachialer Gewalt, gegen die Ohnmacht, den Schlaf und den Tod."


BURKHARD

Nicht nur im Vorwort der Social Beat Zeitschrift "EINBLICK"(Nr.8)[4] wird das bürgerliche Klischee des Anarchisten als wütendem Propheten (im übrigen identisch mit dem marxistischen Klischee des rebellierenden Kleinbürgers) eifrig bedient. Durch die Aktivität der Social Beat Szene zieht sich bedauerlicherweise die Romantik des Dropout, das Sich-bequem-Einrichten im Außenseitertum, die alte Lüge vom Freak, für den mittels individuellem Kraftakt die Verwertungsgesetze der kapitalistischen Maschine aufgehoben sind.

Die Nähe zur Literatur der amerikanischen Beat Generation (Kerouac, Ginsberg, Burroughs, Bowles, etc.) betont Michael Schönauer, Herausgeber des "EINBLICK", regelmäßig, und bei zahlreichen AutorInnen ist der Einfluß nicht zu übersehen: In den Texten von Jürgen Ploog, Yussuf M. (d.i.M.Schönauer) Hel, Guido Ahner, Jörg Fauser u.a. verbindet sich der Ekel gegenüber der kapitalistischen Industriegesellschaft zuweilen sorglos mit der naiven Weltflucht des *on the road*: Drogen, Zen-Buddhismus, Idealisierung subkulturellen Sektierertums, und gesellschaftlichen Randgruppendaseins.[5] Unerfreulich daran ist, daß bei einem solchen Revival die wirklichen Stärken der Beat-Generation, etwa die Verbindung delirierender Subjektivität und analytischer Schärfe bei William Burroughs, von Glücksfällen wie Jörg Burkhard abgesehen, unter den Tisch fallen.

Die Sprache zurückerobern

Dennoch - es tut sich was in der Literaturszene, und die SOCIAL BEAT-Idee verdient Beachtung auch von libertärer Seite. Und wenn er auch regelmäßig in zeitlose Welten obskurantischer Träumereien abtaucht (z.B. in "Die Nacht am Marànon") so hat der

Langstreckenpilot Jürgen Ploog ("Feldnotizen") doch die Cut-up-Montagetechnik als Möglichkeit gesellschaftlichen Sprechens erkannt: Heute hier, morgen dort, montiert Ploog die Bewußtseinsfragmente, Diskontinuitäten und Gleichzeitigkeiten, die zunehmend die Wahrnehmung in den industrialisierten Zonen bestimmen. Hier eröffnet Literatur tatsächlich die Möglichkeit, verlorengegangene Sprache zurückzuerobern, der Kritik neue Ausdrucksmöglichkeiten zu verleihen: Im Angesicht von Cyberspace und Transkontinentalverkehr erweist sich das "dérive" (Umherschweifen), von den französischen Lettristen bereits in den Fünfzigern zur subversiven Methode perfektioniert, erneut als adäquater Forschungsansatz.



Ein weiterer, wirklicher Vorzug einer subliterarischen Szene, neben derartigen Feldforschungen, ist ihr offener und direkter Charakter: Über den festen Zusammenhang von Kleinverlagen und Zeitschriften hinaus organisiert die Szene zunehmend Festivals und Tourneen, die auch andere Medien, Video, Musik, Performance etc. einschließen und auf offenen Bühnen "open-mike" Sessions zur Einbeziehung des Publikums einrichten. Diese Form "direkter" Kommunikation scheint mir eine wesentliche Perspektive zu sein, um angesichts totaler Medienwelt und vereinzelter Lebenswirklichkeiten unmittelbaren Protest und Veränderungswillen geltend zu machen. Die Ausrichtung der Social Beat Szene auf gesellschaftliche Intervention könnte zudem die ästhetische Verarmung und moralistische Verbohrtheit der Politszene gründlich aufmischen, wenn es ihr denn gelingt, Kriterien für eine radikale Praxis zu entwickeln.

Die Schlechte Welt und ihre Interpreten

Zweifel sind natürlich angebracht, wenn im "EINBLICK" (Nr.8) ein wachsweicher Karrierist wie Wolgang Flatz als "Schocker" gefeiert wird, dessen kulturpessimistische Platitüden zuletzt bei der Leichtathletik-WM und bei den Donaueschinger Musiktagen für Langeweile sorgten.
Aber Flatz ist nicht nur reaktionär, weil er langweilig ist, sondern weil er einem Zeitgeist entspricht, der hinter dem kulturkritischen Nebel die alte Leier von der Verderbtheit der "Massenkultur" bereithält, wie wir sie seit Gustave le Bon von alten und neuen Konservativen, von Ernst Jünger bis Neil Postman, in einem fort zu hören kriegen. Bei dieser Art von „Kulturkritik“ vermischen sich Emanzipationsbestrebung und regressiver Reflex, und die Weigerung allzuvieler künstlerisch ambitionierter Menschen, die spezifischen Mechanismen einer bürgerlichen Warengesellschaft jenseits derartiger Mystik zu untersuchen, ist sicher einer der Gründe für ihre Distanz zur radikalen Linken.
Ein weiterer Grund hierfür liegt natürlich auch in der Borniertheit der Linken selbst, in der Zweckrationalität und Prüderie ihres Kulturverständnisses, dessen letzter Tiefpunkt wohl mit der Broschüre "Texte zu Kunst und Kulturfähigkeit" Mitte 1992 aus der berüchtigten Göttinger Szene vermeldet werden konnte.

Entfernte Verbindungen

Neben zahllosen originellen und unterhaltsamen, wenn auch vom libertären Standpunkt weniger interessanten Beiträgen hält der „Einblick“ aber auch eine ganze Reihe direkter Anarchismus-Bezüge bereit. Neben den sattsam bekannten LiteratInnen, wie Bukowski, Italo Calvino, Herbert Achternbusch, T.C.Boyle, Anna Rheinsberg, Bodo Kirchhoff, Carl Weissner etc., finden auch AutorInnen im "EINBLICK" ein Forum, die in der libertären Szene keine Unbekannten sind.
So ist Jörg A. Dahlmeyer, Herausgeber der Zeitschrift "Der Störer" und

Organisator des ersten bundesweiten Social-Beat-Festivals, Sommer 1993 in Berlin-Ost, ebenso vertreten wie Hadayatullah Hübsch, der zum Golfkrieg Gedichte gegen den Krieg, "Tötet für den Frieden" beim Peter-Engstler-Verlag herausbrachte, Peter Engstler (Zeitschrift "Der Sanitäter") selbst und Franz Dobler ("Tollwut", "Bierherz"), neben einer ganzen Reihe weiterer rebellischer Schreiber.
Besondere Beachtung verdienen allerdings die Schreiber*innen*, deren inhaltliche und formale Spannbreite zwar derer ihrer männlichen Kollegen entspricht, jedoch einen durchaus anderen gesellschaftlichen Blickwinkel offenbart. Zumal, wenn es um erotische Schilderungen geht: Wo Franz Dobler noch in "Sexbombe" unbekümmert von seiner "Nonne mit den Strapsen und Stiefeln / mit dem durchsichtigen Büstenhalter" träumt und Tuberkel Knuppertz ("Ein Schatten in der Finsternis") pubertäre Vergewaltigungsängste inszeniert, prallt diese Harmlosigkeit bei La Loca ("Va Baiser Ta Chèvre") und Lorri Jackson ("Here's my Contribution", s. u.) auf den Granit patriarchaler Gewaltverhältnisse. Leider wird Lorri Jackson ebensowenig Neues zur weiteren Desillusionierung beitragen wie Guy Debord, denn sie starb bereits 1991 nach einem Auftritt mit Lydia Lunch an Heroin.
Der pluralistische Ansatz der Social-Beat-Aktionen und der Zeitschrift "EINBLICK" läßt natürlich für die Zukunft alle Möglichkeiten offen, und vom Kunst-Dünger über den Talentschuppen oder x-ten Aufguß einer nicht näher definierten Gegenkultur bis hin zur literarischen Version des Grunge-Phänomens ist alles möglich. So manchem/r werden die Worte Peter Engstlers ("Basement 2") aus dem "EINBLICK" (Nr.8) in den Ohren klingen:

„Die Warenfunktion, sowohl
der Literatur, als auch
der Schreibenden. Schreiben
verkommt zur Daseinsbewältigung.
Die Revolution
des Bewußtseins hat erst
begonnen. Die meisten von
euch sind nicht dabei."

★

Lorri Jackson
(Übersetzung: Carl Weissner)

HIER IST MEIN BEITRAG

zu dem ganzen Scheiß, der jetzt
über Vietnam-Veteranen geschrieben wird:
meine Freundin Suzy wurde von einem gekidnappt, vier Tage an den Boden
gekettet, kein Wort von Lösegeld
sie entkam, als ihr klar wurde,
daß sie keine Wahl hatte (das
passiert oft, ein purer Akt der Verzweiflung, wenn man merkt, daß sonst
alles aus ist) »Am klarsten«, sagt sie,
»erinnere ich mich an seine Gürtelschnalle, sie war riesengroß.«
Kann man sich vorstellen.
Alles, was dir längere Zeit ins
Gesicht drückt, wird überdimensional.
Vor Gericht mußte sie
die vier Tage noch ein paarmal
durchleben
für sämtliche Richter,
Geschworenen, Anwälte,
Voyeure
es kam soweit, daß sie
sich fragte, ob vielleicht
sie was verbrochen hätte.

Der Mann kam billig
davon, die Verteidigung
verwies auf post-viet-vet-
syndrom stress: deshalb hätt' er
gedacht, sie wär was anderes,
die ganzen vier Tage. Jaja,
jede Wette. Unsere armen
Jungs. So dreckig gings
ihnen noch nie.



Anmerkungen:

(1) Burkhard (Text) / Polacek (Zeichnungen) „Volumes of friendly Fire"; Verlag Peter Engstler 1992; Oberwaldbehrungen 13; 97645 Ostheim/Rhön

(2) Neben der Buchform greift J. Burkhard auf Live-Performances, Installationen und Hörspiele zurück. Im Peter Engstler Verlag erschien z.B. als Audio-Tape „Materialdämmerung", Mitschnitt aus einer Live-Sendung bei Radio Patapoe (SF-LeserInnen erinnern sich!), Amsterdam 1992

(3) Zit. Burkhard: "... Kunst war das geringste Problem. Bürgerliche Werte mußten zerstört werden."

(4) Kontakt zum "Einblick": Asperger Autorenwerkstatt; Lehenstr.33; 71679 Asperg

(5) Wenngleich sich die Social Beat-Sondernummer des "Einblick" bereits im Vorwort um eine politische Interpretation dieser Tendenz bemüht, bleibt die Gesellschaftskritik dennoch ungemein schwammig.

Zum letzten Mal Vorhang auf für Guy Debord

Der Autor von "Die Gesellschaft des Spektakels" ist gestorben

Wir wissen nicht, wie er gestorben ist und noch weniger wieso. Man weiß nur, daß sich Guy Debord am Mittwoch, den 30. November gegen abend das Leben genommen hat; jenes Leben, in dem er - vielleicht der letzte der Situationisten, der zum Teil seinem eigenen Bilde vom unerbittlichen Feind der Spektakelgesellschaft treu geblieben war - selbst dazu beitrug, es in den letzten Jahren mysteriös, flüchtig, abwesend werden zu lassen. Paradoxerweise könnte man sagen, daß ihm sein Tod (dieser Tod, der uns allen gemein ist) tatsächlich das Leben zurückgegeben hat, in dem Sinne, in dem dies die menschliche Wirklichkeit einer Person wiederhergestellt hat, deren allgemeine Bekanntheit und deren Verweigerungshaltung das Dasein in ein langes Theaterstück, in dem er bis zum Ende improvisieren wollte, verwandelte. Aber wer war Guy Debord? Es gibt mehrere Möglichkeiten, darauf zu antworten, aber solche Antworten würden es verbieten, seine Identität als "*unbeschreibliche Person*" zu verstehen. Schriftsteller? Filmemacher? Situationist? "*Doktor in Nichts*", so wie er sich gerne in einem seiner letzten Bücher definierte? Sicher all diese Dinge auf einmal, wobei "Dinge" - d.h. von ihm geschaffene Dinge - letzten Endes nicht seine wirkliche Identität ausmachten. Nicht umsonst haben viele französische Tageszeitungen, die die Nachricht seines Selbstmords brachten, nicht nur nicht gesagt, wie und warum er gestorben ist, sondern sie haben auch nichts über ihn gesagt und sich darauf beschränkt zu beschreiben, welche Dinge er gemacht hat, welche Dinge er gesagt hat, wie er dies gemacht hat, wie er jenes gesagt hat, dabei vergessend zu sagen, wer Guy Debord war. In Wirklichkeit war es vor allem das Geheimnis, das die Aura des undurchdringlichen, für Vermittlungen wenig und eher für gewaltige Streits aufgeschlossenen Abenteurers schuf; Guy Debord liebte es tatsächlich, seine eigene Persönlichkeit hinter einer Wand von Verleumdungen, Vermutungen oder hinter der Bosheit seiner Konfrontationen zu verbergen aber niemals im Licht der Öffentlichkeit zu erscheinen. Übrigens konnte eine Person, die ein Buch mit dem Titel "Die Gesellschaft des Spektakels" geschrieben hatte, in dem die Welt als ein Spektakel betrachtet wird - d.h. das falsche Bild, das das Wirtschaftssystem von sich selbst erzeugt, um die Gesellschaft zu beherrschen - die Sichtbarkeit nur völlig ablehnen. Daher waren die seltenen Fotos - die er bewußt gemacht hatte, damit sie zu Lebzeiten veröffentlicht werden konnten - aufs Absichtlichteste manipuliert und zu einem guten Teil ließen sie ihn jung gegenüber seinem tatsächlichen Alter, das er zu diesem Zeitpunkt hatte, erscheinen. Ja, die Unsichtbarkeit war sein Dogma.

Nicht aus Zufall war 1952 ein Film sein erstes öffentliches Werk: In "Hurlement en faveur de Sade" fehlten Bilder völlig und der Zuschauer, erstaunt über diese reinste surrealistische Provokation, nahm an einer Abfolge von Sequenzen teil, bei der die Leinwand weiß erleuchtet wurde, dann schwarz blieb, wobei er im Hintergrund ausdruckslose Dialoge zahlreicher Personen hörte und die in einer letzten 24-minütigen schwarzen "Aufnahme" ohne Ton gipfelten. Dies war die erste Kriegserklärung an das Spektakel, die Debord während seines Lebens machte; eine Todeserklärung auf das Kino, das damals als die Quintessenz der von der bürgerlichen Gesellschaft erzeugten künstlerischen Form und deshalb als extreme Synthese ihrer im Prozeß völliger Auflösung begriffenen Werte angesehen wurde, denn es handelte sich dabei nicht um eine Äußerung der Konstruktion von Situationen, die dazu angetan waren, das Alltagsleben zu vertiefen, sondern um ein System, das der Verfälschung der Wirklichkeit diente, mit dem Ziel, es zu unterdrücken und durch eine Produktion von Bildern zu ersetzen, die dazu dienten, das Individuum von seiner eigenen Geschichte zu trennen und aus ihm ein scheinbares Mitglied des Waren-Spektakels zu machen, das künftig selbst eine Ware / ein Produkt dieses Spektakels sein würde.

Die Gründung der Situationistischen Internationale 1957 war zum Teil die logische Folge dieser künstlerischen Voraussetzungen. Aus dem europäischen kulturellen Milieu als Zusammenfluß zahlreicher künstlerischer Experimente (COBRA, Lettristische Internationale, Bewegung für ein imaginistisches Bauhaus, Psychogeographisches Komitee London) entstanden, versuchte die Situationistische Internationale seit ihren Anfängen - vor allem durch Debord, der der Verfasser des konstitutiven Berichts der Organisation war - , die Kunstkritik so darzustellen, daß sie durch die Konstruktion von befreiten Situationen überwunden werden müßte, Situationen, in denen das Leben tatsächlich seine eigenen Möglichkeiten ausprobieren könnte, um nicht in sich stets wiederholenden Rol-

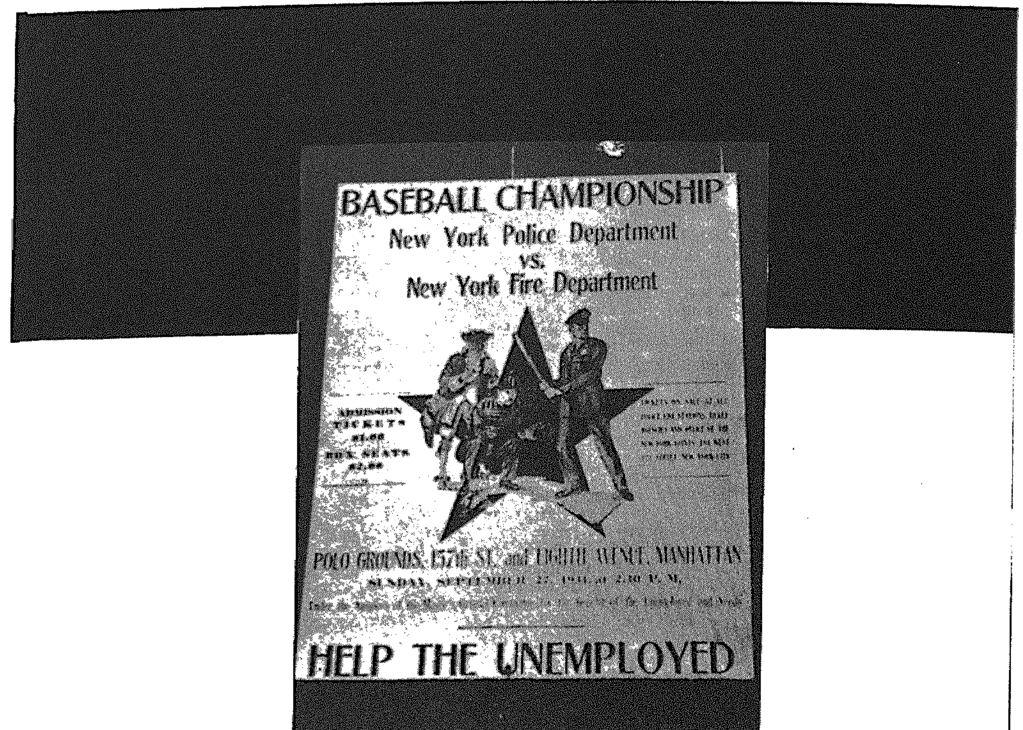
len-Bildern gefangen zu bleiben, die die Spektakelgesellschaft zu seiner Beherrschung und Ausbeutung schuf. Aber schon in den ersten Jahren waren die führenden Köpfe der Situationistischen Internationale gezwungen, sich gegenseitig die Stirn zu bieten, und Debord - der mit seiner totalen Kritik der Kunst und jeglicher kulturellen, auf die Produktion von Werten jenseits des konkreten Lebens (und daher unfähig, es radikal zu verändern) hin orientierten Äußerung sicherlich unter jenen den kohärentesten Geist darstellte - übertraf in diesen Konfrontationen diejenigen, die als Mittel zur Überwindung der Kunst die einfache Wiederaneignung der Architektur- und Stadtplanungskritik voraussetzten, um "Kunstwerke" jetzt nicht mehr auf einer Leinwand, sondern im gesellschaftlichen Raum einer Stadt zu fabrizieren.

Daher stellte der Beginn der sechziger Jahre die Jahre der politischen Kehrtwendung der Situationistischen Internationale dar und fiel mit den Jahren des politischen Engagements Debords zusammen; ein Engagement, das davon bestimmt war, daß seine Organisation - die fortan fast von der künstlerischen Strömung bereinigt war - zum Verbindungsglied zwischen den Erfahrungen der europäischen Kulturavantgarde und denen der politisch-revolutionären Bewegungen wurde, die in Frankreich durch einige Zeitschriften des marxistischen "Revisionismus" (Arguments und *Socialisme ou Barbarie*) repräsentiert wurden. Während dieser Jahre arbeitete Debord an den Seminaren von Lefebvre in Nanterre mit. Währenddessen konnte auch die Kritik des Alltagslebens entwickelt werden, die schon der Philosoph und Soziologe von Nanterre am Ende der fünfziger Jahre theoretisch abgeleitet hatte. Die Kritik des Alltagslebens, die kleine Schwester der Analyse der Entfremdung/Trennung, die durch die Spektakelgesellschaft erzeugt wird, wurde zum theoretischen Zentrum der Situationistischen Internationale, die Debord in seinem berühmtesten Buch, dem bereits genannten "Die Gesellschaft des Spektakels" mithalf besser zu erklären, und in dem die theoretische und organisationelle Erfahrung des Arbeiterrats (die nach dem Zusammentreffen mit *Socialisme ou Barbarie* übernommen wurde) das politisch-revolutionäre Ende der situationistischen Theorie darstellte. Der Skandal von Straßburg und die Maiereignisse stellten nicht so sehr die Bestätigung der Tatsache dar, daß Debord und die Situationistische Internationale in diesen Jahren wuchsen (so wie es immer von den Geschichtsschreibern dieser Bewegung behauptet wurde), sondern eher das zufällige - und in gewisser Hinsicht günstige - Zusammentreffen zwischen der aufrührerischen und revolutionären Praxis der achtundsechziger Bewegung und der Notwendigkeit seitens der situationistischen Theorie, "etwas zu tun zu finden". Wieso? Wenn es nicht den französischen Mai gegeben hätte, hätte die Situationistische Internationale vielleicht zu dem werden können, was sie später zu sein schien (d.h. der "Generalstab" der modernen Revolution). Und wäre dann das Werk von Guy Debord als klarsichtig und prophetisch erschienen - wie es zahlreiche Kommentare nahelegen, die seine Bücher über das soziale Spektakel als die einzigen Texte in Erinnerung behalten, die fähig sind, dem einen Sinn zu geben - pardon: die Vision davon zu geben -, was im Osten wie im Westen passiert?

All diese Fragen beziehen sich auf die in der Schwebe befindliche Frage zu wissen, wer Guy Debord war; ein Mann, der - indem er für seine eigenen Fehler um Entschuldigung bittet - mit 62 Jahren entscheidet, sich das Leben zu nehmen und "seine *wirkliche Geschichte*" zu beenden. Aber die Wahrheit seiner Geschichte müßte man umfassender anhand der Werke rekonstruieren, die er der Nachwelt mit der Absicht hinterlassen hat, als erste unsichtbare Person der Spektakelgesellschaft bekannt zu werden. Aber wird es jemals möglich sein, diese Wahrheit zu kennen?

Gianfranco Marelli (FAI, Mailand)

aus dem Französischen: Boris Scharlowski



Architektur ist mehr als Philosophie

Neues Bauen und die Taylorisierung des Lebens

von Jürgen Mümken

Die Architektur und der Städtebau sind mehr als nur eine philosophische oder ästhetische Frage, es geht vor allem um die Organisierung des privaten und des öffentlichen Raumes. Dabei haben selbstverständlich auch immer Vorstellungen von einer bestimmten Gesellschaft eine Rolle gespielt aber vor allem die ökonomischen Rahmenbedingungen und die Form der kapitalistischen Vergesellschaftung. Beim Neuen Bauen ging es nicht um eine neue Ästhetik für eine »bessere« Welt, sondern um die Durchsetzung neuer Produktions- und Konsumformen, die sich aber nicht mit einer freien sozialistischen Gesellschaft vereinbaren lassen. In den 20er Jahren wurde nicht nur die Produktion, sondern auch die Stadt, das Haus und der Haushalt taylorisiert oder zumindest die Grundlage dafür geschaffen. Dies war eine Voraussetzung für die fordistische Formation in den 50er und 60er Jahren. Das Neue Bauen und das Neue Wohnen waren Bestandteile der kapitalistischen Modernisierung (Industrielle und Soziale Rationalisierung) der 20er Jahre. Daß das Neue Bauen auch in Rußland eine Rolle gespielt hat, zeigt nur, daß dort die kapitalistische Form der Produktion nie aufgegeben wurde. Die Erfahrungen aus dem Neuen Bauen bestimmten den Sozialen Wohnungsbau der 50er, 60er und 70er Jahre.

Taylorismus: Die Enteigung der ArbeiterInnen

»Jede Kontrolle über die Arbeiter blieb äußerlich und scheiterte daran, daß das Wissen über den Arbeitsprozeß in ihren Köpfen und nicht beim Management lag.« (Ebbinghaus 1984, 52) An diesem Problem setzt der Taylorismus an. Frederick Winslow Taylor (1856-1915) gilt als der Begründer der »wissenschaftlichen Arbeitsorganisation«. Taylor wollte auf der Grundlage von Zeit- und Bewegungsstudien die Arbeit neu organisieren. Der Produktionsprozeß sollte in einzelne Arbeitsgänge zergliedert, zum anderen sollten die ArbeiterInnen in »PlanerInnen« und »Ausführende« aufgeteilt werden.

»Die tayloristische Neuorganisation der Arbeit brachte die Rationalisierung der Arbeit und damit einhergehend eine Produktivitätssteigerung nicht dadurch, dass sie das Wissen über die Arbeitszusammenhänge erhöhte und die einzelnen Handgriffe und ihre Abläufe verbesserte. So weist Taylor etwa darauf hin, dass die Rationalisierung der Mauererarbeit durch seinen Kollegen Frank Gilbreth keinerlei Erkenntnisse gebracht hätte, die die unzähligen Maurergenerationen in den vier Jahrtausenden dieses Metiers nicht schon erworben hätten. Entscheidend ist im Gegenteil, dass den Arbeitenden diese Kenntnisse und Fertigkeiten enteignet werden und fortan von der Betriebsleitung zusammengetragen, klassifiziert, neu gegliedert und in Netzpläne, Tabellenform und dergleichen eingebracht werden. Ziel ist die Verschiebung der Akkumulation von Wissen über den Produktionsprozess von den Arbeitenden weg und damit hin auf die Ebene der Betriebsleitung.« (Strehle 1991, 104)

In der Fabrik von Taylor werden die ArbeiterInnen von der geistigen Arbeit »befreit«, das Denken über die Produktionsabläufe geht vollständig in die Planungs- und Arbeitsbüros über. Der Taylorismus ist also in erster Linie eine Enteignung des Produktionswissens der ArbeiterInnen, um so die ArbeiterInnen besser kontrollieren zu können. Der Taylorismus wird aber häufig nur auf die Produktion bezogen, und es wird nicht gesehen, daß das Denken des Taylorismus auch auf andere Bereiche des Lebens (z.B. Wohnen) ausgeweitet wurde.

Taylorisierung und Rationalisierung der Produktion

Ab 1923/24 setzte das deutsche Kapital auf *»ein neues, wesentlich auf intensiver Rationalisierung und tayloristischer Arbeitsorganisation beruhendes Akkumulationsmodell (...) Es ist die Strategie einer durchgreifenden Erhöhung der Produktivität.«* (Hirsch/Roth 1986, 49) Vorbild für das deutsche Kapital war der us-amerikanische Unternehmer Henry Ford, der als erster das Fließband in die Produktion einführte, dadurch wollte er sein »Modell T« preiswert für einen Massenmarkt produzieren. Mit hohen Löhnen motivierte er die Arbeiter die unqualifizierte, stupide Arbeit zu verrichten. Frauen wurden zu Niedriglöhnen eingestellt. Die Kontroll- und Überwachungsmechanismen wurde weiter ausgebaut, um eine reibungslose Massenproduktion zu garantieren. Durch eine enorme Steigerung der Produktivkraft und relativ hohe Löhne sollten die ArbeiterInnen allmählich in die Lage versetzt werden, KonsumentInnen ihrer eigenen Produkte zu werden. In Deutschland wurde 1923 bei Opel und ein Jahr später in der Berliner Zählerfabrik der AEG das Fließband eingeführt.

Die SPD und ihre reformistischen Gewerkschaften setzten ebenfalls auf den neuen »organisierten Kapitalismus« und auf eine sogenannte »Wirtschaftsdemokratie«. Aber auch die KPD und die ihr nahestehenden ArbeiterInnen unterlagen der Faszination der neuen Produktionstechnologien, obwohl es auch Kritik von der KPD an der Rationalisierung gab. *»Die KPD wies auf Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und Steigerung der Unfallzahlen als Rationalisierungsfolgen deutlicher hin als die Freien Gewerkschaften (...) Für die KPD war die Rationalisierung eine weitere Etappe der Verelendung der Arbeiterklasse.«* (Stollberg 1981, 105)

Obwohl die KPD die Folgen der Rationalisierung und des Taylorismus kritisierte, glaubte sie, daß die Rationalisierung für sie eine Übergangsmöglichkeit zum Sozialismus bedeute. Im Sozialismus würde der Taylorismus zum Wohle der Menschen eingesetzt werden und nicht im Interesse des Profits. Rudolf Rocker dagegen kritisierte den Taylorismus und die Rationalisierung grundsätzlich. *»Er faßte die Taylorisierung der Arbeit als einen Weg auf, der sich von der Menschlichkeit der Arbeit entferne und der daher zum Staatskapitalismus (mit dem Rocker sowohl Hilferdings 'Organisierten Kapitalismus' als auch den Bolschewismus meint), nicht aber zum Sozialismus führe.«* (Stollberg 1981, 130; vgl. Rocker 1980, 45-50) Rocker selber:

»Vor allem müssen die Arbeiter erkennen lernen, daß der Weg zum Sozialismus nicht durch die stete Steigerung der persönlichen Leistung und der Produktion im allgemeinen bestimmt wird. Der Mensch ist schließlich nicht der Wirtschaft wegen da, sondern die Wirtschaft sollte ihm nur ein Mittel sein, sein Leben freier und angenehmer zu gestalten. Gerade dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen des sozialistischen Gedankens.« (Rocker 1980, 48f)

Taylorisierung der Wohnungsproduktion und fordistischer Wohnungsbau in den 20er Jahren

Während im Konsum- und Investitionsgüterbereich das private Kapital Trägerin einer Taylorisierung und Rationalisierung der Produktion war, sah dies im Wohnungsbau anders aus, dort übernahmen die gewerkschaftseigenen »Bauhütten« in Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Kommunen die Vorreiterrolle. *»Die 'Soziale Bauwirtschaft' in der Form von 'Bauhütten' sind in den 20er Jahren auf Grundlage der Konzeption des Berliner Baustadtrats Martin Wagner als gewerkschaftseigene Baubetriebe gegründet worden, (...) und bis zum Machtantritt des Faschismus die maßgebliche Form gemeinschwirtschaftlicher Produktionsbetriebe im Bausektor gewesen.«* (Krätke 1990, 271)

Da für Wagner eine nicht-kapitalistische Verwendung öffentlicher Gelder nicht in Frage kam, fand der Wohnungsbau durch die gewerkschaftseigenen »Bauhütten« auf einer kapitalistischen Grundlage statt. Wagner wollte auch die freie Konkurrenz der Baubetriebe und eine *»individuelle Bewertung und Ablohnung der Ar-*



Foto: Theo Heimann

beitsleistung. Mit der Beseitigung der Ausbeutung der individuellen Arbeitskraft im kapitalistisch organisierten Unternehmerbetrieb wird der Weg frei für die Einführung der Akkordarbeit und der wissenschaftlichen Betriebsführung (Taylorismus), die für den Aufbau einer neuen rationellen Bauwirtschaft von entscheidenen Einfluß sind.« (Wagner 1919, 44) Wagner wollte an der kapitalistischen Produktionsweise festhalten, und den Taylorismus als Mittel der Produktivitätssteigerung einsetzen.

Die Bauhütten arbeiteten meist mit den kommunalen Verwaltungen zusammen. *»Die kommunale Organisierung von Wohnungsbau stützte sich weitgehendst auf die von der Kommune kontrollierten Wohnbaugesellschaften, die bereits Erfahrungen gesammelt hatten. Finanzierung (Hauszinssteuer), Grundeigentum (Vorratspolitik) und Baustoffpreise (städtische Ziegeleien) setzten jedoch Grenzen der Verbilligung. Angriffspunkt konnte also nur die Baumethode sein: Steigerung der Produktivität durch Intensivierung der Produktivkräfte. Setzte diese 'Industrialisierung' der Bauproduktion, wie bei anderen Produktionsprozessen auch, am Arbeitsmittel an, so hatte die begrenzte Ersetzung von Handarbeit durch Maschinen (Bauplattenfabrik, Organisation der Baustelle) eine neue Anordnung von lebendiger Arbeitskraft und Maschinen sowie neue Kontrollverfahren zur Folge: in der Rationalisierung des zeiträumlichen Arbeitsablaufes (Zeitstudien) und der Verwissenschaftlichung des nun vom Massen-Arbeiter abgespaltenen Produktionswissens (wissenschaftliches Management) wurde der Produktionsprozeß der Tendenz nach taylorisiert. Damit transformiert sie auch die architektonische Arbeit im Siedlungsbau zur konstruktiven Abteilung von Wohnungsbaugesellschaften: Neues Bauen.«* (Prigge 1986, 38) Ein Beispiel für diese Zusammenarbeit ist Frankfurt, wo der fordistische Wohnungsbau in den 20er Jahren am entwickeltsten war. (vgl. Andernacht/Kuhn 1986) Die Siedlungen des »Neuen Frankurts« (Siedlung Römerstadt, Westhausen, Braunheim, Bornheimer Hang, Bruchfeldstraße), die unter der Oberleitung des Stadtbaurates Ernst May entstanden, galten damals als Wegweiser des Neuen Bauens.

So liegt die Bedeutung des Neuen Bauens auch nicht im Kampf gegen die Wohnungsnot, sondern in der Rationalisierung und Modernisierung der Bauproduktion. *»Im Unterschied zu den englischen Kommunalen Baubetrieben jener Zeit sind die deutschen Bauhütten-Betriebe nicht zur Sicherung kontinuierlicher Beschäftigungsverhältnisse angetreten, sondern haben die klassische, kapitalistische Arbeitsmarktsegmentierung ausgenutzt. Die Durchsetzung der fortgeschrittensten kapitalistischen Methoden der Rationalisierung der Bauarbeit standen im Vordergrund.«* (Krätke 1990, 283)

So haben die reformistischen ArbeiterInnen mit ihrer Begeisterung für Taylorismus und Fordismus und durch den Aberglauben an die »Wirtschaftlichkeit« dazu beitragen, die Arbeit immer mehr zu entfremden. Die Rationalisierungskonjunktur wurde vor allem von der professionellen ArbeiterInnenbewegung in der zweiten Hälfte der 20er Jahre als ein Stück »sozialistischen« Fortschritts begrüßt. In Wirklichkeit haben sie nur bei der Neufindung und Durchsetzung einer neuen kapitalistischen Formation mitgeholfen. Abschließend kann über das Neue Bauen gesagt werden:

»Insgesamt hat die 'Soziale Bauwirtschaft' der 20er Jahre einem sektoral begrenzten Rahmen eine Reihe von zentralen Elementen der erst nach dem zweiten Weltkrieg gesamtgesellschaftlich durchgesetzten Formation des 'Fordismus' eingeführt: Die Rationalisierung der (Bau-) Produktion nach den Prinzipien des Taylorismus in Verbindung mit dem Versuch einer weitestmöglichen Maschinisierung und dem Übergang zur Fließfertigung (Bauhütten-Betriebe); die Restrukturierung der industriellen Organisation durch Bildung von Großbetrieben und weitestmögliche Zentralisierung der industriellen Organisationsbeziehungen durch Bildung von konzerntypischen Unternehmenshierarchien; (...) Was diesem 'sektoralen Fordismus' aber fehlte, war eine den Zusammenhang dieses Produktions- und Konsummodells stabilisiernde gesellschaftliche Regulation, die nicht auf sektoral begrenzter Ebene realisierbar war. Insofern konnte die Soziale Bauwirtschaft der 20er Jahre nur ein früher 'Vorreiter' des Fordismus sein.« (Krätke 1990, 284)

Taylorisierung des Wohnens

Die neue Form der Wohnungsproduktion setzt die Produktion und Konsumtion von Wohnungen in ein neues Verhältnis. *»Wer in einer zusammenhängenden Siedlung 1000 Wohnungen auf einmal so billig als möglich erbauen soll, ist schon allein durch diese Aufgabe gezwungen, nicht nur den Bauvorgang selbst, sondern auch die Verwendung des Produkts zu organisieren. Er muß mit dem Bedarf, den Lebensgewohnheiten und Zahlungsmöglichkeiten einer Masse von Mietern rechnen, und zwar muß er annehmen, daß er es mit einem bestimmten Allgemeindurchschnitt zu tun hat, von dem der einzelne nur wenig abweicht. (...) Dabei ist man in der Festsetzung dessen, was als Mindestwohnraum für die normale Durchschnittsfamilie zu gelten habe, vielfach sehr tief heruntergegangen. Und die Architekten, die beauftragt worden sind, derartige Mindestwohnungen zu entwerfen, haben dafür den Ausdruck gefunden, daß man sie zwinge, den Meter zu 90 Zentimeter zu rechnen. Immerhin bleibt man fast durchweg*

dabei, die Familie, aus Mann, Frau und 1 bis 3 Kindern bestehend, als normale Lebensform der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Menschen zu betrachten und ihren Mindestwohnbedarf als Grundlage zu nehmen. Nur wenige Ledigheime, Häuser für berufstätige, alleinstehende Frauen und dgl. geben Zeugnis dafür, daß man sich auch an das Vorhandensein anderer Lebensformen erinnerte. Für die Normalfamilie jedoch wurden die Wohnungsbedürfnisse zwangsweise vereinheitlicht; in einer Fülle von technischen Arbeiten, Zeichnungen und Bauten haben die Architekten der heutigen Zeit versucht, klarzulegen, wieviel Schlafräume eine solche Familie braucht, ob sie ein Wohnzimmer mit Kochnische oder eine Wohnküche benötigt, wie die Räume am besten zueinander angeordnet werden, damit überflüssige Arbeitswege der Hausfrau vermieden werden, und dgl. mehr.« (Schwab 1973, 27ff)



Die Wohnformen und Wohnbedürfnisse der Menschen mußten vereinheitlicht werden, da die tayloristische Produktionsweise auf einen Massenkonsum ausgerichtet ist, das Ergebnis dieser Art der Produktion ist das Standard-Produkt »Wohn-Ford« (Giedion). Die wirklichen Wohnbedürfnisse der Menschen spielten dabei keine Rolle. Die ArchitektInnen orientierten sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern an den Erfordernissen der neuen Art der Produktion. Ernst May formuliert dies so:

»Eine sorgfältige Erforschung der soziologischen und biologischen Grundlage des menschlichen Wohnungsbaues wird zur Folge haben, daß wir den Menschen künftig nicht mehr eine beliebige Wohnung zur Verfügung stellen, sondern daß wir für bestimmte Menschengruppen, geschichtet nach Kopfzahl und Wirtschaftskraft, das Wohnungsminimum fixieren und darauf hinarbeiten, einem jeden seine 'Ration' Wohnung in möglichst vollkommener Weise zu beschaffen. Bauwissenschaft und Hygiene werden sich mit der Psychologie verbinden müssen, um die Wohnung zu schaffen, die technisch vollendet und dabei doch menschlich gestaltet ist.« (May 1984, 224)

Die ArchitektInnen gaben sich nicht mit der Normierung des Wohnens zufrieden, das Wohnen sollte auch taylorisiert werden. *»Von solch einer Architektur geht ein stiller, aber sehr wirksamer Zwang aus. Und wir finden ihn nicht nur im Stadtkörper, den die Charta von Athen in vier voneinander streng zu trennende Funktionen zergliederte, sondern auch in der taylorisierten Zerlegung der einzelnen Wohnung, die in ihrem Inneren die Serialität genormter Lebenszusammenhänge zu wiederholen trachtet. 1930, drei Jahre vor der Verabschiedung der Charta, nennt der Deutsche Verein für Wohnungsreform in seinem Handwörterbuch des Wohnungswesens, daß vier Bedingungen gewährleistet sein müssen, um ein zeitgemäßes Wohnen zu ermöglichen:*

'Erwünscht ist es, daß auch in den Kleinstwohnungen die vier wichtigsten Vorgänge in der Wohnung: 1. das Kochen, 2. das Essen und Wohnen, 3. das Schlafen, 4. das Waschen und Reinigen räumlich auseinandergehalten werden. Die Aufstellung von Betten im Wohnzimmer ist zu verwerfen, desgleichen die Benutzung der Küche zum Essen und Wohnen ... Grundrisse, die die Aufstellung von Betten im Wohnzimmer begünstigen oder auch das Wohnen im Kochraum ermöglichen, sind schlecht. Die Aufstellung von Betten in Küchen, die leider in alten Wohnungen oft erfolgte, müßte aus gesundheitlichen Gründen allgemein polizeilich untersagt werden ... Um die Anlage kostspieliger, unnötiger großer Flure zu vermeiden, kann es zweckmäßig sein, einen der beiden Schlafräume nicht unmittelbar vom Flur aus, sondern nur durch den Wohnraum zugänglich zu machen. Gegen diese Raumordnung sind kaum Bedenken zu erheben, weil eine zweckmäßige Kleinstwohnung so zugestalten ist, daß Untermieter nicht aufgenommen werden können.' (vgl. Gleichmann 1980, S. 18)

Der Grundriß der Wohnung soll also nicht nur so knapp gehalten werden, daß 'unnötige' soziale Verflechtungen möglichst ausgeschlossen sind, sondern soll auch so gestaltet sein, daß in bestimmten Räumen nur ein bestimmtes Verhalten möglich ist, und wenn es nicht erzwungen werden kann, so soll es doch steinhart nahegelegt werden.« (Lesemann 1982, 145f)

Hier wird deutlich, daß es bei dem Neuen Bauen und Neuen Wohnen um eine Normierung von Lebensgewohnheiten der unteren Schichten geht. Die Familien der unteren Schichten sollen sich nach den Bedürfnissen der tayloristischen Produktionsweise organisieren, und nicht nach ihren individuellen Bedürfnissen. *»Alles, was zum*

'Leben' gehört, wird funktionalisiert in der funktionalen Wohnung, und es wird exakt verortet: Kochen in der Küche, Baden im Bad, Schlafen im Schlafzimmer, Schreiben im Schreibzimmer, Essen im Eßzimmer und ... Wohnen (als funktionalistische Rest- und Sammelkategorie) im Wohnzimmer. So lernen wir zuhause, wie das Leben draußen ist.« (Lesemann 1982, 146)

Doch der Funktionalismus der ArchitektInnen war bei den Grundrissen noch nicht zu Ende, die Wohnung wurde zum Experimentierfeld von ArchitektInnen, KünstlerInnen und MöbeldesignerInnen um für die neue Wohnung auch neue funktionale Einrichtungsgegenstände zu entwicklen. Doch wie sollten die ArbeiterInnen, die vielleicht nicht einmal genug zum Leben hatten, auch noch neue Möbel kaufen. Adolf Behne sieht das Problem so:

»Der Mieter kann doch in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle gar nicht anders. Daß der sich eine neue Einrichtung kaufen könnte, ist die Ausnahme, daß er sich eine moderne, gute Einrichtung sorgfältig aussuchen könnte, das ist erst recht eine Ausnahme, denn so ganz billig ist die heute nicht zu haben, und das Suchen kostet auch Geld; und gar der Fall, daß er sich für die neue Wohnung eigens entworfene Möbel könnte bauen lassen, kann als äußerst selten außerhalb der Betrachtung bleiben. Im allgemeinen ist es so, daß der Mieter mit alten Möbeln einzieht oder mit Möbeln, die vielleicht neu fabriziert sind, aber nach dem Muster der alten.« (Behne 1927, 26f)

Außerdem hatten wohl die meisten MieterInnen eine eigene Vorstellung davon, wie sie ihre Wohnung einrichten möchten. Die Ablehnung der neuen Möbel kann aber auch als Abwehr gegen die Standardisierung gewertet werden. Die Menschen waren in den 20er Jahren noch nicht soweit normiert, daß sie jede Standardisierung annahmen und ihre Individualität aufgaben.

Taut gehörte zu den wenigen ArchitektInnen, die davor warnten, *»die Bewohner für neue Bauprogramme sich zu 'konstruieren' und die Armut des Proletariats außer acht zu lassen. Er spottete über das kleine Buch 'Befreites Wohnen' von Sigfried Giedion, weil er funktionelle Grundrisse bevorzugte, die dem Bewohner vorschreiben, wo gegessen und geschlafen wird. Hier triumphiere nicht der 'befreite Bewohner' sondern der 'losgelassene Architekt'. (...) Eine Wohnung müsse eine neutrale Haltung haben, für alle passen und nichts vorschreiben.«* (Junghanns 1970, 75)

Taylorisierung des Haushalts

Das ganze Leben der Menschen - vor allem der ArbeiterInnen - sollte dem Taylorismus unterworfen werden. So ist auch konsequent, wenn die ArchitektInnen auch eine Taylorisierung des Haushalts anstrebten. Die Mechanisierung des Haushalts hatte zwar schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem in den USA begonnen (vgl. Giedion 1982 557-675), bekam aber unter der Verwendung des tayloristischen Prinzips eine neue gesellschaftliche Funktion. Neben dem Taylorismus spielten auch die Hygienevorstellungen des Neuen Bauens (vgl. Arndt 1994) im Konzept des rationalisierten Haushalts eine Rolle.

»Die Erziehung der Frau zur Hygiene-Expertin hängt eng mit der Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der Hausarbeit zusammen. Das Konzept der Rationalisierung geht davon aus, die Arbeitsabläufe im Haushalt durch die Übertragung der arbeitswissenschaftlichen, tayloristischen Grundsätze auf die Hausarbeit ebenso wie die Fabrik strukturieren, organisieren und dadurch rationalisieren zu können. Ziel der Rationalisierung war die Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreude der Hausfrau zu steigern. Durch den erzielten Zeitgewinn sollte die Frau von überflüssiger und 'unschöpferischer' Hausarbeit zugunsten planmäßiger und 'schöpferischer' Arbeit befreit werden.« (Arndt 1994, 70)

Die Rationalisierung des Haushalts wurde von Anfang an mit der »Frauenfrage« verknüpft. (vgl. Kittler 1980, 61-81) Die ArchitektInnen erkannten, daß sie nur über die Frau ihre Hygiene-Vorstellungen vermitteln konnten, deswegen sprechen die ArchitektInnen häufig von der »notwendigen Befreiung der Frau« (Taut), von »innerer Gleichberechtigung der Geschlechter« (Meyer) und der »Förderung der weiblichen Emanzipation« (Gropius). *»Gleichzeitig wird der Frau vom Neuen Bauen ein eigener Aufgabenbereich zugewiesen. Die Differenz zwischen 'weiblichem Weltort' und dem 'Weltort des Mannes' wird betont.«* (Arndt 1994, 68)



Viele Frauen hofften auf eine Aufwertung der Hausarbeit, wenn diese industrialisiert würde. Es ging dabei um eine Aufwertung der Hausarbeit innerhalb des Wertesystems der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft. *»Die Küche - 'Fabrik des Hauses' - wurde als Arbeitsplatz akzeptiert und in seiner Bedeutung mit der Arbeit außer Haus gleichgesetzt. Sie - die Küche - wurde Gegenstand von Arbeitsplatzanalysen; es wurden Zeit- und Bewegungsstudien durchgeführt, die sich an Speisewagen- und Schiffsküchen orientierten, bei denen auf kleinstem Raum unter Beachtung der Arbeitsreihenfolge alles so angeordnet ist, daß das notwendige Material mit wenigen Schritten und Griffen erreicht werden kann.«* (Lustig/Armbröster 1982, 20) Durch das Buch »Die rationelle Haushaltsführung« wollte Christine Frederick die wissenschaftliche Betriebsfüh-



Foto: Umbruch-Bildarchiv

rung auf den »Betrieb Haushalt« übertragen. (Frederick 1922)

Bei der Rationalisierung des Haushalts ging es um die Erleichterung der Hausarbeit, die aufgrund der patriarchalen Arbeitsteilung zumeist von den Frauen verübt wurde, aber auch um eine Zeitersparnis für die Frauen. Die nun gewonnene (Arbeits-)Zeit sollte für die Betreuung von Kindern oder aber für ein Lohnarbeitsverhältnis eingesetzt werden. Bei der »Befreiung der Frau von der Hausarbeit« ging es nicht um eine nicht-patriarchale Neuorganisierung der häuslichen Arbeit, sondern um die Erhöhung der Produkutivkraft der Frau.

Die »Frankfurter Küche« ist der Prototyp für die Rationalisierung des Haushalts. Die »Frankfurter Küche«, die streng nach tayloristischen Prinzipien von Grete Schütte-Lihotzky in Zusammenarbeit mit Hausfrauen entwickelt wurde, wurde zum Leitbild für die fordistische Küche. (vgl. Schütte-Lihotzky 1984) Es wurden Küchen für den Haushalt ohne Hausgehilfin, mit einer oder zwei Hausgehilfinnen entworfen, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse einzugehen. Als »Frankfurter Küche« wird aber die Küchenart für den Haushalt ohne Hausgehilfinnen bezeichnet. Aus psychologischen Gründen forderte Christine Frederick eine Aufhebung der Wohnküche.

»Eine wenn auch noch so kleine Küche, in der aber nur die Speisen zubereitet werden, und ein besonderes Wohnzimmer, in das sich die Hausfrau nach getaner Arbeit zurückziehen kann, wird viel zur Hebung der allgemeinen Stimmung betragen.« (Frederick 1922, 32)

Eine »ideale Küche« ist demnach klein und kompakt. Das Kochen oder andere Arbeiten, die in der Küche zu verrichten sind, können aus Platzgründen nur von einer Person - in der Regel der Frau - ausgeführt werden, zum anderen wird der »Arbeitsplatz« der Hausfrau vom Leben der Familie abgetrennt. In den Jahren 1926-1930 wurden etwa 10.000 Küchen nach dem Modell der »Frankfurter Küche« hergestellt.

Bei der Rationalisierung der Hausarbeit ging es nicht ausschließlich um eine Verbesserung der Situation der Frauen. Dr. Erna Meyer beschreibt dies sehr bezeichnend:

»Die 'gesamte' Industrie nämlich müsse sich energisch für eine Rationalisierung des Haushalts einsetzen, denn es liegt auf der Hand, daß hier jeder Fortschritt unmittelbar auch ihr zugute kommt: der Arbeiter und Angestellte, der sein gut zubereitetes Essen rechtzeitig vorgesetzt erhält, der seine Kinder wohl aufgehoben und beschäftigt, seine Frau nicht überarbeitet weiß ..., der in den daheim zugebrachten Stunden einen reibungslos arbeitenden Haushalt und damit eine behagliche Häuslichkeit um sich sieht, wird nicht nur körperlich, sondern auch seelisch ruhiger seine tägliche Arbeit verrichten und entsprechend mehr leisten können.« (Meyer 1922, 118f)

Es ist jedoch zu bezweifeln, daß der rationalisierte Haushalt wirklich eine Entlastung für die Frauen bedeutete. An welche Schicht wurde gedacht? In den Äußerungen der 20er Jahre ging es auch immer um die proletarische Frau, war aber ihre Situation nicht eine andere?

»Die übervölkerten Elendsquartiere des Proletariats zwangen die Frauen zur Einschränkung jeder Hausarbeit auf das absolut Notwendigste. Alles Überflüssige war aus der Not heraus eliminiert worden. Es ist die Frage, ob die Hausarbeit als Kategorie hier überhaupt existierte, denn die Frauen mußten wohl oder übel durch Lohnerwerb zum Unterhalt ihrer Familien beitragen. Die Vorstellung von der Frau als 'Schöpferin' scheint unter solchen Umständen gänzlich absurd.« (Stahl 1977, 105)

An welche Frauen richtete sich also die Rationalisierung? Immer mehr Mittelstandshaushalte konnten sich keine Haushaltsgehilfin mehr leisten. Auch immer mehr Mittelstandsfrauen gaben sich mit ihrer Hausfrauenrolle nicht zufrieden und wollten ebenfalls arbeiten.

»Die Hausarbeit wurde zum Beruf aufgewertet, um sie für die bürgerliche Frau akzeptabel zu machen.

Die Interessen nach Rationalisierung und Professionalisierung der Hausarbeit, die Schaffung des 'trauten Heims' oder die Zufriedenstellung der Arbeiterschicht und das Erlangen eines neuen

Bewußtseins und Standes für das verarmte Bürgertum wurden in der Bewegung miteinander vermischt und letztendlich unter einem gemeinsamen Ziel dargestellt, dem Deckmantel der Vergesellschaftung der Hausarbeit. Aber wurde denn nicht eine Solidarisierung der Hausfrauen schon dadurch verhindert, daß ihre Vereinzelung und Isolation in der Gesellschaft durch die 'Küchenzelle' in jeder Wohnung weiterhin propagiert wurde? Getreu dem Motto: 'Jeder kocht sein eigenes Süppchen!'« (Lustig/ Armbröster 1982, 58)

Neues Bauen, Neues Wohnen und Fordismus

Der Taylorismus ist eine Grundlage der kapitalistischen Formation Fordismus.

Als Fordismus wird die gesellschaftliche Formation in den 50er bis 70er Jahren bezeichnet. Die Durchsetzung des Fordismus bedeutete eine Durchkapitalisierung des ganzen Alltages. Im prä-fordistischen Kapitalismus waren die ArbeiterInnen vor allem ProduzentInnen von Investitionsgütern, im Fordismus waren sie nicht nur ProduzentInnen aller möglicher Waren, sondern auch zunehmend KonsumentInnen derjenigen Waren. Die Konsumkraft der ArbeiterInnen sollte jetzt verstärkt abgeschöpft werden. Dies konnte aber nur funktionieren, wenn die Kosten der Produktion sinken und die Reallöhne der ArbeiterInnen steigen, da sie sonst nicht als KonsumentInnen am Markt auftreten können. Für die Massenproduktion mußten aber Massenbedürfnisse geschaffen werden, dabei spielte das Neue Bauen und Neue Wohnen eine besondere Rolle. Die Normierung des Lebens führte auch zu einer Normierung der Bedürfnisse, die eine Standardisierung von Konsumgütern und somit die Massenproduktion erst möglich machte.

Der Fordismus bedurfte einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stabilität. Der fordistische »Soziale Wohnungsbau« nach dem Zweiten Weltkrieg, der aus den Erkenntnissen des Neuen Bauens entwickelt wurde, war ein wichtiger Faktor der sozialen Stabilität der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Aus den Interessensparteien der Weimarer Republik wurden *forschen', den Arbeitern 'detalliert vorzuschreiben' und vor allem: ohne die Qualifikationsforderungen an die Arbeiter zu senken.«* (Manske 1991, 11)

Die neuen Technologien ermöglichen neue Kontrollformen. Welche Auswirkungen diese auf die Architektur und den Städtebau haben, müßte erst noch untersucht werden. Ich denke, daß sich vor allem die Bedeutung des öffentlichen Raumes verändern wird. Durch die Computertechnologie können wir uns alle Informationen verschaffen, ohne den privaten Raum zu verlassen. In Zukunft werden wir immer mehr Dinge des Lebens so verrichten. Die Veränderung des öffentlichen Raumes wird mit Sicherheit Einfluß auf die Diskussion zur »Inneren Sicherheit« haben und bei der Inszenierung von Angst eine Rolle spielen. Der Taylorismus ist somit nicht überwunden, sondern nur auf eine andere Ebene gehoben worden.

Bei Schaffung einer freien Gesellschaft müßten wir ebenfalls die Gesellschaft von jeder Form des Taylorismus (und anderer Kontrollformen) befreien, wenn wir keinen Staatskapitalismus wie in der Sowjetunion errichten wollen.

Das Neue Bauen und Neue Wohnen kam in den 20er Jahren in einem sozialistischen bzw. sozialreformerischen Gewande, war aber nur eine Etappe in der Modernisierung des Ka- »Volksparteien«, der DGB und seine Einzelgewerkschaften avancierten zum »Sozialpartner« des Kapitals. Der Klassenwiderspruch des Kapitalismus verschwand so bei immer mehr Menschen aus dem Bewußtsein. Fast alle fühlten sich irgendwie als »Mittelstand«, weil sie am wirtschaftlichen Wachstum teilhatten, sich einen Volkswagen, ein Eigenheim nebst Einbauküche und den Urlaub am Mittelmeer »leisten« konnten. (vgl. Hirsch/Roth 1986, 48)

Fazit

Die Taylorisierung der Produktion war ein Angriff auf die Autonomie der ArbeiterInnen, die Taylorisierung der Wohnung und des Haushalts war ein Angriff auf die Autonomie der Menschen. Die heutige postmoderne Gesellschaft braucht den Taylorismus mit seiner Kontrollfunktion nicht mehr in seiner alten Form. *»Moderne Informationstechnologien bilden den technischen Kern einer neuen Form der Kontrolle und Rationalisierung von Arbeit, die durch eine besondere*

Eigenschaft charakterisiert ist. Die 'Neue Kontrollform' ermöglicht eine wirkliche Kontrolle und Rationalisierung von Arbeit, ohne sie 'auszupitals. Daß SPD und Gewerkschaften die Trägerinnen dieser Modernisierung waren, darf uns nicht wundern, denn sie hatten die Überwindung des Kapitalismus schon lange aufgegeben, aber auch die KPD konnte sich vom Mythos der »Entwicklung der Produktivkräfte« nicht lösen. Ich weiß nicht, wie AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen in den 20er Jahren dem Neuen Bauen und Neuen Wohnen gegenüber standen, aber aus heutigen Sicht gibt es daran mehr zu kritisieren als zu loben. Es ist notwendig die kapitalistische Stadt und Architektur zu überwinden, wenn wir eine freie sozialistische (sprich anarchistische) Gesellschaft wollen.



Foto: Wolfgang Haug/Trotzdem

Literatur:

Andernacht, Dietrich / Kuhn, Gert: Frankfurter Fordismus. In: Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): Ernst May und das Neue Frankfurt 1925-1930, Berlin 1986

Arndt, Konstanze: Weiss Rein Klar. Hygienevorstellungen des Neuen Bauens und ihre soziale Vermittlung durch die Frauen, Kassel 1994

Behne, Adolf: Neues Wohnen - Neues Bauen, Leipzig 1927

Ebbinghaus, Angelika: Arbeiter und Arbeitswissenschaft. Zur Entstehung der »Wissenschaftlichen Betriebsführung«, Opladen 1984

Giedion, Sigfried: Befreites Wohnen, Braunschweig/Wiesbaden 1984

Gleichmann, Peter Reinhart: Schlafen und Schlafräume. In: Journal für Geschichte 2, 1980

Hirsch, Joachim / Roth, Roland: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg 1986

Junghanns, Kurt: Bruno Taut 1880-1938. Deutsche Bauakademie, Schriften des Instituts für Städtebau und Architektur, Ost-Berlin 1970

Kittler, Gertraude: Hausarbeit. Zur Geschichte eine »Natur-Ressource«, München 1980

Krätke, Stefan: Fordistischer Wohnungsbau in Deutschland. »Soziale Bauwirtschaft« der 20er Jahre als Vorreiter. In: Borst, Renate / Krätke, Stefan / Mayer, Margit / Roth, Roland / Schmoll, Fritz (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte, Basel, Boston und Berlin 1990

Lesemann, Klaus: Herrschen und Sanieren, Giessen 1982

Lustig, Ulla / Ambröster, Gerhard: Das 'Neue Bauen' der Zwanziger Jahre und die Entwicklung der funktionalistischen Küche, Kassel 1982

Manske, Fred: Kontrolle, Rationalisierung und Arbeit. Kontinuität durch Wandel: Die Ersetzbarkeit des Taylorismus durch moderne Kontrolltechniken, Berlin 1991

May, Ernst: Die Wohnung für das Existenzminimum (1929). In: Hirdina, Heinz: Neues Bauen. Neues Gestalten. Das Neue Frankfurt, Dresden 1984

Meyer, Erna: Rationalisierung der Verbrauchswirtschaft im Haushalt. In: Technik und Wirtschaft 2/1922

Prigge, Walter: Regulierung. In: Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.): Ernst May und das Neue Frankfurt 1925-1930, Berlin 1986

Rocker, Rudolf: Die Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterklasse (1927), Frankfurt am Main 1980

Schütte-Lihotzky, Grete: Rationalisierung im Haushalt (1926/27). In: Hirdina, Heinz (Hrsg.): Neues Bauen. Neues Gestalten. Das Neue Frankfurt, Dresden 1984

Schwab, Alexander: Das Buch vom Bauen. 1930 - Wohnungsnot, Neue Technik, Neue Baukunst, Städtebau aus sozialistischer Sicht, Düsseldorf 1974

Stahl, Gisela: Von der Hauswirtschaft zum Haushalt oder wie man vom Haus zur Wohnung kommt. In: Neue Gesellschaft für bildene Künste Berlin (Hrsg.): Wem gehört die Welt, Berlin 1977

Stollberg, Gunnar: Die Rationalisierungsdebatte 1908-1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr, Frankfurt am Main 1981

Strehle, Res: Kapital und Krise. Einführung in die politische Ökonomie, Berlin 1991

Wagner, Martin: Die Sozialisierung der Baubetriebe, Berlin 1919

Anarchismus und Moral



George Woodcock 1912-1995

von Heiner Becker

George Woodcock, der am 29. Januar 1995 in Vancouver gestorben ist, habe ich nie getroffen; er war in den vierziger Jahren im englischen Anarchismus zusammen mit Marie Louise Berneri (und ihrem Mann Vero Recchioni, der in diesen Jahren seinen Namen in Vernon Richards änderte) die in vieler Hinsicht beeindruckendste Persönlichkeit – was viel heißt für eine Zeit, die mit den 60ern wohl die Blütezeit des Anarchismus in Großbritannien war. In den folgenden Jahrzehnten wurde er dann – »Dichter, Journalist, Kritiker, Reiseschriftsteller, Bühnenschriftsteller, Historiker, Herausgeber, politischer Kommentator, Biograph – Kanadas alles überragender Intellektueller«, nach Einschätzung dortiger Schreiber zum "Superstar der kanadischen Literatur" (Paul Grescoe). All das allerdings ist hier weniger von Belang; was zählt ist, daß George Woodcock für eine lange Zeit nicht nur der produktivste Autor in der englischsprachigen anarchistischen Bewegung war, sondern er hat zugleich auch mehr als jeder andere seit Kropotkin getan, um Anarchismus auch ausserhalb der Bewegung stehenden Menschen nahe zu bringen und sympathisch zu machen. Ungeachtet dessen gibt es nur wenige, die im Verlauf der letzten Jahrzehnte innerhalb gerade der englischen Bewegung, in der er seine Karriere anfing, so häufig und so aggressiv attackiert wurden. Mit manchem, das er zum Thema Anarchismus geschrieben und publiziert hat, konnte ich beim besten Willen nicht übereinstimmen. Einiges hat mich (und erst viele Freunde) gar maßlos geärgert – und doch hat die Nachricht von Georges Tod mich tief getroffen, nicht zuletzt aus dem Wissen, daß die freiheitlichen, libertären Ideen mit ihm einen ihrer produktivsten und lesbarsten, vor allem aber liebenswürdigsten Verfechter verloren haben. Denn es läßt sich nicht übersehen, daß das, was eine seiner großen Stärken war: die Eleganz und Lesbarkeit seines Stils, zugleich auch eine wesentliche Ursache für den Ärger war, den er gelegentlich verursachte. Die elegante, einfache "propagandistische" Formulierung unterschlägt halt vieles, was dem erbsenzählnenden Historiker lieb und teuer ist.

In Winnipeg in Kanada am 8.Mai 1912 geboren, wuchs George Woodcock in Wales und England auf. Seine von hier stammenden Eltern kehrten nach fünf Jahren vergeblicher Mühen auf der Suche nach dem materiellen Paradies in Kanada kurze Zeit nach Georges Geburt in die alte Heimat zurück. George wuchs in Shropshire auf, woher sein Vater stammte. Dieser starb schon 1927. Wegen der Armut seiner Familie war ein Studium nicht möglich, und so wurde George im Alter von 16 Jahren wie vorher sein Vater Büroangestellter bei einer Eisenbahngesellschaft in London (und blieb das elf Jahre lang). Ungeachtet dessen begann er mit zwanzig Jahren zu publizieren. In Zeitschriften zuerst, und zwar in den ersten Jahren vor allem Gedichte; seine ersten Veröffentlichungen erschienen Ende der 30er im kleinen Verlag des deutsch-englischen anarchistischen Buchhändlers Charles Lahr (der während des 1.Weltkrieges mit Rudolf Rocker in Alexandra Palace interniert und von diesem vor dem Lynchen durch Mitgefangene bewahrt worden war!)

Zeit seines Lebens Pazifist ("Von allen Formen der Sklaverei halte ich das Militär für die schlimmste, denn das Leben des Soldaten ist durch und durch vom Zwang bestimmt, seine Mitmenschen zu töten") und so schon früh im linken Milieu zuhause, brachte ihm der Spanische Bürgerkrieg den Anarchismus nahe. Als Kriegsdienstverweigerer kam er dann nach 1940 in den Kreis um *War Commentary*, Vorläufer des heutigen *Freedom*. 1940-41 gab er die ersten Serie einer eigeen Zeitschrift heraus, *NOW*, die er zwischen 1943 und 1947 in größerem Format zusammen mit Freedom Press publizierte.[1]

Seit 1941 arbeitete er an War Commentary mit;[2] mit ihm erreichten die literarischen und historischen Rezensionen bald bemerkenswerte Qualität, und er führte eine lange fortgesetzte Reihe "Blätter aus der revolutionären Geschichte" ein. Seine erste anarchistische Broschüre, *New Life to the Land* ("Anarchistische Vorschläge für die Landwirtschaft") erschien zuerst im Juni 1942 und war die direkte Folge seiner Arbeit in der Landwirtschaft während des Krieges (als Kriegsdienstverweigerer). Er entwickelte sich in diesen Jahren schnell zum produktivsten Mitarbeiter der anarchistischen Presse, nicht nur in *War Commentary* und dann (nach 1945) in *Freedom*.

Am 12.Dezember 1944 wurden die Büro- und Geschäftsräume von *War Commentary* durch Scotland Yard durchsucht, Adressenkartei und andere Unterlagen beschlagnahmt und in der Folge vier Mitglieder der Redaktion (Marie Louise Berneri, Dr. John Hewetson, Vernon Richards und Philip Sansom) wegen Verschwörung zur "Wehrzersetzung" angeklagt (durch die Produktion von Antikriegsliteratur und ihrer Verbreitung auch in den Streitkräften). Da der durch die kommunistische Partei kontrollierte National Council for Civil Liberties (NCCL) sich weigerte, sich im Sinne seines Gründungsziels: der Verteidigung von u.a. Rede- und Pressefreieheit in dieser Sache einzusetzen, initiierte George eine Protestaktion einer Reihe von Intellektuellen und Schriftstellern. Aus dieser wurde dann die Gründung eines *Freedom Press Defence Committee*, das nach dem Prozeß, in dem John Hewetson, Vernon Richards und Philip Sansom zu Zuchthausstrafen von neun bis zwölf Monaten verurteilt wurden (Marie

Louise Bernei, die mit Vernon Richards verheiratet war, wurde freigesprochen, da eine Ehefrau sich nicht mit ihrem Ehemannn verschwören kann...) in Opposition zum NCCL als Freedom Defence Committee fortgeführt wurde; sein Ziel war nun, eine Amnestie für alle unter Kriegsrecht verurteilten politischen "Straftäter" und Deserteure zu erreichen, und vor allem Deserteuren zu helfen, denen auch in den Nachkriegsjahren noch Prozesse drohten bzw. gemacht wurden und deren sich sonst niemand annahm. Sein Präsident war Herbert Read, der Vizepräsident George Orwell, die meiste Zeit Sekretär und den größten Teil der Arbeit aber machte George Woodcock.[3]

In der Zeit der Inhaftierung der anderen Redakteure waren es George und Marie Louise Berneri, die das alle zwei Wochen erscheinende Freedom redigierten und zu einem wesentlichen Teil auch schrieben – eine für beide (und andere!) wohl prägende Erfahrung.[4]

George Woodcock heiratete im Februar 1949, und er siedelte mit seiner Frau Ingeborg nach Kanada über. Auch wenn er noch auf Jahre hinaus bei allen möglichen Gelegenheiten an Freedom durch Artikel mitarbeitete, markiert die Abreise aus Europa doch einen Bruch. Er selbst hat 1968 in einem Artikel eine Darstellung gegeben:

»Aber ich lebte in jener Zeit auch in einer Atmosphäre von undurchdringlichen und kleinkariertem Fanatismus, der charakteristisch ist für die Überreste sterbender Bewegungen. (...) Ich war, mit entsetzter Faszination, Zeuge, wie eine Gruppe englischer Anarchisten ins Banditentum verfiel und einen bewaffneten Überfall ausführte, um sich Geld zu beschaffen; die Opfer waren keine bösartigen Kapitalisten, sondern anderer Anarchisten, mit denen die den Überfall ausführenden über das Eigentum an einer Druckerei gestritten hatten, und deren Ehrenkodex – wie sie wußten – es ihnen verbieten würde, den Überfall der Polizei zu melden. Und ich fand, daß ich (gegen meinen Willen) mehr und mehr mit George Orwell übereinstimmte, den ich zu dieser Zeit traf und der – ungeachtet eigener libertärer Neigungen – auf die Gefahr verwies, daß anarchistische Intoleranz eine moralische Diktatur schaffen könnte, die eben dieselbe Freiheit gefährde, für die Anarchisten zu kämpfen vorgeben. (...) Ich spürte, wie ich auch infiziert wurde, und realisierte, daß es mich als Schriftsteller wahrscheinlich ruinieren würde; daher nahm ich Abstand, um ein freier und ungebundener Radikaler meiner eigenen Machart zu werden. Das wurde mir niemals vergeben...«[5]

Nach, wie es scheint, außerordentlich schweren und harten Anfängen (sein erstes in Kanada veröffentlichtes Buch erschien erst 1967!) hat er sich dort dann schließlich durchgesetzt. Er war zwei Jahre lang (1954-55) Lehrer an der Universität von Washington, bis ihm 1955 als Anarchisten die Einreise in die USA verweigert wurde; und seit 1956 lehrte er Englisch an der Universität von British Columbia. Parallel dazu veröffentlichte er mehrere Dutzend Bücher, einige offensichtlich Schnellschüsse, einige aber nach wie vor Standardwerke, wie etwa seine Studie *The Paradox of Oscar Wilde*,[6] seine Kropotkin- und Proudhon-Biographien,[7] seine Studien über George Orwell, Aldous Huxley und Herbert Read.[8]

1963 veröffentlichte er, was seither wohl das am meisten verkaufte Buch über Anarchismus geworden ist, *Anarchism. A history of libertarian ideas and movements*,[9] dem dann 1977 eine Anthologie folgte. The *Anarchist Reader*.[10] Beide Bücher, vor allem aber das erste, wurden von der allgemeinen Kritik durchgehgehnd positiv aufgenommen und etablierten sich als Standardwerke – wie sie natürlich in der anarchistischen Presse auch ziemlich scharfe Verrisse fanden und manche alte Polemik und allerlei Eifersüchteleien neu belebten.[11] Als Resümee allerdings gilt, was Nicolas Walter, in der Sache einer seiner schärfsten Kritiker, über sie anläßlich von Georges Tod geschrieben hat: "Was immer im einzelnen ihre Tugenden und Fehler sein mögen, sie haben einen festen Platz in unserer Geschichte, denn sie haben über einen Zeitraum von mehr als dreißig Jahren mehr Menschen in den Anarchismus eingeführt als irgendeine andere Publikation.[12]

Seit Ende der 60er war er in Übersee jedenfalls so "etabliert", daß er die Ehrendoktorate sammelte und andere Auszeichnungen ebenso selbstverständlich abweisen konnte, wenn sie "vom Staat" kamen, wie er wieder andere akzeptierte, weil sie ihm "von Mitbürgern für zivile Aktivitäten" verliehen wurden. Er war ein eminent gemeinnütziger Mensch, was sich nicht nur in der Gründung mehrerer Stiftungen ausdrückte (für tibetanische Flüchtlinge und kanadische Indianer ebenso wie für mittellose Schriftsteller), sondern auch darin, daß er immer ansprechbar blieb und "zu geben" bereit war.

Anmerkungen:

1 Insgesamt 16 Hefte; beide Serien erschienen auch in einem Reprint, Nendeln, Liechtenstein: Kraus Reprint, 1968

2 Soweit ich sehe, findet sich ein erster Artikel im Supplement zu Bd.2 Nr.12 (Oct.-Nov. 1941): "The Government and Agriculture".

3 Eine Schilderung dieser Zeit, die in Details wie den Daten nicht ganz korrekt ist, findet sich in seiner Orwell-Studie, die auch auf deutsch erschienen ist: George Woodcock, *Der Hellseher. George Orwells Werk und Wirken*, (Zürich): Diogenes, (1985), S.38-42. Andere Mitglieder des Komitees waren etwa Fenner Brockway, T.S. Eliot, E.M. Forster, Ethel Mannin und Bertrand Russel.

4 George hat bei verschiedenen Gelegenheiten sehr persönlich-sentimentale Erinnerungen über Marie Louise Berneri veröffentlicht; neben seiner Autobiographie s. etwa Open Road (Vancouver), Nr.6, Spring 1978

5 Anarchism Revisited, zuletzt in Woodcocks Anarchism and Anarchists, Kingston, Ontario: Quarry Press, 1992, S.41-42

6 London: Macmillan 1949; neue Ausg. mit neuer Einleitung u.d.T. Oscar Wilde: The Double Image. Montréal-New York: Black Rose (1989)

7 (Zusammen mit Ivan Avakumovic), The Anarchist Prince. A biographical study of Peter Kropotkin. London: Boardman, 1950. Reprint mit neuer Einleitung: Black Rose, Montréal, 1987

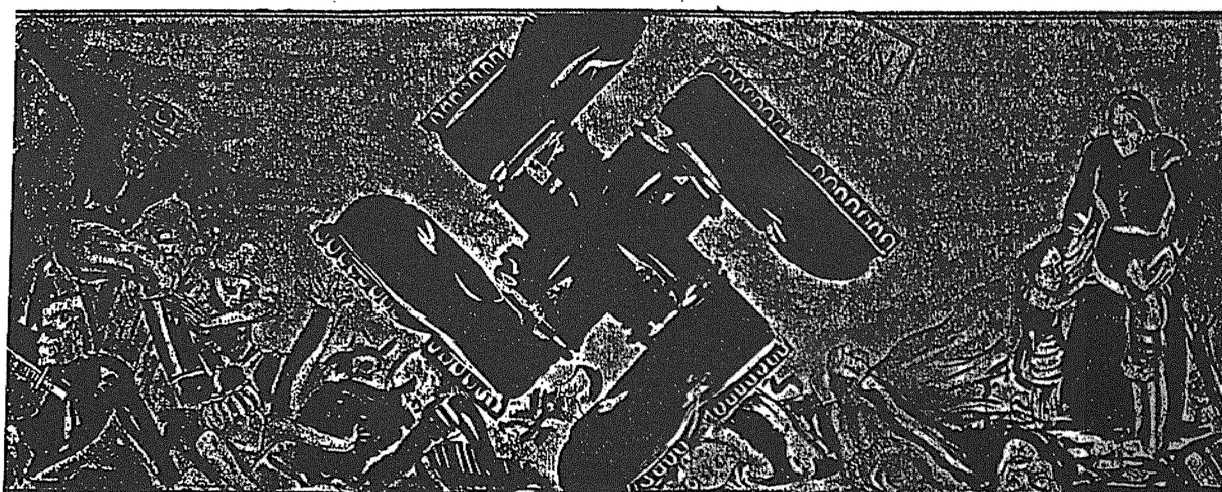
8 Dawn and the Darkest Hour. A Study of Aldous Huxley. London: Faber & Faber (March 1962); Herbert Read: The Stream and the Source. London: Faber and Faber Limited, (1972)

9 Cleveland and New York: The World publ. Co.-Meridian Books (March 1962); Harmondsworth, Middlesex: Penguin, 1963; neue Ausgabe mit einem Nachwort Harmondsworth, Middlesex: Penguin (Pelican), 1975; mit neuem Vorwort und ergänzt, ib., 1986

10 The Anarchist Reader. Edited by George Woodcock. (Glasgow): Fontana/Collins, (1977); Neuausgabe, 1986.

11 Zur Kritik s. etwa Nicolas Walter *Woodcock Reconsidered*, In The Raven (London), No. 2: Aug. 1987, p. 173-184.

12 Freedom, 25. Februar 1995, S. 5



HAKENKREUZ ÜBER DEUTSCHLAND

No. 1. Amsterdam. 1933

"Hakenkreuz über Deutschland" ist eine neue Veröffentlichung der I.T.F.

Wir werden darin regelmässig nüchtern gehaltene und sachliche Berichte über die Vorgänge in Deutschland, vor allem soweit sie in ökonomisches und soziales Gebiet einschlagen, bringen. Wie wir glauben, tragen wir damit einem bereits vorhandenen Bedürfnisse Rechnung und erweisen wir zugleich unsern deutschen Kameraden, und der Arbeiterwewegung ausserhalb Deutschlands einen Dienst.

Es würde uns freuen, wenn die an dieser Stelle zu veröffentlichenden Berichte -- Quellenangabe vorausgesetzt -- ihren Weg zur Presse unserer Mitgliedsverbände sowie zu ausserhalb derselben stehenden Kreisen finden werden.

Für das Exekutivkomitee:

EDO FIMMEN,

Generalsekretär.

Der Widerstand der ITF gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Deutschland und Spanien Teil 1

von Dieter Nelles

Vorbemerkung
Die in der ITF organisierten Eisenbahner, Seeleute und Binnenschiffer gehörten zu den aktivsten Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus. Aber im Vergleich zu anderen Gruppen der deutschen Arbeiterbewegung ist der Widerstand der ITF nur in Ansätzen erforscht. In Standardwerken zur Geschichte des deutschen Widerstands wird die ITF entweder gar nicht oder nur am Rande erwähnt und wird undifferenziert dem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Widerstand zugeordnet.

Der ITF-Widerstand bildete aber organisatorisch wie programmatisch eine eigenständige Strömung des Arbeiterwiderstands, die weder aus der sozialdemokratischen noch der kommunistischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung abgeleitet werden kann. Die Besonderheit ist vor allem darin zu sehen, daß die ITF den Widerstand nicht nur materiell unterstützte, sondern einen wesentlichen Einfluß auf dessen Politik nahm, der weit über den Rahmen eines Internationalen-Berufssekretariats (IBS) hinaus reichte.

Die ITF und die nationalsozialistische Machtergreifung

"Wir wollen Euch das Versprechen ablegen, daß wir alles in Deutschland daransetzen werden, um die faschistische Gefahr in unserem Land zu bannen." An dieses Versprechen von Anton Reißner auf dem Kongreß der ITF in Prag 1932 sollten sich nur ganz wenige deutsche Gewerkschaftsführer erinnern, als Hitler im Januar 1933 die Macht in Deutschland übernahm. Das Angebot der ITF gewerkschaftliche Widerstandsaktionen durch einen internationalen Wirtschaftsboykott Deutschlands zu unterstützen, wurde von der Führung des Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) abgelehnt.

Auch die führenden Funktionäre der, der ITF angeschlossenen deutschen Organisationen, des "Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs" (Gesamtverband) und des "Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands" (Einheitsverband), waren weit davon entfernt Widerstand zu leisten. Auch sie versuchten sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren. Um ihre Loyalität zur "nationalen Revolution" unter Beweis zu stellen, lösten sie ihre Verbindung zur ITF. Im Einheitsverband traten die Mitglieder des Vorstands, die politische Mandatsträger waren oder Funktionen in der ITF hatten, freiwillig zurück.

Fritz Scheffel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes wandte sich im Juli 1933, zwei Monate nach der endgültigen Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften, an Edo Fimmen und bat ihn, auf dem bevorstehenden Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) einen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland zu verhindern. Er begründete diesen Wunsch folgendermaßen:

"Man sollte das Kesseltreiben einstellen und die Hände von Deutschland lassen. Gebt ihm Raum und Bewegungsfreiheit, gebt eine Chance. Die ganzen Juden- und Greuelgeschichten sollte man auf sich beruhen lassen. Die vielen Gerüchte und Übertreibungen schädigen und verwirren nur. Gewiß ist es Menschen übel ergangen, aber so etwas bleibt nicht aus, wenn Millionen von Menschen in Bewegung und in Erregung kommen. Man kann billigerweise von den Nationalsozialisten nicht verlangen, daß sie ihren unterlegenen Gegnern die Backe streicheln und sie trösten, ob ihrer Niederlage. Wenn die Bolschewisten gesiegt hätten, würde es wahrscheinlich schlimmer stehen. (...) Denke von mir, was Du willst, jedenfalls bleibe ich was ich immer war, ein Sozialist. Ich muß dir sagen: Die 'Führer' des heutigen Regimes in D. sind in ihrer Art ganze Kerle und unsere 'Führer' waren noch nicht einmal halbe. Statt Mut und Tatkraft hatten sie immer nur Bedenken und Erwägungen und so verloren sie das Vertrauen weiter Volkskreise und damit den Boden unter den Füßen"

Diese Zeilen verdeutlichen, daß die Kapitulation der deutschen Gewerkschaftsführung nicht nur als eine taktische Anpassung zur Rettung der Organisation oder als Opportunismus einiger Gewerkschaftsführer interpretiert werden kann. Trotz tiefer politischer Gegnerschaft bestanden in Sprache und Inhalten Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und dem "nationalen Sozialismus", den ein Teil der deutschen Gewerkschaftsführer politisch vertraten.

Aber nicht alle Briefe aus Deutschland an die ITF hatten einen solchen Inhalt, "daß man sich vor Scham verkriechen möchte" (Fimmen). Die ITF unterstützte sofort die zahlreichen deutschen Flüchtlinge und beschloß den Widerstand in Deutschland zu organisieren. Seit Sommer 1933 publizierte die ITF unter der Redaktion von Dr. Walter Auerbach die Zeitung "Hakenkreuz über Deutschland", seit 1934 "Faschismus", die zweiwöchentlich erschien und über die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland und anderen faschistischen Länder informierte.

Für das ITF-Sekretariat reiste Nathans im Juni 1933 in die Freie Stadt Danzig und Fimmen im August in das noch nicht nationalsozialistisch beherrschte Saarland. Mit Willi Eichler, dem Vorsitzenden des "Internationalen Sozialistischen Kampfbundes" (ISK), vereinbarte Fimmen eine Zusammenarbeit in der illegalen Arbeit, die bis zum Ende des Nationalsozialismus bestehen sollte.

Die Formierung des ITF-Widerstands 1933-1935

Im August 1933 wurde durch Mitglieder des ISK das erste illegale Flugblatt der ITF - "Deutschland erwache!" - verbreitet. Die "furchtbare Niederlage der stärksten Arbeiterorganisationen Europas", heißt es darin, sei eine Konsequenz einer Politik "von verbürgerlichten Führern" und zugleich "jener unfruchtbaren 'radikalen' Zersplitterungspolitik" der "nicht weniger unfähigen" Kommunisten. Nur in der "entschiedenen Abkehr" von dieser Politik sei ein "Wiederaufstieg" möglich, ohne den es "nur ein Versinken der ganzen Gesellschaft in der Barbarei gebe." Die deutschen Arbeiter wurden aufgefordert zum "Wiederaufbau der sozialistischen, der freien Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Von dem zweiten Flugblatt "Willst Du gesund bleiben", daß von der ITF und den Internationalen-Berufssekretariaten (IBS) der Fabrikarbeiter und Angestellten unterzeichnet war, wurden 1000 Exemplare in Deutschland verbreitet. Es enthielt organisatorische Anweisungen und praktische Verhal-

tensregeln für den Aufbau der illegalen sozialistischen Arbeit.

Im September reiste Jacobus Oldenbroek für die ITF nach Deutschland, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu verschaffen. In Berlin traf er zunächst mit Hermann Rudolf, einem ehemaligen Mitglied des Exekutiv-Komitees der ITF, zusammen. Rudolf erklärte sich bereit zur Untergrundarbeit. Er wollte die Rheinhäfen besuchen, um dort Kontakte zu vertrauenswürdigen Funktionären der Binnenschiffer herzustellen. Anfang 1934 begannen Rudolf und zwei ehemalige Funktionäre des Gesamtverbandes, Karl Oltersdorf und Otto Elchner, in Berlin mit der illegalen Arbeit. Oltersdorf baute Gruppen in den Verkehrs- und Handelsbetrieben, Elchner in den Berliner Gemeindebetrieben auf. Rudolf wurde im Oktober 1934 bei einem illegalen Treffen mit ehemaligen Gewerkschaftskollegen in Mannheim verhaftet, aber wegen Mangels an Beweisen ein halbes Jahr später entlassen. Die Kontakte zur ITF übernahm nun Oltersdorf.

Oldenbroeks nächster Gesprächspartner war Hans Jahn, der im Vorstand des Einheitsverbandes für einen aktiven Kampf gegen die Nazis eingetreten war. Schon 1932 hatte er in Sachsen ein Netzwerk von Eisenbahnern geschaffen, die im Falle eines Generalstreiks gegen die nationalsozialistische Machtergreifung bereit und fähig gewesen wären, die wichtigsten Eisenbahnstrecken Sachsens innerhalb weniger Stunden zu blockieren. Mit diesen militanten Plänen konnte er sich bei seinen Vorstandskollegen ebenso wenig durchsetzen, wie mit seinem Vorschlag das Vermögen der Gewerkschaft in Sicherheit zu bringen. Ihm gelang es aber, 17.000 Karteikarten mit Mitgliederaddressen dem Zugriff der Nazis zu entziehen. Er wählte daraus 107 ihm persönliche bekannte Funktionäre aus, die er zum Teil schon für die illegale Arbeit gewonnen hatte, als er mit Oldenbroek zusammen traf.

Im November 1933 fuhr Jahn zu einer ausführlichen Besprechung mit der ITF nach Amsterdam. In Zusammenarbeit mit Fimmen entwickelte er einen Organisationsplan, um im ganzen deutschen Reich die Verbindung zu den Eisenbahnern wieder herzustellen. Für diese Arbeit erhielt er von der ITF monatlich 200 DM. Zur Tarnung seiner illegalen Arbeit übernahm Jahn 1934 die Vertretung eines niederländischen Weinhandels in Amsterdam. So konnte er regelmäßig zu Besprechungen mit der ITF nach Amsterdam fahren als auch Verbindungen im Reich anknüpfen. Anfang 1935 hatte Jahn Verbindungen zu Funktionären in fast allen Teilen des deutschen Reiches, mit Schwerpunkten in Westdeutschland, Berlin und Sachsen.

Auch Wilhelm Voß, der ehemalige Bezirksleiter des Gesamtverbandes in Pommern, hatte schon einen kleinen illegalen Kreis von Funktionären des Gesamtverbandes gebildet, als er mit Oldenbroek in Stettin zusammentraf. Voß erklärte er sich ebenfalls zu einer Zusammenarbeit mit der ITF bereit. Im Laufe des folgenden Jahres gelang es ihm noch weitere illegale Gruppen von Transportarbeitern in Pommern zu bilden. Im Juli 1934 war Voß zu Besprechungen mit Fimmen und Oldenbroek nach Amsterdam gefahren. Von Fimmen erhielt er die Adresse von Adolf Kummernuss, einem ehemaligen Funktionär des Gesamtverbandes in Hamburg, der nach eigenen Angaben schon im Mai 1933 nach Amsterdam gefahren war, um mit der ITF den Aufbau einer illegalen Organisation zu erörtern. Die Gruppe Kummernuss hatte Vertrauensleute vor allem unter den Hafenarbeitern und Verbindungen zu Gruppen in Lübeck und Kiel.

Anfang 1935 hatte die ITF Verbindungen zu circa 100 illegalen Transportarbeitergruppen in Deutschland. Die Verbindungen wurden durch Jahn und Voß aufrechterhalten, die regelmäßig nach Amsterdam kamen, sowie durch Oldenbroek, der mehrere Reisen nach Deutschland unternahm. Um eine erste Zwischenbilanz der illegalen Arbeit zu ziehen, regte Fimmen die Durchführung einer Konferenz im Ausland an, die Ostern 1935 in Roskilde/Dänemark stattfand.

An der Konferenz nahmen 31 Vertreter illegaler Gruppen aus Deutschland teil, sowie Mitglieder des Generalrats der ITF. Diesen sollte gezeigt werden, daß die finanzielle Unterstützung der Untergrundarbeit in Deutschland gerechtfertigt war. Andererseits sollte den deutschen Illegalen demonstriert werden, daß die ITF ihren Kampf unterstützte. In seiner Eröffnungsrede betonte Fimmen, daß mit einem baldigen Sturz des Nationalsozialismus nicht zu rechnen sei und man sich auf eine längere Phase der Illegalität einzustellen hätte. Ein Ergebnis der Diskussionen war ein "Sofortprogramm" der ITF, das als Flugblatt gedruckt wurde, aber von den Vertrauensleuten in Deutschland ausschließlich durch mündliche Propaganda verbreitet werden sollte. In dem Sofortprogramm, das eine Liste von 20 konkreten Forderungen enthielt, wurden folgende "Grundgedanken" vorangestellt:

"'Illegale Gewerkschaften' sind nicht möglich, sondern nur ein Netz von Betriebsvertrauensleuten. Das 'gewerkschaftliche' Sofortprogramm will diesen Vertrauensleuten die Hinweise für eine zielbewußte Verbindung von Tagesforderungen geben, deren Erfüllung die schrittweise Aufnahme gewerkschaftlicher Tätigkeit ermöglichen würde."

Es wurden Richtlinien der illegalen Arbeit beschlossen, die sowohl einen einheitlichen Wiederaufbau der Gewerkschaften als auch einen größtmöglichen Schutz vor der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) sichern sollten. Alle Vertrauensleute wurden verpflichtet, "für die Dauer der Zugehörigkeit zu einer freigewerkschaftlichen Aktivgruppe von jeder Arbeit für seine Partei oder Gruppierung Abstand zu nehmen", sich "jeder Fraktionsarbeit in den Aktivgruppen zu enthalten und keiner parteipolitischen Zelle, die Einfluß auf diese Gewerkschaftsarbeit nimmt oder nehmen will, anzugehören" und "kein anderes Material unter den Kollegen des Organisationsbereiches zu verbreiten als Literatur, die von der freigewerkschaftlichen Leitung herausgegeben oder gutgeheißen wird". Innerhalb der Aktivgruppen bestehe "im Rahmen der durch die konspirative Arbeit gezogenen Grenzen proletarische Demokratie" und "Beschlüsse der Mehrheit gelten auch für die Minderheit."

Von dieser Regel war nur der ISK ausgenommen, dessen organisatorische und politische Linie der illegalen Arbeit weitgehend mit der ITF übereinstimmte. Eingeschränkt galt dies auch für die linkssozialistischen Gruppen "Neu Beginnen" und die Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands, mit denen Fimmen punktuell zusammenarbeitete.

Einige Wochen nach der Konferenz von Roskilde zeigte sich, wie wichtig

die Abgrenzung für die Sicherheit der illegalen Kader war. In Berlin und Stettin kam es zu Verhaftungen von sozialdemokratischen Widerstandsgruppen, denen Vertrauensleute der ITF angehört hatten. In Folge dieser Verhaftungen gelang es der Gestapo, die ITF-Gruppen in Berlin, Stettin und Hamburg zu zerschlagen. Kummernuss, Voß und mit ihnen weitere 22 Funktionäre wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Widerstand der Eisenbahner der ITF 1935-1939

Die Eisenbahnerorganisation der ITF wurde von der Verhaftungswelle nur am Rande betroffen. Jahn wurde kurzfristig verhaftet, aber einige Tage später wieder freigelassen. Als die Gestapo ihren Irrtum bemerkte, war Jahn schon ins Ausland geflohen und zunächst von Amsterdam, seit Anfang 1936 von Antwerpen aus reorganisierte er seine Kaderorganisation.

Er unterteilte das deutsche Reich in 17 Regionen (Gaue) und das rheinland-westfälische Industriegebiet, wo die meisten Gruppen existierten, zusätzlich in 5 Bezirke. Jede Region bzw. jeder Bezirk wurde von einem von Jahn und Fimmen bestätigten Funktionär geleitet. In den einzelnen Bezirken waren an sogenannten "Stützpunkten" Vertrauensleute aktiv, die in der Regel keinen Kontakt zur ITF hatten, sondern nur zu dem jeweiligen Bezirksleiter. Nach Jahns eigenen Angaben hatte die Organisation am 1.März 1936 137 "Stützpunkte" mit 284 "Stützpunktführern" und umfaßte insgesamt 1320 Funktionäre.

Die Verbindungen nach Deutschland wurden durch Hugo Bachmann aus Duisburg aufrecht erhalten, der mit Hilfe der ITF im August 1935 die deutsche Vertretung einer niederländischen Firma für Metzgereibedarf in Amsterdam übernommen hatte. Darüber hinaus fanden seit Februar 1936 monatliche Treffen in Venlo statt, an denen meist Fimmen, Jahn und Oldenbroek sowie jeweils zwei Bezirksleiter aus Deutschland teilnahmen. Fimmen wollte möglichst alle führenden Kader persönlich kennenlernen; insgesamt 27 kamen bis zum Krieg mit Vertretern der ITF im Ausland zusammen. Bei diesen Treffen wurde über grundsätzliche Fragen der illegalen Arbeit diskutiert und die Bezirksleiter berichteten über die Situation in Deutschland.

Die ITF war vor allem an folgenden Themen interessiert:

"1. Die Stimmung der Belegschaften in den Betrieben;
2. die Einstellung der Belegschaften zur Partei, zu deren Gliederungen sowie zu den Maßnahmen der Reichsregierung;
3. die Auswirkungen der Materialknappheit auf die Betriebe und den allgemeinen Verkehr;
4. die Maßnahmen zur Durchführung des Winterhilfswerks und die Auswirkungen der Sozialgesetzgebung auf die arbeitenden Massen."

Die ITF-Kader waren schon sehr früh instruiert worden, ein besonderes Augenmerk auf die militärische Aufrüstung Deutschlands zu richten.

Ausmaß und Umfang der illegalen Aktivitäten waren in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Nach Jahns eigener Bewertung waren sie gut bis sehr gut im Ruhrgebiet, in Sachsen und Schlesien, zufriedenstellend in Berlin-Brandenburg, Hamburg, West- und Südwestdeutschland, ließen zu wünschen übrig in Kassel, Oldenburg, Nordwest und Südbayern. Zu Thüringen, Nordbayern und Württemberg waren die Verbindungen abgerissen. Dies konnte jedoch durch Karl Molt kompensiert werden, der seit Juni 1936 für die ITF in der Schweiz aktiv war.

Molt war ein sehr erfahrener Mann in der illegalen Arbeit. Unmittelbar nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 hatte er in Stuttgart als Leiter des Reichsbanners - ein republikanischen Schutzverband, dem vorwiegend SPD- und Gewerkschaftsmitglieder angehörten - zum bewaffneten Aufstand gegen die Nazis aufgerufen. Die Aktion, bei der 2000 Mann den Nazis bewaffnet gegenüberstanden, wurde nach Molts Darstellung abgesagt, weil die Leitung der SPD ihn an der Herausgabe eines Schießbefehls gehindert hatte. Nach dieser Aktion setzte eine regelrechte Jagd auf Molt ein. Über Rundfunk und Plakate wurde er für "vogelfrei" erklärt. Er emigrierte nach Frankreich und nach einem erneuten Aufenthalt in Deutschland in die Schweiz.

Molt gelang es eine illegale Organisation in Süddeutschland, vor allem in Württemberg, aufzubauen. Im Sommer 1937 war er selbst noch einmal illegal nach Deutschland gefahren. Er berichtete Fimmen, daß vor allem die ehemaligen kleinen Funktionäre aus der Beamtenschaft zur illegalen Arbeit bereit wären, die ehemaligen Arbeiterfunktionäre mit Ausnahmen sehr indifferent und die schlechtesten Erfahrungen habe er mit den "früheren Bonzen" - ein Schimpfwort für leitende Gewerkschaftsfunktionäre - gemacht. Außerdem hatte Molt noch Verbindungen zu mehreren illegalen Metallarbeitergruppen in Süddeutschland herstellen können.

In der ersten Phase des Widerstands bestand die Arbeit der illegalen Kader primär aus dem Anknüpfen von Kontakten mit zuverlässigen Genossen in den verschiedenen Regionen Deutschlands. Illegale Literatur wurde in Güter- und Personenzügen nach Deutschland gebracht. Man hoffte, daß der zufällige Finder sie las und weiterverbreitete. Seit 1934 wurden die illegalen Schriften durch Vertrauensleute verteilt. Über mehrere Kanäle gelangte das Material nach Deutschland; zunächst durch berufsmäßige Schmuggler, dann durch Personenzüge, die zwischen den Niederlanden und Amsterdam verkehrten. Holländische Eisenbahner füllten bestimmte Fensterladen mit illegalen Schriften und die Bezirksleiter, wo der Zug endete, wurden über unverfängliche Postkarten genau informiert, wo das Material zu finden war. Auch Rheinschiffer waren an dem Transport illegaler Literatur beteiligt.

Die illegale Literatur wurde in der Regel nur an vertrauenswürdige Kollegen verteilt. Die Leipziger ITF-Kader unternahmen riskantere Aktionen. Mehrfach wurden Flugblätter an auffälligen Stellen angebracht und rote Zettel mit der Aufschrift "Es lebe die ITF" geklebt. Seit Oktober 1936 wurde speziell für die Belange der Eisenbahner die ITF-Zeitung "Fahrt-Frei" herausgegeben, in denen die Berichte aus Deutschland verarbeitet wurden. Nicht zuletzt durch Artikel dieser Zeitung, berichteten Vertrauensleute aus Süddeutschland, hätte die Belegschaft eines Werkes beim Direktor eine finanzielle Zulage durchgesetzt. Dies werteten sie als ein Zeichen, daß durch solidarisches Vorgehen selbst im nationalsozialistischen Deutschland gewerkschaftliche

Forderungen durchgesetzt werden konnten.

Nachdem die illegale Organisation im Laufe des Jahres 1936 ausgeweitet und stabilisiert worden war, wollten die westdeutschen Bezirksleiter ihre Aktivitäten ausweiten. Die Anzahl der nach Deutschland gebrachten illegalen Literatur reichte ihnen nicht mehr aus, um den Bedarf ihrer Vertrauensmänner zu decken. Alleine Willi Komorowski, der Leiter des Bezirks südliche Ruhr, verteilte regelmäßig 60 Zeitungen. Der Bezirksleiter Hans Funger aus Neuss wandte sich an deshalb an seinen Bekannten, den Kaufmann Heinrich Tillier, der geschäftlich des öfteren in die Niederlande fuhr. Tillier erklärte sich bereit illegale Schriften in seinem Wagen zu transportieren. Seit September 1936 fuhr er wöchentlich als Kurier nach Venlo, um illegale Schriften der ITF abzuholen. Aber schon im Februar 1937 wurde bei einer Grenzkontrolle in Tilliers Wagen ein großes Paket mit illegaler Literatur entdeckt. Tillier wurde sofort verhaftet und kurze Zeit später insgesamt 19 Personen, darunter alle ITF-Bezirksleiter aus Westdeutschland und Max Kellner, der die Organisation in Sachsen leitete. Der Gestapo gelang es aber nicht, die Vertrauensleute in den einzelnen Betrieben zu verhaften. In zwei großen Prozessen wurden die ITF-Kader zu teilweise hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Durch die Zerschlagung der westdeutschen Organisation war die Verbindung Jahns nach Deutschland stark beeinträchtigt. Anfang 1938 zog er deshalb nach Luxemburg, weil er sich in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze bessere Arbeitsmöglichkeiten erhoffte. Zunächst konnte er nur indirekt über Deckadressen mit den Vertrauensleuten im Reich korrespondieren, bis im November 1938 Willi Bode, der Leiter der Organisation in Schlesien nach Luxemburg kam. Bode erklärte sich bereit, Vertrauensleute im Reich aufzusuchen und regelmäßig Berichte zu senden. Im Februar 1939 war Friedel Jahn, die an den Aktivitäten ihres Mannes beteiligt war, nach Westdeutschland gefahren und hatte Kontakt zu Willi Molitor aufgenommen. Molitor, einer der ersten Kader in Westdeutschland, war 1935 im Zusammenhang mit einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Nach seiner Haftentlassung versuchte die Gestapo ihn durch erpresserische Methoden als Spitzel zu gewinnen. Molitor ging vordergründig darauf ein und hielt über andere Wege Verbindung zu Jahn.



ITFs generalsekretær, Edo Fimmen (1881- 1942)

In einem Brief an Fimmen gab Jahn im März 1939 ein Resumee seiner einjährigen Arbeit in Luxemburg. Demnach hatte er direkte Verbindungen zu 13 Städten des Reiches, indirekte zu 25 anderen Städten und 15 Orten aus Bodes Arbeitsbereich; Verbindungen über die Schweiz durch Molt nach süddeutschen Städten und Kontakte zu Industriebetrieben in Düsseldorf, Cottbus, Leipzig und Berlin. Insgesamt waren in 59 Städten ihm bekannte Funktionäre mehr oder weniger aktiv.

Bis zum Ausbruch des Krieges kam es noch zu erneuten Verhaftungen. Im Mai 1938 wurde in Frankfurt Lorenz Nocker und im Juni 1938 ein Teil der Vertrauensleute Molts in Südeutschland verhaftet. Fridolin Endrass aus Friedrichshafen wurde zum Tode verurteilt, Friedrich Züfle war schon während der Untersuchungshaft ums Leben gekommen; die anderen Angeklagten erhielten hohe Zuchthausstrafen. Wegen Verdachtes auf Sabotage wurde im Mai 1939 auch Bode verhaftet, jedoch nach sechs Wochen wieder entlassen.

Nur über einzelne Mitglieder der illegalen Eisenbahner gibt es biographische Informationen. Die Kader der illegalen Organisation setzten sich in der Regel aus unteren und mittleren Funktionären des ehemaligen Einheitsverbandes zusammen. Meist waren sie gleichzeitig Funktionäre der SPD und des Reichsbanners. Die Älteren unter ihnen, wie Jahn, Heinrich Malina aus Krefeld und Max Pester aus Köln waren langgediente Funktionäre der Arbeiterbewegung. Erfahrungen in illegaler Arbeit hatten diese Männer während des Kaiserreiches gesammelt. Bis 1916 war die gewerkschaftliche Organisierung von Eisenbahnern in Deutschland verboten und das Streikrecht erhielten die Eisenbahner erst nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs im Jahre 1918. Unter den jüngeren Kadern wollten viele offensiv gegen die nationalsozialistische Machtergreifung kämpfen. Mit der Anpassungspolitik der Gewerkschaftsführung brach für sie politisch eine Welt zusammen. Rückblickend brachte Willi Komorowski dies auf die knappe Formel: "Die Arbeiterschaft wurde von ihrer Führung verraten." Viele der illegalen Kader verloren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ihren Arbeitsplatz oder waren für kurze Zeit in Konzentrationslagern eingesperrt. Daß sie trotz dieser Erfahrung den illegalen Kampf aufnahmen, ist ein Indiz für ihren Mut und ihre Überzeugung. Denn es war nur eine kleine Minderheit, die Widerstand leistete.

"Viele Eisenbahnergewerkschaftler und ein Teil der Funktionäre waren in der kurzen Zeit des nazistischen Terrors ein Opfer der Angst geworden", erinnerte sich Max Kellner aus Leipzig. "Nicht nur, daß die, welche als überzeugt und besonders stark galten in ihrer Auffassung und Stellung zur Arbeiterbewegung galten, nach kaum zwei Jahren Faschismus recht schwach geworden waren - manche von ihnen standen bereits im feindlichen Lager."

Widerstand der ITF-Seeleute 1935-1939

In der See- und Binnenschiffahrt waren die Bedingungen für die Organisierung des Widerstands besonders gut. Die Seeleute und Binnenschiffer konnten Deutschland legal und regelmäßig verlassen und waren im Ausland der Kontrolle der Gestapo weitgehend entzogen. Vor 1933 gab es in der See- und Binnenschiffahrt zwei gewerkschaftliche Organisationen: den freigewerkschaftlichen Gesamtverband und den kommunistischen "Einheitsverband der Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter", der weltweit der International Seamen and Harbour Workers" (ISH) angeschlossen war. In den ersten Jahren



Kurt Lehmann (1939) im französischen Internierungslager
Photo: ITF-Archiv, Univ. of Warwick, GB

der NS-Diktatur wurde der Widerstand in der See- und Binnenschiffahrt fast ausschließlich von Kommunisten getragen. In mehreren Hafenstädten Europas wurden sogenannte Aktivgruppen gebildet, die illegale Schriften an deutsche Seeleute verteilten, Kurierdienste für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und den Transport von gefährdeten Personen aus Deutschland organisierten.

Der Hafen in Antwerpen war für diese Aktivitäten besonders wichtig, weil dort täglich bis zu sieben deutsche Schiffe einliefen. Die zwischen sechs bis zehn Männer umfassende Aktivgruppe in Antwerpen hatte 1935 Vertrauensleute und Sympathisanten auf 71 See- und 45 Rheinschiffen und belieferte fast alle deutschen Hochsee- und Rheinhäfen mit illegaler Literatur.

Hermann Knüfken und Kurt Lehmann waren die führenden Köpfe dieser Gruppe. Knüfken hatte unter den revolutionären Seeleuten einen legendären Ruf. Im Ersten Weltkrieg gehörte er zu den Aktivisten der revolutionären Gruppen in der deutschen Kriegsmarine. Die Meuterei seiner Kameraden im Oktober 1918, die zum Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands führte, bewahrte ihn vor dem Todesurteil. Um zwei deutsche Delegierte zum Kongreß der Kommunistischen Internationale (Komintern) nach Moskau zu bringen, entführte er 1920 einen Fischdampfer nach Murmansk. Deshalb wurde er zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt. Durch mehrere Hungerstreiks erreichte er seine Freilassung in die Sowjetunion. Dort leitete er seit 1923 den Internationalen Klub (Interklub) der Seeleute in Leningrad. Weil er auch gegen die sowjetische Regierung die gewerkschaftlichen Rechte der Seeleute verteidigte, wurde er 1929 von der Geheimpolizei (GPU) verhaftet. Dagegen protestierten Seeleute aus aller Welt und es kam sogar zu einer Demonstration in Leningrad für seine Freilassung. Kurze Zeit später wurde er aus der Haft entlassen. 1932 ging er zurück nach Hamburg und war dort im Interclub aktiv. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten baute er in Rotterdam eine Aktivgruppe auf. Ende 1934 wurde er verhaftet und nach Antwerpen abgeschoben. Lehmann war vor 1933 einer der führenden kommunistischen Funktionäre in der Seefahrt. Wegen seiner drohenden Verhaftung emigrierte er im Mai 1933 nach Antwerpen.

Über Form und Inhalt der illegalen Arbeit hatte die Antwerpener Aktivgruppe scharfe Konflikte mit der Leitung der ISH und der KPD. Dabei ging es vor allem um den Aufbau einer illegalen Gewerkschaft in der See- und Binnenschiffahrt. Sie kritisierte in ihren Arbeitsberichten, daß es die Parteiführung durch die Beibehaltung formaler Organisationsstrukturen - Mitgliederausweise, Beitragsmarken etc. - der Gestapo ermöglicht habe, illegale Gruppen zu zerschlagen. Die formale Organisationsstruktur würde von den Seeleuten "gefühlsmäßig" und "mit Recht" abgelehnt. Ihr organisatorisches Konzept skizzierte die Antwerpener Gruppe folgendermaßen:

"Die Organisationsform der Freien Gewerkschaftsgruppen an Bord und der revolutionären antifaschistischen Vertrauensleute besteht nur und kann nur darin bestehen, daß wir Aktivistengruppen in den Häfen haben, die ununterbrochen mit den Besatzungen der Schiffe auf der Ausreise sowohl als auf der Heimreise in Kontakt bleiben, die Besatzungen kennenlernen und von ihnen gekannt werden. Von den Aktivistengruppen in den Häfen erhalten

die Genossen an Bord Arbeitsanweisungen und Literatur. Gleichzeitig sorgen die Bordvertrauensleute dafür, daß freiwillige Sammlungen durchgeführt werden und das Geld abgeführt wird an die Aktivistengruppe. Dadurch finanziert sich die Bewegung selbst. Gleichzeitig wird ein Zustand erreicht, wo die revolutionären Elemente sich gegenseitig kennenlernen, und sich darüber hinaus als Mitglieder der Freien Gewerkschaften der Seeleute legitimieren."

In Januar 1936 beschloß die Antwerpener Aktivgruppe nach einem Gespräch mit Fimmen, ihre Arbeit im Rahmen der ITF fortzusetzen. Sie verpflichteten sich, alle Bindungen an Parteien zu lösen und ihre Publikation mit Fimmen abzustimmen. Von der ITF erhielten die Mitglieder der Aktivgruppe daraufhin einen kleinen Geldbetrag, der belgische Transportarbeiterverband stellte ihnen ein Büro zur Verfügung und setzte sich bei den Behörden für Aufenthaltsgenehmigungen ein.

Das illegale Netz wurde in den folgenden Jahren systematisch ausgedehnt. Im Jahre 1939, als in Deutschland die meisten illegalen Gruppen schon von der Gestapo zerschlagen worden waren, hatte die ITF-Gruppe in Antwerpen circa 300 Vertrauensleute auf deutschen Seeschiffen, Vertrauensleute unter Binnenschiffern und Verbindung zu zwei Gruppen von Hafenarbeitern in Hamburg. Der praktische Erfolg ihrer Arbeit hatte mehrere Gründe.

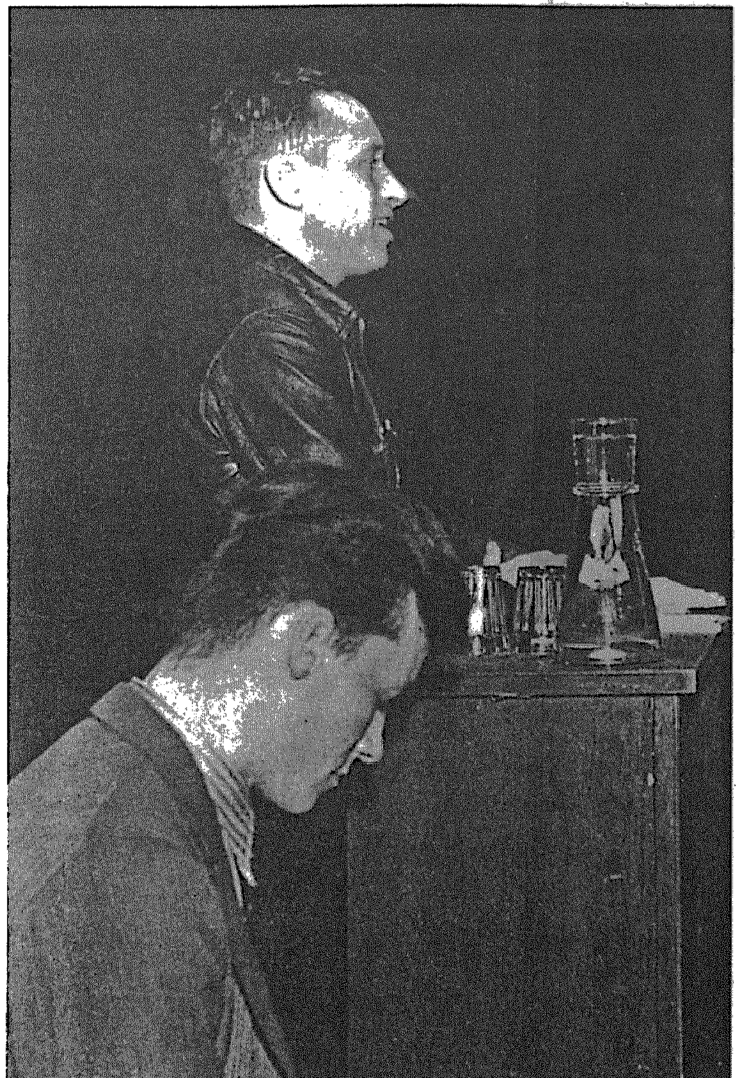
Sie waren aus eigener Erfahrung mit den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute aufs engste vertraut. Gegenüber allen anderen Emigrationsgruppen hatten sie nach Aussage Knüfkens den Vorteil mit einer "Betriebsbelegschaft" verbunden zu sein, "die weniger als alle anderen Berufszweige zu verlieren" hatte: "Heimatlose Gesellen, ohne Plüschmöbel und Dreizimmerwohnung. Rebellen, die immer schlecht organisiert waren aber den einen großen Vorteil hatten, sich so leicht nicht unterdrücken zu lassen."

Das Solidaritätsgefühl unter den Seeleuten war offensichtlich so stark ausgeprägt, daß selbst Nazis die Verteilung von illegaler Literatur und antifaschistischer Propaganda nicht denunzierten, so daß es der Gestapo trotz massiver Anstrengungen nicht gelang, in das illegale Netz der ITF einzudringen. Zudem war es der Gruppe gelungen, den größten Teil der kommunistischen Kader unter den Seeleuten für die ITF zu gewinnen. Ein Spitzel der Gestapo bemerkte dazu, daß der KPD "kein einziger nennenswerter Seemannsfunktionär aus Deutschland" mehr zur Verfügung stehe.

Schließlich hatten die führende Köpfe der Gruppe eine lange politische Erfahrung. Das von der ITF-Gruppe entwickelte Organisationsmodell der Revolutionären Vertrauensleute (Obleute) hatte seinen historischen Vorläufer in den revolutionären Gruppen der Kriegsmarine. Der Aufstand der Matrosen in der deutschen Kriegsmarine 1918 wurde von der ITF-Gruppe immer wieder als nachahmenswertes Beispiel propagiert.

Neben Antwerpen wurden bis zum Kriege noch mehrere Aktivgruppen der ITF gebildet. Im April 1936 schloß sich Willi Nielebock in Rotterdam der ITF an. Nielebock, ein ehemaliger kommunistischer Gewerkschaftsfunktionär, war in einer Schifferfamilie groß geworden war und mit den Verhältnissen in der Rheinschiffahrt auf engste vertraut. Nielebock besuchte zwischen fünf und neun Rheinschiffen am Tag in Rotterdam. Mit Hans Weitkowitz kam 1937 ein weiterer Mitarbeiter hinzu. Die Arbeit wurde im Mai 1938 eingestellt, nachdem Nielebock wegen politischer Betätigung verhaftet und nach Luxemburg abgeschoben worden war.

In Kopenhagen war Georg Jallas, ein ehemaliger Funktionär des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, seit Sommer 1936 zusammen mit zwei Kommunisten für die ITF aktiv. Allerdings bestand diese Gruppe nur ein halbes Jahr. Im Jahre 1937 sollte der



Der Schriftsteller Jef Last auf einer Solidaritätsrundreise für Spanien in Oslo 1937, im Vordergrund Willy Brandt.

Hamburger Sozialdemokrat Paul Künder die Arbeit neu organisieren. Dazu kam es aber nicht, weil er eine Arbeitsstelle in Island erhielt. Da die dänischen Häfen für die ITF nicht von großem Interesse waren, wurden dort keine weiteren Aktivitäten mehr unternommen.

Im März 1937 kam eine Gruppe in Stockholm hinzu, die von August Enderle, einem Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD), geleitet wurde. Enderle war seit langen Jahren mit Fimmen bekannt. Seine zwei Mitarbeiter waren Kommunisten. In Göteborg wurde Ende 1937 eine weitere Gruppe ins Leben gerufen, der insgesamt vier Mitglieder, unter ihnen ein schwedischer Hafenarbeiter, angehörten. Darüber arbeiteten in Kramfors, Öxelesund, Sundsvall und Lulea deutsche Emigranten - meist Kommunisten - für die ITF. Die schwedischen ITF-Gruppen hatten Verbindungen zu circa 130 deutschen Schiffen.

Anfang 1938 wurde in Oslo eine ITF-Gruppe von Fimmen anerkannt, die von dem SAPD-Mitglied Willy Brandt, dem späteren Kanzler der Bundesrepublik Deutschland geleitet wurde. Neben Oslo hatte die ITF noch Mitarbeiter in Bergen und Kristiansand. Im März 1939 reiste der niederländische Arbeiterschriftsteller Jef Last im Auftrag der ITF nach Narvik. Last sollte in dem wichtigen Erzhafen Verbindungen zu deutschen Seeleuten herstellen. Zur Tarnung seiner Arbeit schrieb er Reportagen für die niederländische Zeitung "Het Volk", die später zusammengefaßt unter dem Titel "Kinder der Mitternachtssonne" erschienen. Dieser Plan stellte sich nach kurzer Zeit aber als undurchführbar heraus, weil es "für einen Holländer, der keine persönlichen Bekannten unter deutschen Seeleuten" habe, wie Last schrieb, unmöglich sei, sich das dafür notwendige Vertrauen zu schaffen.

In Frankreich arbeiteten in Bordeaux, Marseille und Le Havre deutsche Kommunisten für die ITF und in vier weiteren Häfen wurde von französischen Genossen Material an deutsche Seeleute verteilt. Ende 1938 stellte Fimmen die finanzielle Unterstützung ein, weil er mit der Arbeit in Frankreich nicht zufrieden war und dem Leiter dieser Gruppen, dem KPD-Funktionär Adolf Deter nicht vertraute. Vom französischen Transportarbeiterverband war im Februar 1938 in Straßburg ein Funktionär eingestellt worden, um die deutschen Rheinschiffer zu organisieren, die bei französischen Reedereien arbeiteten. Zwar war es gelungen 230 deutsche Binnenschiffer in den französischen Verband aufzunehmen, aber nur ganz wenige bezahlten ihre Mitgliedsbeiträge. Deshalb stellte der französische Transportarbeiterverband seine Unterstützung nach einem Jahr ein.

An der Westküste der USA organisierte Erich Krewet die antifaschistische Arbeit der ITF. Krewet war vor 1933 einer der führenden kommunistischen Funktionäre in der Seefahrt. Nach einer Zuchthausstrafe ging er 1935 nach Antwerpen und schloß sich der Aktivgruppe an. Wegen antifaschistischer Aktivitäten mußte er in Brasilien von einem deutschen Schiff desertierten. Er heuerte auf einem norwegischen Schiff an und stieg dann wieder in den USA aus, weil das Schiff einen deutschen Hafen anlaufen sollte. In den USA war er im Deutsch-Amerikanischen Kulturverband (DAKV) aktiv, einer im Dezember 1935 in New York gegründeten antifaschistischen Dachorganisation von Deutsch-Amerikanern, die den Nationalsozialismus in den USA bekämpften. Krewet war im 'Mittleren Westen' und dann in Kalifornien einer der wichtigsten Aktivisten des DAKV.

In San Francisco nahm er Kontakte zu den amerikanischen Wassertransportgewerkschaften auf, die in den dreißiger Jahren durch zwei große Streiks ihre Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar verbessert hatten. Krewet publizierte in deren Zeitungen und auf seine Initiative war es zurückzuführen, daß die "Maritime Union of the Pacific" 1937 zu einem halbstündigen Generalstreik gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften in Deutschland und für die Solidarität mit den spanischen Arbeitern aufrief, an dem über 30.000 Seeleute und Hafenarbeiter teilnahmen. Fimmen war von Krewets Aktivitäten so begeistert, daß er ihn zum offiziellen Repräsentanten der ITF zu den amerikanischen Wassertransportgewerkschaften ernannte.

Im Unterschied zur Antwerpener Gruppe waren die Mitglieder der anderen ITF-Gruppen oft keine Seeleute und auch nicht Mitglieder der ITF. Sie mußten die Richtlinien der ITF schriftlich anerkennen. Dann wurden sie von den der ITF angeschlossenen Landesorganisationen unterstützt, was für die politisch oft isolierten Exilgruppen von großer Bedeutung war.

Zu einem Einheitsfrontabkommen zwischen ITF und den Kommunisten ist es indes nie gekommen. "Wir sind der Auffassung, daß unsere Aktivgruppe die Einheitsfront ist und deshalb jeder der die Einheitsfront will, sich uns einfach anschließen soll." Diese Position der Antwerpener ITF-Gruppe wurde auch von Fimmen vertreten, der zum kommunistisch dominierten Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter in Paris ebenso Distanz hielt wie zur freigewerkschaftlichen Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) um Heinrich Schliestedt.

Die Antwerpener ITF-Gruppe war mit Abstand die bedeutendste im ITF-Widerstand und hatte die intensivsten Beziehungen zu Fimmen. "Es mag wahr sein", schrieb Fimmen 1939 an Knüfken, "daß ich, indem ich Euch vor 3 Jahren unter meine Fittiche genommen habe etwas zur Förderung der Bewegung der Seeleute gegen den Faschismus und zur Befreiung der deutschen Arbeiterschaft beigetragen habe, andererseits aber hat mir die Zusammenarbeit mit Euch, den Antwerpener Jungens, in mancherlei Hinsicht Mut und Kraft zum Durchhalten eingeflößt, wofür ich euch stets dankbar bin. Dadurch bin ich den wirklich revolutionären deutschen Proleten viel näher gekommen und mit ihnen fühle ich mich mehr geistesverwandt wie mit jemand anders."

In Absprache mit Edo Fimmen verfaßte Knüfken die Leitartikel der Zeitung "Die Schiffahrt". Die programmatischen Artikel hatten eine deutlich ausgeprägte syndikalistische Tendenz. Nicht die Parteien sondern die Gewerkschaften, waren ihrer Meinung nach die einzigen legitimen Vertreter der Arbeiterschaft. Die scharfen und polemischen Angriffe gegen die politischen Parteien erregten den Widerspruch der Stockholmer ITF-Gruppe. Aber deren Kritik fiel dennoch gedämpft aus, weil sie die Unterstützung Fimmens nicht verlieren wollte, der die politische Richtung der "Schiffahrt" nicht nur unterstützte, sondern selbst vertrat, und dies bei früherer Gelegenheit gegenüber Enderle unmißverständlich klar gemacht hatte.

Die ITF und der Spanische Bürgerkrieg

Die bewaffnete Erhebung der spanischen Arbeiterklasse gegen den Militärputsch unter General Franco im Juli 1936 war der Beginn des Spanischen Bürgerkriegs. Der Krieg, der sich schnell in einen internationalen Konflikt ausweitete, hatte eine symbolhafte Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung. In Spanien bot sich erstmals die Möglichkeit dem Vormarsch des Faschismus militärisch entgegenzutreten und den Kampf mit einer sozialrevolutionären Perspektive zu verbinden. Das Sekretariat der ITF hatte unmittelbar nach dem Ausbruch der Kämpfe in Spanien alle Organisationen aufgefordert, jeglichen Transport von Kriegsmaterial nach Franco-Spanien scharf zu kontrollieren. In einer konzertierten Aktion belgischer, holländischer, luxemburgischer und französischer Gewerkschafter gelang es im September einen Waffentransport, der von Deutschland über Antwerpen nach Spanien gehen sollte, zu verhindern. Alle Schiffe, die Waren und Waffen in das republikanische Spanien brachten, wurden von den ITF-Organisationen kontrolliert. Dies war laut Fimmens Darstellung "äußerst wichtig", weil sich zu Beginn des Krieges "Faschisten in die Mannschaft eingeschlichen hatten, die Spitzelarbeit verrichteten, die Transporte sabotierten und versuchten dieselben in die Hände der Rebellen zu spielen, was leider einige Male auch gelungen" sei.

Die ITF begann sofort nach Ausbruch mit der Sammlung von Solidaritätsgeldern für das republikanische Spanien. Bis Februar 1937 gingen über 27 000 Gulden in diesen Fonds ein. Für das ITF-Sekretariat fuhr Nathans im August 1936 nach Spanien, um sich vor Ort bei den spanischen Organisationen zu informieren und die ersten Unterstützungsgelder zu überbringen.

Im Mai 1937 reiste Fimmen nach Spanien. Er wollte die Beziehungen zu den spanischen Verbänden der ITF intensivieren und Gespräche mit der republikanischen Regierung führen. Alle Bemühungen der ITF zur Zusammenarbeit mit den diplomatischen Vertretungen der republikanischen Regierung waren bislang gescheitert, weil diese nach den Worten Fimmens "oft eine unbegreifliche Verständnislosigkeit" für die Arbeit der ITF gezeigt hätten. Mit den spanischen Verbänden vereinbarte Fimmen die Errichtung eines ständigen Kontaktausschusses und den regelmäßigen Austausch von Materialien. Es wurde beschlossen, Gelder für die Unterstützung der Familien von an der Front gefallenen Mitgliedern der ITF-Verbände zu sammeln und die bereits gespendeten Gelder für den Kauf



von zwei Sanitätswagen zu verwenden. Fimmen und die Vertreter der spanischen Verbände trafen mit Ministerpräsident Negrin und Verteidigungsminister Prieto zusammen, die beide zusagten, den Wünschen der ITF entgegen zu kommen. Negrin sandte Weisungen an die spanische Vertretungen im Ausland, die Arbeit der ITF zu unterstützen und die Post zwischen dem Kontaktausschuß und der ITF konnte fortan über diplomatische Kuriere befördert werden.

Ende 1936 wollte die ITF, unterstützt von den skandinavischen Organisationen, eine vollständige Blockade im Handel mit Franco-Spanien durchsetzen. Aber dieser Initiative stieß auf den Widerstand der britischen Gewerkschaften. "It was just as if they were representing their own government", schrieb Fimmen über die Haltung der britischen Delegierten bei einer Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Paris im Dezember 1936. Die britischen Gewerkschaften unterstützten die Nicht-Interventionspolitik ihrer Regierung in Spanien und waren nicht bereit Solidaritätsaktionen, die über humanitäre Hilfsleistungen hinausgingen, durchzuführen.

Dies führte bald zu scharfen Konflikten innerhalb der ITF. In Zusammenarbeit mit Funktionären des norwegischen Seeleuteverbandes war es dem ITF-Vertreter in Cardiff, Jim Henson gelungen, die Abfahrt von mehreren Schiffen mit norwegischer Besatzung nach Spanien zu verhindern. Mit noch größerem Erfolg wurden solche Aktionen in Newcastle durchgeführt. Fimmen schrieb darüber an Henson:

"At the time being faced with the fact that the British unions not only do not join in the action, but indirectly try to hinder it by allowing their own people to load for the rebels and man them so long as the seamen get their 50% bonus, and even - as I gather from reports in the Dutch press - are even prepared to let their men take the place of the Scandinavian seamen who stood up for their principles and obeyed the orders of their union. Heaven only knows what will be the final outcome of this situation."

Der Konflikt eskalierte, als kurze Zeit später die skandinavischen Organisationen eine Konferenz der Seeleute- und Hafenarbeiter Sektion der ITF einberiefen, um weitere Aktionen zu koordinieren. Die britischen Verbände wollten zunächst an diesem Treffen nicht teilnehmen und Ernest Bevin stellte sogar Überlegungen an, die Transport and General Workers' Union (T&GWU) aus der ITF herauszuziehen. Schließlich nahm William Spence von der National Union of Seamen (NUS) an der Konferenz teil, aber die dort angenommene Resolution beinhaltete keine Verpflichtungen für die britischen Gewerkschaften. Den Verbänden, die an dem Boykott gegen Franco-Spanien teilnahmen, wurde lediglich eine Anerkennung ausgesprochen und sie wurden aufgefordert, die Aktionen fortzusetzen. Buchanan analysiert prägnant die Grenzen der ITF-Politik.

"The very weakness of the ensuing resolution demonstrated the inability of the ITF to impose decisions upon unwilling affiliates, especially those as powerful as the British unions. The attitude of the British leaders had effectively killed off any prospects for industrial solidarity."

Im Februar 1937 streikte die Besatzung des britischen Dampfers 'Linaria' in den USA, weil sie es ablehnte Nitrate nach Spanien zu bringen. Zwar waren die Nitrate als Düngemittel ausgewiesen, aber konnten nach Meinung der Besatzung auch als Sprengstoff verwandt werden. Deshalb lehnten sie mit dem Verweis auf die Nicht-Interventionspolitik der britischen Regierung

den Transport nach Spanien ab. Von der NUS wurde die Besatzung aufgefordert, ihren Streik abzubrechen, was nicht geschah. In Großbritannien wurden die Besatzungsmitglieder von einem Gericht freigesprochen, erhielten aber keine Unterstützung von der NUS, die sich nach wie vor gegen die Aktion aussprach.

"Heute Deutschland, morgen Spanien!" Mit dieser Parole stellte die Antwerpener ITF-Gruppe den Bürgerkrieg in einen Zusammenhang mit ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus. Die spanische Arbeiterklasse unter Leitung ihrer maßgeblichen Gewerkschaftsorganisationen, der anarchosyndikalistischen CNT (Confederacion Nacional del Trabajo) und der sozialistischen Union General del Trabajadores (UGT) hätten den deutschen Arbeitern beispielhaft demonstriert, wie der Kampf gegen den Faschismus geführt werden müsse, daß es auch andere Möglichkeiten geben würde, als "sang- und klanglos mit großen (aber nicht starken) Organisationen vor dem Faschismus zu kapitulieren."

Sechs Mitglieder der Antwerpener ITF-Gruppe brachen schon im August 1936 nach Spanien auf. "Wir wollten aktiv und mit der Waffe offen gegen den Faschismus kämpfen", schrieb rückblickend Kurt Lehmann. "Hier in Barcelona", schrieben sie in ihrem ersten Brief, "üben die CNT und die FAI die Hauptkontrolle aus, weil sie die stärksten Organisationen sind. Mit 100% Sicherheit glauben alle an den Sieg der Arbeiter." Die ITF-Gruppe schlossen sich einer Miliz der UGT an, der 100 deutsche Freiwillige angehörten. Mit dem deutschen Kommunisten Hans Beimler, der das Ausländer-Komitee der UGT leitete, hatte die ITF-Gruppe eine scharfe Auseinandersetzung, weil er Kurt Lehmann als gewählten Vertrauensmann der deutschen Gruppe absetzte. Daraufhin schlossen sich 20 der 100 deutschen Freiwilligen der anarchistischen "Columna Durruti" an, in der eine internationale Kompanie gebildet worden war, die sogenannte "Grupo Internacional".

Innerhalb der "Grupo Internacional" bildeten die Seeleute eine ITF-Gruppe, der sich noch sieben deutsche Seeleute anschlossen. Die "Grupo Internacional" war an der Aragonfront eingesetzt, wo es nur zu vereinzelten Kampfhandlungen kam. Im April 1937 hatte die "Grupo Internacional" bei Kämpfen um Tardienta schwere Verluste. Fast die Hälfte der Kompanie wurde verletzt bzw. getötet; dem ITF-Mitglied Jack Vesper mußte ein Bein amputiert werden. Mit Unterstützung des schwedischen Seeleuteverbandes gelangte Vesper dann nach Göteborg.

Seit Beginn des Krieges erhielt Franco von Deutschland und Italien massive militärische Unterstützung. Zwar waren beide Staaten dem sogenannten "Londoner Nichteinmischungsausschuß" beigetreten, der auf Initiative der britischen Regierung geschaffen wurde, und hatten sich verpflichtet keine Waffen nach Spanien zu liefern. Aber angesichts der offenkundigen Waffen- und Truppentransporte nach Spanien wurde die Politik der »Nichteinmischung« schnell zu einer tragischen Farce.



Hans (Jack) Vesper
Photo: Stadtarchiv Wuppertal

Die Antwerpener ITF-Gruppe war über die unter strengster Geheimhaltung durchgeführten Waffen- und Truppentransporte durch ihre Vertrauensleute informiert. Durch ihre Zeitung und durch Flugblätter wurden die deutschen Seeleute, Binnenschiffer und Hafenarbeiter aufgefordert, den Inhalt aller Schiffsladungen genau zu beobachten und über die Lieferung von Kriegsmaterial und Truppentransporten die ITF-Gruppen im Ausland zu informieren. Wie gut das Informationsnetz der ITF-Gruppen war, zeigt ein Vergleich der Quellen mit einer zeitgenössischen wissenschaftlichen Studie über den Einsatz der deutschen Handelsflotte im Bürgerkrieg; fast alle Schiffe, die Waffen- und Truppentransporte durchführten, waren der ITF bekannt. Die ITF gab diese Informationen an die Presse und an die Regierungen der demokratischen Länder weiter und hatte damit einen nicht unerheblichen Anteil an der Aufklärung der Weltöffentlichkeit über die Waffenhilfe Deutschlands und Italiens.

In Hamburg wurden Flugblätter verbreitet mit Aufschriften wie "Keine Waffen für Franco", "Nieder mit Hitler und Franco!". Laut kommunistischen Darstellungen soll es beim Verladen von Kriegsmaterial im Hamburger und Stettiner Hafen zu Sabotagakten durch Hafenarbeiter gekommen sein. Nachweisbar ist ein Plan der ITF, durch eine Meuterei auf offener See, ein deutsches Schiff mit Kriegsmaterial auf die republikanische Seite zu bringen. "Tatsächlich haben wir diesen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen versucht. Leider ist er fehlgeschlagen."

Eine wichtige Aufgabe übernahmen die Vertrauensleute der ITF, die von Antwerpen aus auf deutschen Schiffen nach Franco-Spanien fuhren. Im Durchschnitt waren es sieben bis zehn Schiffe im Monat. Auf fast allen Schiffen - circa 80% - hatte die ITF-Gruppe Vertrauensleute. Einiger dieser Vertrauensleute waren in militärtechnischen und -strategischen Fragen geschult und hatten in den Hafenstädten Informanten gewonnen, sowohl unter Spaniern als auch unter deutschen Soldaten und Angehörigen der Kriegsmarine. Ihre Berichte enthielten Informationen über die militärische Sicherung der spanischen Hafenstädte und die dort liegenden Kriegs- und Handelsschiffe; über die spanischen Schiffe, die unter deutscher Flagge Waffen- und Truppentransporte durchführten; über die Standorte eines Flughafens und eines Munitionslagers in der Nähe von Sevilla, über die Stärke und Stimmung der deutschen Truppen und über die Stimmung der spanischen Bevölkerung.

Von dem Signalmann des deutschen Kreuzers "Köln" hatte ein ITF-Vertrauensmann erfahren, daß zwei Funker eines spanischen Zerstörers in Pasages verhaftet und erschossen worden waren, weil sie in Funkkontakt zu den Republikanern gestanden hatten. Die ITF

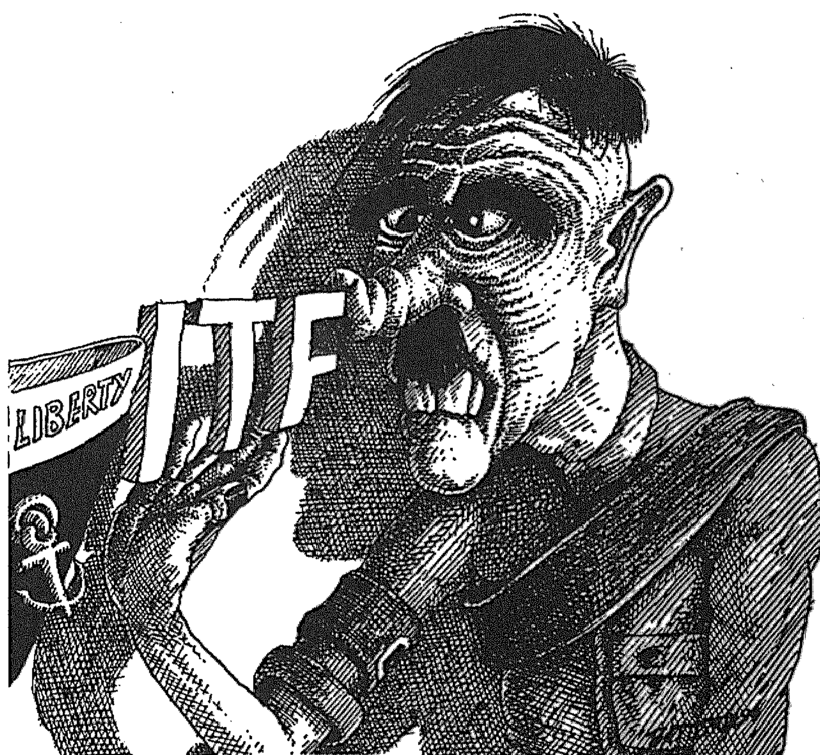
konnte der republikanischen Regierung mitteilen, daß der Funkkontakt mit falschen Nachrichten aufrecht erhalten wurde. Aufgrund von Informationen der ITF konnten 1938 hinter den feindlichen Linien bei Montril 350 asturische Bergleute durch einen Handstreich aus der Gefangenschaft befreit werden.

Trotz der beachtlichen Solidarität für die Spanische Republik, war die internationale Arbeiterbewegung nicht in der Lage gewesen, entscheidend in den Konflikt einzugreifen. Weder konnte ein Boykott gegen Franco-Spanien durchgesetzt werden, noch konnten die demokratischen Regierungen gezwungen werden, Waffen an die republikanische Regierung zu liefern. Schon fast resignierend wurde in der "Schiffahrt" festgestellt:

"Die faschistische Internationale und ihre Verbündeten in den demokratischen Ländern, zeigte sich, was Solidarität anbelangte, stärker als alles, was von unserer Seite unternommen oder versucht wurde zu unternehmen. Hätten alle Teile des internationalen Proletariats vom ersten Tag an im Höchstmaß die möglichen Hilfen geleistet, aktive Hilfe, dann hätten unsere spanische Brüder schon in den ersten Monaten dem faschistischen Spuk eine Ende gemacht."

Zu der Enttäuschung über die nicht ausreichende internationale Solidarität kam die Verbitterung der ITF-Aktivisten über die Politik der Komintern in Spanien. Dank der sowjetischen Waffenhilfe, die zunächst das Überleben der Republik sicherte, konnten die spanischen Kommunisten wichtige Schlüsselposition in Polizei und Staatsapparat besetzen. Diese Machtstellung wurde gegen die revolutionäre Linke eingesetzt. Die Politik der Komintern richtete sich vor allem gegen die als "trotzkistisch" bezeichnete POUM, deren Anhänger verhaftet und deren Vorsitzender Andres Nin ermordet wurde. Fast alle ausländischen Sympathisanten der POUM und auch der Anarchisten wurden im Juni 1937 verhaftet; unter ihnen auch die ITF-Seeleute Hans Krause und Ernst Fallen. Fimmen intervenierte für deren und für die Freilassung weiterer Gefangener persönlich bei Verteidigungsminister Prieto.

Die sich abzeichnende Niederlage der Spanischen Republik zerstörte alle Hoffnungen auf eine revolutionäre



Überwindung des Faschismus. Das nationalsozialistische Deutschland, der "Feind Nr. 1" der ITF, war politisch und militärisch gestärkt aus dem Konflikt hervorgegangen. Für die ITF war nun ein Krieg in Europa unvermeidlich und aus dieser Einsicht wurden frühzeitig politische Konsequenzen gezogen. Die internationale Arbeiterbewegung, heißt es im Rechenschaftsbericht der ITF 1938, müsse angesichts der "wahnsinnigen Aufrüstung der Diktaturstaaten" ihren bisherigen Standpunkt zu "Krieg und Bewaffnung" ändern. Das einzige Mittel um eine "Überrumpelung" der demokratischen Staaten zu verhindern, sei deren militärische Aufrüstung. Die ITF schließe "keineswegs die Augen vor den Gefahren, die mit diesen veränderten Umständen und den dadurch bedingten Frontveränderungen verbunden sind", aber leider sei "kein anderer Ausweg denkbar."

Ohne Erfolg versuchte die ITF den IGB und die anderen IBS zu einer außerordentlichen Konferenz zu bewegen, um dort gemeinsame Maßnahmen für den Kriegsfall zu beraten. Um die weitere Existenz der ITF im Kriegsfall zu sichern, wurde nach dem Luxemburger Kongreß 1938 Schritte unternommen, das Sekretariat nach England zu verlegen.

"Das Einstellen der Besatzungen auf vorzunehmende Aktionen im Kriegsfall" wurde von der Antwerpener ITF-Gruppe seit 1938 als "wichtigste Aufgabe" propagiert. Erst im Krieg wären wirkungsvolle Aktionen möglich und alle Kräfte müßten für diesen "Ernstfall aufgespart werden." Alle deutschen Schiffe sollten im Kriegsfall in ausländischen Häfen verbleiben oder den nächsten ausländischen Hafen anlaufen. In Fällen, wo dies nicht möglich war, sollte das Schiff durch Sabotageakte fahruntüchtig gemacht werden. Für diesen Zweck hatte die Gruppe an eine Reihe von Vertrauensleuten Quecksilber ausgegeben, das in die Maschine gegossen werden sollte. Auf dem deutschen Dampfer Westerland war dieses Verfahren 1937 von einem Vertrauensmann erprobt worden.

Darüber hinaus suchten Fimmen und Knüfken die Zusammenarbeit mit dem britischen und französischen Geheimdienst. Die "kapitalistischen Demokratien", deren Politik in Spanien die ITF einer scharfen Kritik unterzogen hatte, wurden nun zu "Bündnispartnern" der ITF.

In SF-3/95 (Nr.54) wird dieser Artikel fortgesetzt. Dabei wird vor allem die Widerstands- und Sabotagearbeit während des Krieges und die Zusammenarbeit der ITF mit den westlichen Geheimdiensten untersucht.

Anmerkungen Teil I

Soweit nicht anders angegeben basieren die folgenden Ausführungen vor allem auf folgenden Quellen: Modern Records Centre, University of Warwick Library (MRC), ITF-Papers; Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AdsD), Bestand ITF, Nachlaß Auerbach, IJB/ISK Archiv; Bundesarchiv Koblenz (BA-K), Abteilungen Potsdam (BA-P) und Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA-ZW); sowie auf folgenden Darstellungen: Wili Buschak: "Arbeit im kleinsten Zirkel": Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 66-100, 229-238; Helmut Esters/Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand. Mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen, Bonn 1983; Hermann Knüfken: Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation gegen den Nationalsozialismus und Vorschläge zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland - zwei Dokumente 1944/45, eingeleitet von Dieter Nelles, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7.Jg. (1992), H. 3, S.64-87; Dieter Nelles: Jan Valtins "Tagebuch der Hölle" - Legende und Wirklichkeit eines Schlüsselromans der Totalitarismustheorie, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 9.Jg. (1994), H.1, S.11-45; ders.: "Landsforraederi" som motstand! ITFs samarbeid med engelsk etterretningstjeneste 1939-1945, in: Arbok for Arbeiderbevelgens Arkiv og Bibliotek, Oslo 1994, S. 219-236; ders: Ungleiche Partner. Die Zusammenarbeit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) mit den westallierten Geheimdiensten 1938-1945, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 30. Jg. (1994), H.4, S. 534-560; ders.: "Daß wir den Kopf hochhalten, auch wenn er mal abgehauen werden sollte." Wuppertaler Seeleute im Widerstand, in: "...Se krieje us nit kaputt." Gesichter des Wuppertaler Widerstands, hg. von der Froschungsgruppe Wuppertaler Widerstand, Essen 1994, S. 159-180; ITF German seafarers' resistance to Nazism, in: ITF Seafarers' Bulletin No9 1994, S.27-29; Hartmut Simon: Organised labour against national socialism. A case study of the International Transportwork Workers' Federation., M.A. diss., University of Warwick 1983.

Vgl. Wolfgang Benz / Walter Pehle (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 1994; Peter Steinbach/Johannes Tuche (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, München 1994; Ger van Roon: Widerstand im Dritten Reich, München 1994.

Zitiert nach Esters/Pelger, S. 28.

Scheffel an Fimmen, 14. 7. 1933, in: AdsD, Bestand ITF, Mappe 13.

Zur Zuammenarbeit zwischen ISK und ITF, vgl. Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964; Karl-Heinz Klär, Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugend-Bund (IJB) und Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) im Licht neuer Quellen, in: IWK, 18. Jg. (1982), H. 3, S. 310 - 359; Sabine Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988.

Zu den Berliner ITF-Gruppen vgl. Protokoll Elchner, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG), Collection Neu Beginnen, Mappe 9; (BA-ZW), Z/C 7986.

Vgl. Interview mit Kummernuss in: Ursel Hochmuth / Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt am Main 1980, S. 97-108.

Flugblatt in Esters/Pelger, S. 152ff.

Die Schiffahrt, Nr. 10, 1936.

Esters / Pelger, S. 64,

Vgl. Bernd Eichmann: Auch wenn andere die Weichen stellten...Exemparische Lebensgeschichten von Eisenbahngewerkschaftern, Köln 1983; Aurel Billstein: Der eine fällt, die anderen rücken nach...Dokumente des Widerstands und der Verfolgung in Krefeld 1933-1945, Frankfurt am Main 1973, 125 -164; Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945, hg. vom DGB-Bildungswerk Hessen, Gießen 1983, S. 83-88;

Zitiert nach Eichmann, S. 78.

Zitiert nach Esters/Pelger, S. 141.

Arbeitsbericht der Aktivgruppe Antwerpen, Juni 1935, in: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), ZPA, I 2/3/330.

Karl (Knüfken) an Fimmen, 2.1.1939, in: MRC, 159/6/12.

Brief Last an Karl, 13.4.1939, in: AdsD, Bestand ITF, Mappe 19.

ITF-Gruppe Antwerpen an Liebe Genossen, 17. 4. 1937, in: MRC 159/3/C/a/94.

Brief Fimmen an Knüfken, 6.1.1939, ebenda 159/6/15.

Fimmen an ITF-Gruppe Aragonfornt, 17. 3. 1937, ebenda 159/3/C/b/25.

Ebenda.

Zitiert nach Tom Buchanan: The Spanish Civil war and the British Labour Movement, Cambridge 1991, S. 81.

Zitiert nach ebenda, S. 82.

Ebenda, S. 83.

Die Schiffahrt, Nr. 9, 1937.

Kurt Lehmann: Vom Widerstand deutscher Seeleute, in: Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Nachlaß Schwarz.

ITF-Gruppe an Fimmen, 11.9.1936, in: AdsD, IJB/ISK Archiv, Mappe 30.

Vgl. Dieter Jung: Der Einsatz der deutschen Handelsschiffahrt während des Spanienkrieges 1936-1939, in: Marine Rundschau, 76 (1979), Nr. 5, S. 322-329.

Vgl. Fritz Eberhard: Arbeit gegen das Dritte Reich. Beiträge zum Widerstand, Heft 10, hg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, 3.Auflage, 1981, S.17.

Die Schiffahrt, Nr. 8, 1937.

Geschäfts und Kassenbericht der ITF für die Jahre 1935, 36, 37, S. 51.

Die Schiffahrt, Nr. 4, 1938.

Karl an Fimmen, 25.7.1939, in: AdsD, Bestand ITF, Mappe 22.

Bücher, die der Redaktion zugesandt wurden. Eine ausführlichere Rezension behalten wir uns vor.

Wolfgang Sandfuchs: Dichter - Moralist - Anarchist. Die deutsche Tolstojkritik 1880-1900. 361S., 49,80DM. *Verlag für Wissenschaft und Forschung, Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart*

Anares-Bibliographie 1995/96. Diese Bibliographie zu lieferbaren anarchi(sti)schen Titeln wurde von der Anares-Föderation mal wieder überarbeitet und erweitert. Alle Titel erscheinen alphabetisch nach ihren AutorInnen, anschließend noch mal in Kurzform nach Sachgebieten, Ländern etc., ein Adressenteil und ein Anzeigenteil ergänzen dieses Hilfsmittel, das einen hervorragenden Überblick verschafft und wieder **nur 6.-DM** kostet. Bezug: *alle Anares-Gruppen: Anares-Medien (Köln), Edition Anares (Bern), Anares Nord (Sehnde), Dachkammer (Mannheim), Monte Verita (Wien) und Trotzdem (Grafenau)*

Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 1: Abbau des Staates bis Avantgarde; 180S., 129.-

Martin Blinkhorn: Mussolini und das faschistische Italien. Reihe Grundwissen Geschichte, 74 S., 9,80 DM. *Decaton-Verlag, Mainz*

ID-Archiv (Hg.): »Wir haben mehr fragen als antworten...« RAF - Diskussionen 1992-1994, 400S., 36.-DM. Das Buch enthält die RAF-Erklärungen und Reaktionen darauf aus dem Jahr 1992, die RAF-Erklärung zum Knast Weiterstadt sowie die Briefe von und an Birgit Hogefeld nach Bad Kleinen *ID-Archiv-Verlag, Berlin*

Hans Uske: Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit. 260S., 29,80DM. *DISS-Verlag, Duisburg*

3.Welt AG, Hannover und AG 500 Jahre Kolonialismus, Wiesbaden (Hg.): In die Herzen ein Feuer. Widerstand in den USA. Texte zur Veranstaltungs-Rundreise durch die BRD mit Vertretern der New Afrikan Peoples Organization, dem Movimiento Liberaçion National (Puerto Rico), dem American Indian Movement und dem Movimento Liberaçion National (Mexico), Doku, 72S., 8.-DM

Hans-Gerd Henke: Der "Jude" als Kollektivsymbol in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1914, 130S., 22.-DM. *Decaton-Verlag, Mainz*

Jörg Petersen (Hg.): Grüße aus Deutschland. Satiren und Karikaturen gegen rechts. Mit Beiträgen von Tomi Ungerer, Marie Marcks, Klaus Staeck etc., 144 S., 16,80DM, *Verlag Die Werkstatt, Göttingen*

Alan Wood: Die Vorgeschichte der Russischen Revolution. Reihe Grundwissen Geschichte, 70S., 9,80 DM. *Decaton-Verlag, Mainz*

Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs: »Jaccuse!« Zur Affäre Dreyfus. 170 S., 19,80DM. *Decaton-Verlag, Mainz*

Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa. Osteuropa-Studien, Band 1. 231 S., 45.-DM. *Decaton-Verlag, Mainz*

VogelFrei - heißt eine neue österreichische Anarchozeitschrift. Die Nr. 2 bringt u.a. Beiträge zum Roma-Anschlag, eine Auseinandersetzung mit Auschwitz, aber auch Haschischrezepte und einen Hexenartikel. Der *SF* ist mit einem Original-Nachdruck aus Nr. 1/85 *(Murray Bookchin: Die Radikalisierung der Natur)* vertreten; die *ÖkoLinx* mit einem Nachdruck von *Peter Bierl "Ökofaschismus & New Age"*. 54S., 4.- Bezug: *LILI, Thomas Schmidinger, Letzestr. 9b, A-6800 Feldkirch*

Emil Carlebach: Tote auf Urlaub. 300S., 29,90DM *Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn*

Die rosaroten Pantherinnen (Hg.): ZEGG-SISMUS. Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt. Stop ZEGG-Doku, c/o ASTA-FU-Berlin, 34S., 3.-DM

Angst im Nacken und dennoch nicht aufgegeben -

Fraueninternierungslager in Frankreich 1939-1944

von Marianne Kröger



Sylta Busse und ein Modell
Scherenschnitt von Flora Süssmann (Didit)

Wem sind heute noch Rieucros bei Mende, oder Brens, in der Nähe von Albi, ein Begriff? Wohl kaum jemandem. Es sind die Namen zweier französischer Internierungslager, die Teil der Erinnerungen ehemaliger Spanienflüchtlinge und EmigrantInnen aus Hitlers Schreckensreich sind; jener Menschen also, die in der Hoffnung nach Frankreich gekommen waren, ausgerechnet dort sicher vor Verfolgung und Auslieferung zu sein, und dann entgegen ihren Erwartungen ab 1939 zu "feindlichen AusländerInnen" deklariert und interniert wurden. Rieucros und Brens sind die Namen zweier Internierungslager, die speziell für Frauen bestimmt waren, und diese Tatsache erklärt auch zum Teil, weshalb sie noch weniger bekannt sind als die gemischten oder Männerlager wie beispielsweise Le Vernet, Les Milles, Gurs oder Argelès.

> Und die Tage werden Wochen
> Und schon Monde zählen wir,
> Keine weiß, was sie verbrochen,
> Keine weiß, warum sie hier.
> Wir Rieucroser Frauen
> sind traurig anzuschauen, im Camp.

Die Kollaboration im Vichy-Frankreich mit den Nazis ist bis heute in Frankreich ein noch längst nicht ausreichend wahrgenommenes und bearbeitetes Thema. Erst allmählich beschäftigt man sich dort mit jenem dunklen Kapitel der französischen Geschichte, zu der auch die Internierungslager für ausländische Flüchtlinge zählen. Und dennoch waren jene Lager, obwohl sie ab 1942 offiziell die Bezeichnung "camps de concentration" trugen, keinesfalls mit den Konzentrationslagern der Nazis gleichzusetzen. Darauf verweist auch ausdrücklich die Autorin, die mit dem vorliegenden Buch erstmals die Geschichte jener beiden Fraueninternierungslager rekonstruiert hat. Der offizielle Zweck dieser Art von Lagern bestand nämlich in der Planung und Durchführung der Weiteremigration der Internierten in ein anderes Zufluchtsland oder der sogenannten 'freiwilligen' Rückkehr in die Herkunftsländer. Sie waren Bestandteil der französischen Innenpolitik, und nicht etwa von der Gestapo geschaffen.

Anfangs als Auffanglager für spanische Flüchtlinge nach der Niederlage der Republik Anfang 1939 eingerichtet, veränderte sich im Lauf der Zeit der Charakter jener Lager grundlegend. Dies hing mit den innen- und außenpolitischen Ereignissen zusammen. Nach dem Verbot der KPF im September 1939, nach der damit verbundenen Hetze gegenüber kommunistischen und linksradikalen AntifaschistInnen und schließlich nach der Niederlage Frankreichs im "drôle de guerre" wurden auch die Hitlerflüchtlinge pauschal zu "Feinden Frankreichs" erklärt, der Spionage verdächtigt und eben in jenen Lagern von der Bevölkerung ferngehalten. Damit war für die ExilantInnen die Hoffnung auf eine sichere Zuflucht im Asylland Frankreich zerstört.

> Sind verschieden unsre Sprachen
> Gleiches Schicksal tragen wir
> Kamen nach dem schönen Frankreich
> suchten ein Asyl uns hier.
> Wir Frau'n aus allen Ländern,
> wir wollen gern verändern,
> die Welt.

Angst vor Auslieferung an das Hitler-Regime prägte die Internierten. Auswege boten lediglich die mühsamen Versuche zur Visabeschaffung für außereuropäische Länder, der Anschluß an die Résistance, die Entscheidung, unterzutauchen oder die "freiwillige" Rückkehr nach Deutschland, zu der sich tatsächlich einige der Internierten entschlossen. Für die Männer gab es zusätzlich die Möglichkeit, der Fremdenlegion beizutreten.

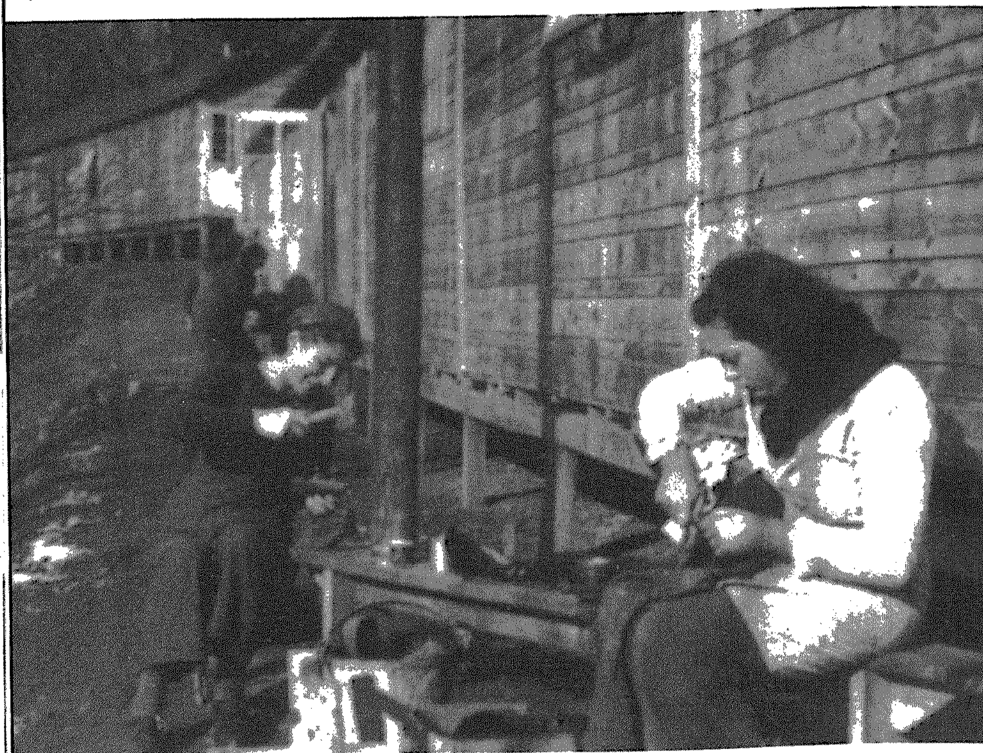
Im Buch ist die historische Gesamtlage sehr kurz angerissen. Mechtild Gilzmer konzentriert sich zunächst auf die Entstehungsgeschichte der Lager selbst sowie den Lageralltag unter den jeweiligen Umständen, wobei sie sich auf bislang unbekanntes Material aus den Lagerarchiven, aus Regionalarchiven, auf erhaltene Tagebuchaufzeichnungen sowie auf Aussagen und Dokumenten von Zeitzeuginnen, darunter Steffie Spira, Lenka Reinerov† und Doris Schaul, stützt. Arbeiten und Freizeitbeschäftigungen stehen dabei im Mittelpunkt, während wir über die politischen Aktivitäten leider nur sehr wenig Informationen erhalten.

Interessant ist jedoch ihr Hinweis auf die unterschiedliche Handhabung von Inhaftierungsgründen bei männlichen und weiblichen Exilierten: Das Dekret, sogenannte sujets ennemis unter Hinweis auf die von ihnen ausgehende "Gefahr für die innere Sicherheit und öffentliche Ordnung" einzusperren, enthielt unter anderem die Kategorie

"andere Motive", unter die der moralische Begriff "leichter Lebenswandel" fiel. Er wurde ausschließlich auf Frauen angewendet und in der Praxis natürlich völlig willkürlich ausgelegt. Darunter fiel Prostitution oder deren bloßer Verdacht, dafür reichte jedoch auch schon ein den Verwaltungsbeamten zu selbstbewußt erscheinendes Auftreten der einzelnen Frauen, ein untypischer Beruf oder auch eine unkonventionelle Lebensweise. Selbst aktiven Antifaschistinnen wurde am häufigsten jene Extrakategorie zur Last gelegt, während ihr politisches Engagement weitgehend ignoriert wurde.

Daß den Menschen endlich werde
Friede, Freiheit, Menschlichkeit!
Einmal wird der Tag uns leuchten,
Einmal werden wir befreit!
Wir Rieucroser Frauen,
Der Zukunft wir vertrauen, voll Mut.

In den Jahren nach Kriegsausbruch nahm die psychische Belastung der internierten Flüchtlinge extrem zu. Die enorme Angst, die die Frauen empfanden, war durchaus berechtigt: das Lager Brens wurde ab 1942 zur Zwischenstation für die Deportationen von Jüdinnen nach Auschwitz. Wir erfahren beispielsweise, daß sich die Frauen in Brens im August 1942 in einer einzigartigen Widerstandsaktion massiv gegen die Abholung und Deportation der jüdischen Mitgefangenen durch die französische Polizei zu wehren versuchten. Sie stellten sich vor die bedrohten Frauen, um sie zu decken, scheiterten jedoch schließlich an der Übermacht der Gardes Mobiles. Zur Erinnerung an jene abtransportierten und später ermordeten jüdischen Frauen sind ihre Namen aus den Deportationslisten hinten im Buch aufgeführt.



Ein besonderer Stellenwert kommt in Mechtild Gilzmers Buch den unterschiedlichen Widerstandsformen der Lagerinsassinnen zu. Auch ohne den blanken Terror und den Sadismus der Nazi-KZs bestand der Alltag der Frauen in den französischen Internierungslagern aus einem fortwährenden Kampf gegen Kälte, Hunger, Auslieferungsängste, Mutlosigkeit und der Gefahr der eigenen Vernachlässigung. Dennoch gab es immer wieder Solidarisierung untereinander und gemeinsame Protestaktionen, vor allem gegen Übergriffe oder gegen als ungerecht empfundene Maßnahmen der Autoritäten. Diese Erfahrung der gemeinsamen Stärke drückte sich auch in den Liedern aus.

Der dritte ausführliche Teil befaßt sich mit der Rolle der Kunst in Rieucros und Brens. Erstmals sind zahlreiche Illustrationen und Fotos aus den beiden Lagern hier veröffentlicht. Mechtild Gilzmer interessiert sich besonders für die Funktion der künstlerischen Tätigkeit unter den gegebenen Umständen und kommt zu dem Schluß, daß diese zwischen Selbstvergewisserung, kollektiver Stabilisierung und Realitätsflucht anzusiedeln sei. Es wurde gedichtet, Literatur verfaßt, Persönliches in Tagebüchern und Briefen festgehalten, gezeichnet und Theater gespielt, wobei es deutliche Unterschiede zwischen Rieucros und Brens gibt. Dies ist nicht verwunderlich, da zu Beginn der Internierung, also in Rieucros, die Rahmenbedingungen günstiger und die eigenen Antriebskräfte zur Kunstproduktion noch wesentlich stärker waren als später in Brens Anfang der 40er Jahre, wo die geistige und körperliche Verfassung der Frauen bereits deutlich gelitten hatte und auch die Hoffnung auf eine rasche Verbesserung der Lage allmählich geschwunden war. Dennoch ist das Ausmaß des Interesses an Kunst und Kultur insgesamt in beiden Lagern bemerkens- und auch bewundernswert. Einige erhaltene Exponate davon waren bereits in einer Ausstellung zu Rieucros und Brens in Berlin zu sehen, die ebenfalls von Mechtild Gilzmer konzipiert und durchgeführt worden war.

Mechtild Gilzmer: Fraueninternierungslager in Südfrankreich. Rieucros und Brens 1939-1944, Orlanda Frauenverlag 1994. 38 DM

1 Diese Strophe und die nachfolgenden stammen aus einem von Steffi Spira und Gertrud Rast im März 1940 erdachten Lied, das in Rieucros zur Melodie "Wir sind die Moorsoldaten" gesungen wurde.

Lichterketten und andere Irrlichter

Am 26. Mai 1993, vor gut anderthalb Jahren, nahm mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts und dem Versuch dies mittels der Blockade des Bundestages zu behindern, die Kampagne zum Tag X ihr Ende. Ihr Ziel sollte gewesen sein, die geräuschlose Entsorgung der doitschen Geschichte zu verhindern und den Rassismus der sogenannten "Asyldebatte" zu denunzieren. Oder, wie es die Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe formulierte, zu zeigen *"wo der rassistische Konsens seine legale Mitte hat"*.

Bereits am Tag X stellten die vom autonomen Spektrum Mobilisierten den größten Teil derjenigen, die gekommen waren, und vielleicht zur Verwunderung einiger, die nicht so genau wußten, wer sie mobilisiert hatte, distanzierte sich schon auf der Kundgebung ein Redner der Autonomen L.U.P.U.S. Gruppe vom linksliberalen Bündnisspektrum.

Daß der rassistische Konsens seine legale Mitte hat, daß es keiner Pogrome bedarf um Flüchtlinge zu vertreiben sollte auch der "Asylkompromiss" demonstrieren. Die HERRschende rassistische Kampagne scheint, ganz im Gegensatz zu den Versuchen eine antirassistische Gegenmacht zu mobilisieren, ihren Höhepunkt nicht erreichen zu wollen. Das Grundrecht auf Asyl wurde 1993 "im Kerzenschein der Lichterketten" abgeschafft, die Lichterketten haben ihren Zweck erfüllt, die "Bürgerinnen und Bürger" durften sich für ihre ausländisch mitbürgerlichen Müllfahrer ein Lichtlein entzünden und das Ausland ist beruhigt, in Deutschland ist alles in Ordnung.

"Im Kerzenschein der Lichterketten..." wurde im Frühjahr 1993 im Schwarzen Faden veröffentlicht, indes *"hangeln wir uns weiter von Großprojekt zu Großprojekt wie ein/e Seiltänzer/in ohne wirklich mit den Füßen den Boden berührt zu haben. Fast ausschließlich orientieren sich unsere Kämpfe an der Aktualität eines Themas statt an seiner Bedeutung innerhalb einer militanten Perspektive."* Sollten wir inzwischen wieder auf den Boden gekommen sein, dann jedenfalls nicht mit den Füßen - das Zitat entstammt einem zuerst 1986 veröffentlichten Text ("Geschichte wird gemacht..."); beide Texte sind jetzt wieder nachzulesen in dem Büchlein "Lichterketten und andere Irrlichter", welches im Herbst 94 in der *Edition ID Archiv* erschien.

"Aus Sorge um Deutschland", so meinte jedenfalls der Herr Präsident von Weizsäcker, demonstrierten am 8.11.1992 300000 in Berlin gegen "Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß und Gewalt". Die bürgerliche Ideologie befindet sich, auch wenn die Grenzen manchmal fließend sind, in Konkurrenz zur völkischen, wiewohl auch für den bürgerlichen Staat Rassismus konstitutiv ist und völkisches Denken bei "demokratischen" PolitikerInnen eine gewisse Tradition hat und immer moderner wird. Begriffliche Klarheit und genaue Differenzierung tut Not in Zeiten, in denen Linksradikale zur Verteidigung von Grundrechten mobilisieren und AntifaschistInnen vom "Verfassungs"-schutz verfolgt werden. Den historischen Wurzeln völkischer Ideologie und dem Spannungsverhältnis zur bürgerlichen geht L.U.P.U.S. in "Das Verlangen nach Herrschaft und der Wunsch nach Unterwerfung" nach.

Der Text "Ein Tag in Bonn. Nachfragen" geht noch einmal auf die der Kampagne folgende Debatte (u.a. in der offenbacher Zeitschrift "links") ein. Daß offene Grenzen das wenigste sind, was wir fordern können, daß es nicht darum gehen kann, "den bürgerlichen Staat vor sich selbst zu retten" stellt die L.U.P.U.S.-Gruppe dem Verfassungspatriotismus des linksliberalen Bündnisspektrums entgegen, das neben den Autonomen zum Tag X mobilisiert hatte.

Entschieden und eindeutig antirassistische und antinationale Positionen lassen ihre Protagonisten vielleicht ebenso isoliert dastehen, wie das Feministinnen seit Jahren schon aus ganz anderen (?) Auseinandersetzungen um Sexismus und männliche Ignoranz kennen.

Eine neue Perspektive militanter Politik ist derweil nicht in Sicht. In dem Bewußtsein als Volksschädlinge wider die doitsche Reinheit anzustinken, läßt sich vielleicht eine gewisse Handlungsfähigkeit erhalten.

Das Buch enthält außer den genannten noch 2 weitere Texte sowie einige wunderbare Bilder zu Brechts Seeräuber-Jenny. Hoppla!

von Ribo

Bakunin - Gott und der Staat


Foto: Theo Heimann

Nachdem der Titel in den 70er Jahren durch den Rowohlt-Verlag und den Bremer Impuls-Verlag lange Zeit lieferbar war, konnte dieser wichtige "Klassiker" seit ein paar Jahren nicht mehr rezipiert werden. Nachdem der Impuls-Verlag eingestellt worden war und nach langer Vorbereitungszeit (neuer Satz etc.), haben der Wiener Monte Verita-Verlag und der Trotzdem-Verlag, Grafenau in einer Koproduktion nun eine Neuausgabe verwirklicht. SF-Red.

Es besteht kein Zweifel daran, daß die heutige Fragwürdigkeit einiger theoretischer Postulate des Marxismus auch viele anarchistische TheoretikerInnen, darunter Bakunin, betreffen. Bakunins Affinitäten zur marxistischen Theorienbildung die gerade in *Gott und der Staat* deutlich werden – sind mit Sicherheit problematisch: das teleologische Geschichtsmodell, das in einem Entwicklungsideal vom "tierischen" hin zum "menschlichen" Leben, vom "phantastischen" hin zum "wissenschaftlichen" Denken jene Denkverhältnisse reproduziert, die seit Jahrhunderten die Herrschaft des weißen Mannes über die Natur und die "Wilden" legitimieren; das universalistische Weltbild, das von *einem* Menschen und *einer* "wahrhaft freien und menschlichen" Gesellschaft träumt, und die Augen verschließt vor der notwendigen Vielfalt autonomer Lebensverhältnisse; die Postulierung anthropologischer Wahrheiten, die es erlauben, von einem elitär-intellektuellen Standpunkt aus, die Einzelnen danach zu beurteilen, wie sehr sie ihren "wahren Bedürfnissen" folgen, wie sehr ihre Existenz ihrem "wahren" Wesen entspricht; das Primat sogenannter rationaler Erkenntnis, das die Beurteilung des Wunsches (und damit der Kunst oder der alltäglichen "Banalitäten") für revolutionäre Aktivität völlig vernachlässigt, ja jene sogar oft aus dieser auszuschließen beabsichtigt. – Bakunin-Exegese als quasi biblische Interpretation zu betreiben, wäre sicher unangemessen und bei der Bildung intellektueller Rückzugsgebiete abstrakter Glückseligkeit weit hilfreicher als bei der Stärkung revolutionärer Aktivität.

Nur, was heißt das schon? Wenn oben unter anderem die Idee des Universalismus in Frage gestellt wurde, muß das auch für das eigene Verhältnis zu einzelnen TheoretikerInnen gelten, das heißt: die Alternative zum *ganzen* Bakunin besteht nicht in *gar keinem* Bakunin, sondern besteht in einer anderen Leseweise: Nicht allgemeine Theorien zur Rettung der Welt werden gesucht, sondern einzelne Konzepte, Begriffe, Einfälle, die uns in je spezifischem Gebrauch Anlaß geben zu neuen Überlegungen, neuen Perspektiven, neuen Widerstandsformen, neuen Lebensgestaltungsmöglichkeiten.

Wer Bakunin so liest und wer revolutionären Wünschen folgt, dem/der braucht gar nicht gesagt werden, warum Bakunin heute allgemein wichtig sein soll, denn er/sie wird zwangsläufig auf das, was ihm/ihr an Bakunin wichtig ist, stoßen, und zwar *gerade heute*, wo autoritäre linke Theoriegebäude für die revolutionären Wünsche immer unattraktiver werden. *Gott und der Staat* nicht als revolutionäres Programm, sondern als Fundgrube subversiver Gedanken – von der Interpretation des biblischen Satans über die Bemerkungen zum Verhältnis von Kirche und Staat bis hin zu den Bekenntnissen zu einem konsequent antiautoritären politischen Kampf, vorbei an all dem Interessanten und Spannenden, das dazwischen liegt.

Darüber hinaus ist es nicht nur so, daß ein solcher spezifischer Umgang mit Bakunins Texten den Blick freimacht auf jene partikularen Konzepte, die durch die Fixiertheit auf eine allumfassende Theorie oft verdeckt werden, es ist nicht nur so, daß Bakunins Texte dadurch eher Anlaß zu einem subversiv-nomadischen Denken als zu einem erstarrten Dogmenblock geben, sondern es ist auch so, daß dadurch Bakunin nicht als personifizierte Wahrheit vor uns steht, sondern als ruheloser, umherwandernder, konsequenter und lokal wirkender Revolutionär, sodaß in einem solchen Lesen Bakunins ein Bild von ihm entsteht, das heute für revolutionäre Prozesse weit fruchtbarer ist als dasjenige eines wahrheitsverkündenden Heiligen.

Die Frage "Ist Bakunin noch aktuell?" ist somit falsch gestellt, sie müßte besser lauten: "Sind wir fähig, Bakunin so zu lesen, daß wir ihn aktualisieren können?"

Gabriel Kuhn

Bakunin: Gott und der Staat, 176 S., 19,80DM, Trotzdem-Verlag, Grafenau; & Monte Verita-Verlag, Wien.

Eine Buchbesprechung

"Was Kindheit für mich bedeutet? Ich hatte nie eine Kindheit. Kindheit ist ein Name, der in die Welt gesetzt wird - das ist alles. Ich weiß nicht was Kindheit ist, ich weiß nicht was Liebe ist, was Zärtlichkeit ist. Das gab es nie in meinem Leben. Es gab kein Spielen, keine Zuwendung von Mutter oder Vater. Meine Kindheit hieß nur kämpfen, um zu überleben. Kämpfen, um zu essen, um zu schlafen. Ich war nie ein Kind. Ich war immer eine Jugendliche oder Erwachsene. Denn wenn ich nicht in der Kindheit erwachsen gewesen wäre, wäre ich nicht mehr am Leben".

In dem Text-Bildband "Straßenkinder in Brasilien" erzählt dieses Straßenmädchen aus ihrem Leben. Sie zeichnet ein Selbstportrait, das hoffnungsvoll und erschütternd zugleich ist. Doch immer ist ihre Geschichte voller Würde. Sie besitzt nichts außer dieser Würde. Das ist die Quelle ihrer Hoffnung.

Dem Buch gelingt eine seltene Mischung: In Hintergründen, Bildern und Dokumenten zerreißen die AutorInnen und FotografInnen den Schleier der Konsumideologie hier, sowie die Scheinwelt des Neoliberalismus in Brasilien. Sie bringen uns Leben und Tod, soziale Katastrophe und brutale Gewalt an Straßenkindern ins wohlbehütete Heim. Sie führen uns mit vielen Dokumenten und politischen Einschätzungen, ob in dem Text der "Weg in die Verelendung" oder der Beschreibung des Landkonflikts, die Wirklichkeit in einem Land vor Augen, das lange Zeit als Schwellenland zur "Ersten Welt" bezeichnet wurde. Doch nicht nur die ökonomische Abhängigkeit, der Rassismus und die sozialen Widersprüche werden thematisiert. Beim Betrachten der Bilder mischen sich, wie an anderer Stelle einer der Autoren schreibt, Trauer und Wut in diesen Augenblicken - "und es gab für mich keinen Grund nicht in den pausenlosen Schrei der Kinder nach Gerechtigkeit (Queremos justicia)" bei der Beerdigung eines der Ihren einzustimmen.

Denn die Zahlen sind erschreckend. In nur fünf Jahren ist die Rede von ca. 16 000 getöteten Kindern, die auf das Konto von Todesschwadronen, Privatmilizen und Polizisten gehen. Es sind Kopfgeldjäger, die von der Gesellschaft und vom Staat gedeckt einen uneingeschränkten Handlungsspielraum besitzen - vor allem in den Armenvierteln (favelas). Doch die beginnen sich zu wehren. Sie fordern soziale und politische Gerechtigkeit. "Bewußtseinsbildung und politische Aufklärung, Prozesse, die Jahrzehnte von den Diktatoren unterdrückt wurden, beginnen nun, das Land in Bewegung zu bringen".

Mit den Schwarz/weiß-Fotos der Publikation werden keine heuchlerischen Konzessionen an die Ästhetik eines Bildbandes gemacht. Im Gegenteil, diese Bilder erzählen harte Realität. Weder die Schläge der Gewalt während der Kinderarbeit werden heruntergespielt, noch wird die tiefe Traurigkeit oder auch Freude der Straßenkinder verfälscht. Denn das kann die Fotografie. Sie zeigt eben nicht nur einen Moment, einen Ausschnitt, eine pulsierende Sekunde der Wirklichkeit, nein, die Bildersprache ästhetisiert und verachtet oft ihr Subjekt. Auch die sozialdokumentarische Fotografie.

Doch in diesen Bildern gibt es nichts Überflüssiges. In dem Bildkapitel "Vom Müll und anderen Wüsten" nähert sich die Kamera zunächst mit der ganzen fotografischen Weite dem Leben auf dem Müll. Wie sagt der Fotograf Fernando Vargas, "ein Foto tut nicht weh". Aber die Details in den Bildern sprechen eine eigene Sprache. Sie unterscheiden sich von den Fotos der Konsumgesellschaft, die beliebig austauschbar sind und nichts bedeuten. Hier wird das Leben der Kinder auf dem Müll, im Müll und die Alltäglichkeit ihres Überlebenskampfes gezeigt. Einfach und profan! Aber die Bilder zeigen auch ihren Respekt und ihre Würde.

Das ist kein makabrer, obszöner Exhibitionismus des Elends, kein fotografischer Zynismus wie wir ihn von den Magazinen her kennen, sondern von innen fotografiert, solidarisch. Wie schreibt Eduardo Galeano mit seiner poetisch-deutlichen Sprache in dem Nachwortessay dies Buch trifft unsere Erwartungen und Hoffnungen im Kampf gegen Gesetzlosigkeit, Gewalt, Ausgrenzung und Verelendung. Die Initiative der Gruppe ISKA (Herausgeber), die diese Situation in ihren Veröffentlichungen schildert und anklagt, hat uns bei der Bewußtseinsbildung von Gruppen und Institutionen im Kampf gegen die Welle der Gewalt, die sich seit nunmehr fast 500 Jahren über unser Land zieht, sehr geholfen".

Meninos da Rua
Straßenkinder in Brasilien

von Axel Stelzner und Fernando Vargas mit Beiträgen von Volmer do Nascimento und Eduardo Galeano Hg.: Gruppe ISKA

Herby Sachs

Neuerscheinungen Frühjahr 1995

ID-Archiv im IISG (Hg.)

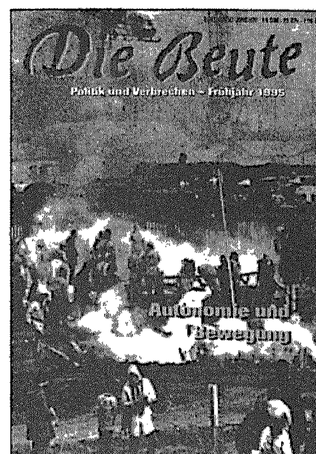
›wir haben mehr fragen als antworten‹

RAF-Diskussionen 1992– 1994

Ob die Geschichte der RAF als Stadtguerilla in der BRD nach 25 Jahren bewaffnetem Kampf beendet ist, scheint momentan noch offen. Klar ist jedoch: Seit Oktober 1993 hat es einen Bruch zwischen den Illegalen der RAF und dem größten Teil der Gefangenen gegeben. Dieses Buch macht den Diskussionsprozeß in der jüngsten Geschichte der RAF transparent, von der »April-Erklärung« 1992 über die Knastsprengung in Weiterstadt, von Bad Kleinen bis zum Hungerstreik im Sommer 1994.

400 Seiten, 36,– DM





Die Beute

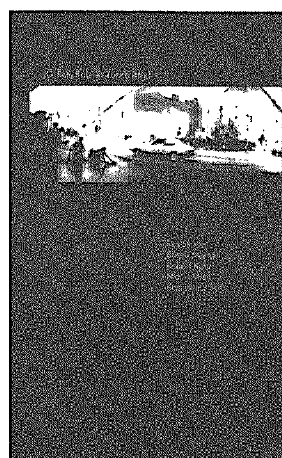
Politik und Verbrechen – vierteljährlich

Heft 5: Autonomie und Bewegung

Gespräch zum Autonomie-Kongreß im Frühjahr '95 • Simone Wassmer/Daniel Stern: Antifa im Züricher Unterland • Jost Müller/Thomas Seibert: Autonome Koalitionsaussagen • Dokumente zum Themenschwerpunkt.

weitere Beiträge: Christiane Müller-Lobeck/Martin Rüster: Die Feinde der britischen Erwachsenenkultur • Detlef Diederichsen. Country • Ali El-Kenz: Algerien • • Giesbert Lepper: C.M. Wieland u.a.

144 Seiten, 14,– DM



140 Seiten
14,– DM

Res Strehle, Ernest Mandel, Robert Kurz, Maria Mies, Karl Heinz Roth

Krise? Welche Krise?

(Hg.: IG Rote Fabrik Zürich)

Wer kann heute schon mit Bestimmtheit voraussagen, wie sich die Ökonomie der One-World entwickeln wird? Bietet der Neomarxismus Analyseansätze, mit denen sich der scheinbar eigendynamische Lauf der Dinge beeinflussen läßt? Das Buch umfaßt überarbeitete Beiträge einer Veranstaltungsreihe in Zürich.



160 Seiten
18,– DM

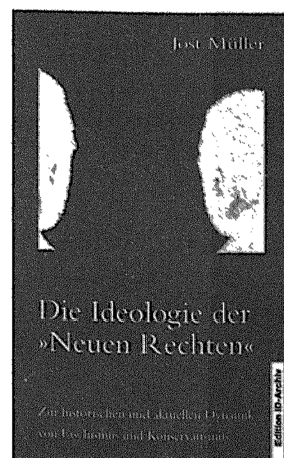
Klaus Bittermann

Geisterfahrer der Einheit

Kommentare zur Wiedervereinigungskrise

Retrospektiv erweist sich die chronische Krise der Bundesrepublik vor dem Anschluß der DDR als ein fast idyllischer Zustand, verglichen mit den Erscheinungen, die seit 1989 zum Vorschein gekommen sind.

»Und wieder weist Klaus Bittermann ... nach, daß sogar ein Verleger ein ausgezeichneter und witziger Autor sein kann.« *(Eckard Henscheid in Titanic)*



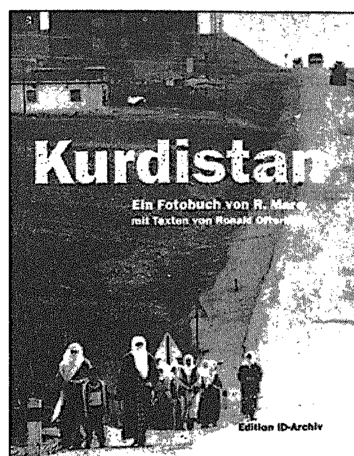
ca. 160 Seiten
ca. 18,– DM

Jost Müller

Die Ideologie der ›Neuen Rechten‹

Zur historischen und aktuellen Dynamik von Faschismus und Konservatismus

Jost Müller verdeutlicht die verschiedenen politischen Strategien der ›Neuen Rechten‹ vor dem Hintergrund ihrer Bezugnahme auf den historischen Nazismus und das konservativ-faschistische Lager der Weimarer Republik.



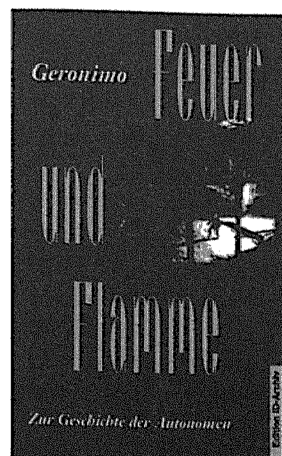
medico international (Hg.)

Kurdistan

Ein Fotobuch von R. Maro
mit Texten von Ronald Ofteringer und Ralf Bäcker

ca. 110 Seiten, ca. 100 z.T. ganzseitige Fotos, Großformat, Fadenheftung
ca. 28,– DM

Themen der Fotos und Texte sind: Alltagsleben & sozialer Wandel, Verstädterung & Modernisierung, Verfolgung & Unterdrückung, Widerstand & Befreiungskampf
R. Maro, Ronald Ofteringer und Ralf Bäcker arbeiten als freie Journalisten und Fotografen. Seit 1984 hielten sie sich mehrmals für längere Zeit in Kurdistan auf.



Geronimo

Feuer und Flamme

Zur Geschichte der Autonomen

Das wohl umfassendste Buch zur Geschichte der linksradikalen Szene in der BRD nach 1968: Apo, Spontis, K-Sekten, italienische Autonomia, Anti-AKW-Bewegung, Häuserkampf, Startbahn West, Hafenstraße, IWF-Kampagne, Golfkrieg, Antifa, bewaffneter Kampf ...

vollständig überarbeitete Neuauflage
230 Seiten, 20,– DM

Edition ID-Archiv – Postfach 360205 – 10972 Berlin

Das ehemals von der SF-Redaktion ins Leben gerufene ***FLI (Forum für libertäre Informationen)*** wird als überregionaler Diskussionszusammenhang wiederbelebt! Das FLI war ein mehrjähriger, lockerer, personell unterschiedlicher und organisationsübergreifender Zusammenschluß von AnarchistInnen, die sich halbjährlich zu vorbereiteten Diskussionstagen in Tagungshäusern (Burg Waldeck, Lutter, Bad Sachsa, KOMM etc.) trafen. Ein erstes Vorbereitungstreffen fand am 26.3.95 in Hannover statt. Nähere Infos und den Ort des ersten regulären Treffens erhält mensch bei: *Gerald (05132-7415 oder Oliver (0511-830930)*

Vom **12.-14.5.** findet in **Malente** (Gustav-Heinemann-Bildungsstätte) die **Tagung der Erich-Mühsam-Gesellschaft** statt. Das diesjährige Thema lautet "Frauen im Umkreis von Erich Mühsam". Folgende Vorträge sind geplant: von Uschi Otten (Berlin) über die Biographie Zenzl Mühsams, von Ursula Naumann (Baiersdorf) "Frauenliebe und -leben" (Zenzl im Prager Exil), von Reinhard Müller (Hamburg) über Zenzl in der Sowjetunion und von Wolfgang Kroeske (Berlin) "Das Geld kommt nur zu dem, der es mehr liebt als alles andere" (Franziska zu Reventlow und der Geldkomplex). Unkostenbeitrag: 70,.-DM. Anmeldungen an: *Horst Krause, Am Brink 2, 23564 Lübeck.*

Sommercamp. Vom 22.-30. Juli findet in Hamburgs Umgebung ein Sommercamp der anarchistischen Föderation Hamburg statt. Anmeldungen an: *AFH, c/o Libertäres Zentrum Hamburg, Lagerstr.27, 20357 Hamburg*

Vom *12.-14.5.* findet in *Wustrow* im Wendland ein *Utopie-Seminar* der Hamburger Gewaltfreien Aktion statt. (150.-DM, & 90.-Selbstverpflegung). Anmeldung: *Kurve Wustrow, Kirchstr.14, 29462 Wustrow, Tel. 05843-507* (vgl. auch den Leserbrief von Jan Stehn in dieser Ausgabe).

Zu einem bundesweiten Treffen vom **7.- 9. April** lädt das Anarchistisch Antisexistisches Netzwerk nach Mainz ein und zwar ins Haus Mainausch. Thema ist unter anderem die Unzulänglichkeit geschlechtsspezifischer Rollenbilder. Informationen über das Treffen sind über das *Dezentral* in der *Wittelsbacher Allee 45* in *60316 Frankfurt* zu beziehen.

Zwischen den **13. und 15. Mai** finden in Frankfurt "Situationistische Tage" statt. Neben Aktionen sollen Veranstaltungen zu Kunst im Kapitalismus, mit Robert Orth, Christoph Amman, u.a., zu dem Verhältnis von Zeitungen und sozialer Bewegung (eingeladen sind beute, Schwarzer Faden, Aktion) und schließlich zur Aktualität des Situationismus stattfinden. Näheres bei *AStA der FH, z Hd. Guy Debord, Kleiststr. 10, 60318 Frankfurt*

Kurzes & Termine

btr. Interview mit Murray Bookchin von Wolfgang Haug, aus: SF-1/95 (Nr.52)

Bookchin spricht Fragen an, die mich hinsichtlich meines Anarchismus-Verständnisses schon länger beschäftigen.

Bookchin beschreibt zwei grundlegende anarchistische Traditionen: den individualistischen, liberalen, anti-politischen Anarchismus und den sozialistischen, gemeinschaftsbezogenenen, politischen Anarchismus, und er engagiert sich für den letzteren und gegen den ersteren. Ich dagegen meine, daß wir für die Gestaltung einer freien Gesellschaft *beide* anarchistischen Traditionen brauchen, daß sie sich ergänzen müssen. Das möchte ich gerne erläutern.

Bookchin stellt sich eine freie Gesellschaft als Basisdemokratie in Form von großen, lokalen BürgerInnen-Versammlungen vor, die nach dem Mehrheitsprinzip über ihre Angelegenheiten entscheiden und lose mit anderen Versammlungen in einer Föderation zusammengeschlossen sind. Grundsätzlich stimme ich Bookchin zu, daß Anarchismus und Demokratie nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern wesensverwandt sind. Bedeutet doch Demokratie, gleichberechtigt und nicht-hierarchisch gemeinschaftliche Fragen zu entscheiden. In der Praxis stößt allerdings dieser demokratische Anspruch schnell an seine Grenzen:

Wieviele Menschen trauen sich, auf großen Versammlungen zu reden? Schon wegen der begrenzten Zeit können auch gar nicht alle Meinungen gehört werden. Verfahrensfragen, etwa wie die Fragestellungen lauten, in welcher Reihenfolge abgestimmt wird, was überhaupt auf die Tagesordnung kommt usw., bestimmen wesentlich den Entscheidungsprozeß. Und wer hat das Recht, auf der Versammlung zu reden und abzustimmen? Wo und wie werden die Grenzen zwischen den Bürgerversammlungen gezogen? Darf über alles mehrheitlich abgestimmt werden? Wo beginnt der Bereich der individuellen, unveräußerlichen BürgerInnenrechte, die auch durch eine Mehrheit nicht angetastet werden dürfen?

Um in einer Gemeinschaft Angelegenheiten demokratisch zu regeln, bedarf es dreier Bedingungen, die vorab geklärt sein müssen:

- Wer gehört zur Gemeinschaft?
- Worüber soll gemeinschaftlich entschieden werden?
- Nach welchen Verfahrensregeln wird entschieden?

Da die Klärung dieser Fragen Voraussetzung für das demokratische Verfahren ist, können sie selber nicht auf demokratischen Wege beantwortet werden. Und an dieser Stelle setzt die Berechtigung und Notwendigkeit des individuellen Anarchismus an, der fordert, daß diese gemeinschaftsgründenen Fragen auf dem Konsens der Beteiligten beruhen. Der individuelle Anarchismus ist keineswegs gemeinschaftsfeindlich, wie man vielleicht nach den Ausführungen von Bookchin denken könnte. Alle Formen von Vereinigungen mit den unterschiedlichsten Regelungen, für die verschiedensten Zwecke sind im individuellen Anarchismus möglich. Bedingung ist nur, daß sie durch freie Zustimmung der Beteiligten entstehen und niemand sein Recht verliert, aus einer Gemeinschaft wieder auszutreten.

Was der individuelle Anarchismus ablehnt, sind alle Formen von Zwangsvereinigungen, vor allem natürlich den Staat als Monopol- und Gewaltorganisation. Auch Bookchins Nachbarschaftsversammlungen hätten für den individuellen Anarchismus einen rein privaten Charakter. Sie hätten nur das Recht, über die Sachen der an ihnen Beteiligten zu entscheiden. Wenn jemand unzufrieden ist, sich übergangen fühlt, könnte er oder sie austreten und sich eventuell einer anderen Vereinigung anschließen. Keine Vereinigung hätte einen Monopolanspruch. Für den individuellen Anarchismus besteht die Gesellschaft – Bookchin beschreibt das sehr richtig – aus einem System von freien Vereinbarungen und Verträgen. Im besten Sinne verwirklicht er die multikulturelle, vielfältige Gesellschaft, in der unterschiedlichste Lebensweisen und Bedürfnisse sich verwirklichen und nebeneinander existieren können.

Die *Autonomie* (Entscheidungsfreiheit) des Individuums ist zentral für den individuellen Anarchismus. Aber wie verlaufen die Grenzen zwischen meiner Autonomie und der Autonomie der anderen? Wie grenzen sich die Entscheidungsrechte der durch freie Vereinbarung entstehenden Gemeinschaften voneinander ab? Der individuelle Anarchismus fußt auf individuellem Eigentum: ich kann frei entscheiden über mich, über den Ertrag meiner Arbeit und über mein Eigentum. Alle Formen von gemeinschaftlichem Eigentum sind möglich, aber auch sie können nur durch freie Vereinbarung entstehen. Die Entscheidungsrechte von Gemeinschaften reichen nicht weiter, als ihre Mitglieder von ihrer Autonomie der Gemeinschaft übertragen haben. Reicht das für eine freie Gesellschaft? Ich meine *Nein* und komme über diesen Umweg zurück zu Bookchins demokratischem, kommunalistischem Anarchismus.

Ohne Eigentum gibt es im individuellen Anarchismus keine Freiheit. Mehr noch: das Eigentum muß unter den Individuen grundsätzlich gleich verteilt sein. Denn freie Verträge sind nur möglich zwischen Menschen mit gleicher Autonomie. Wir sind aber nicht gleich und insofern tendiert auch eine freie Gesellschaft zur Ungleichheit. Eigentum wird sich anhäufen in den Händen der sogenannten Erfolgreichen, andere werden ihr Eigentum verlieren und abhängig werden. Der individuelle Anarchismus gibt keine Garantie dagegen, daß sich Freiheit in Ungleichheit auflöst. Individueller Anarchismus braucht soziale und sozialistische Rahmenbedingungen.

Deshalb ist Bookchin zuzustimmen, daß es in einer freien Gesellschaft eine politische Sphäre geben muß, in der die Menschen ihre jeweiligen privaten, individuellen Interessen überschreiten und das gemeinsame Wohl im Auge haben. Was ist aber dieses gemeinsame Wohl? Wie kann verhindert werden, daß unter dem Deckmantel des sogenannten Allgemeininteresses die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen und die Vielfalt der Lebensweisen unterdrückt und plattgemacht werden?

Meine Antwort lautet: Der politische Bereich muß sich aller inhaltlicher Fragen enthalten. Er hat nicht das Recht den Menschen Vorschriften zu machen, wie sie ihr Leben, ihr Zusammenleben, ihre Arbeit, ihre Bedürfnisse gestalten. Seine Aufgabe ist ausschließlich, den Menschen, ohne Vorgaben, die Ressourcen (Mittel) zur Verfügung zu stellen, damit jeder Mensch die gleiche Möglichkeit hat, seine Lebenswünsche in Freiheit zu verwirklichen.

Wie kann das konkret aussehen? In der Utopie-Arbeitsgruppe Hamburg haben wir im Rahmen des Gewaltfreien Aktionsbündnisses ein Modell entworfen, in dem wir individuellen Anarchimus kombiniert haben mit sozialistischen Rahmenbedingungen, die durch eine libertäre Demokratie gestaltet werden. Es ist hier nicht der Platz, dieses Modell darzustellen. Ein Grundgedanke ist, daß Produktionsmittel, Häuser und Boden gesellschaftliches Eigentum sind, aber auf der Basis eines Kredits als individueller Besitz genutzt werden. (vgl. Utopiebroschüre)

Individuelle Freiheit und ein solidarisch gestalteter Gesellschaftsrahmen - beides ist notwendig, beide Pole stehen aber auch in Gegensatz zueinander. Dieses Spannungsverhältnis wird auch in einer anarchistischen Gesellschaft nicht aufgehoben sein. Darüber möchte ich weiter diskutieren: Wie kann in einer freien Gesellschaft der politische Bereich gestaltet werden, so daß er in der Lage ist, ausreichend solidarische Rahmenbedingungen zu setzen, sich aber nicht zum Moloch über die Menschen erhebt.

Jan Stehn, Hamburg

(Die Utopiebroschüre, 60S., 7.-DM kann bei Jan angefordert werden: Jan Stehn, Dorfstr.30, 29462 Blütlingen)



Foto: R. Marc

Neue Lagerräumaktion: Alte SF-Nummern, viele mit zeitlos interessanten Beiträgen, im 8er-Paket billiger!

Wir bieten gegen Rechnung drei Pakete zu je 10.- DM (zzgl. 5,50 Päckchenporto pro Einzelpaket, alle 3 Pakete zzgl. 7.- Paketporto) an:

Paket 1 (enthält die Nummern 24-31, u.a. mit:) Künstler und Gesellschaft (Patriarchatskritik v. Stefan Schütz), Bewegung 2.Juni (v. Ralf Reinders), Patriarchatskritik (v. Rosella di Leo), Interviews mit M.Bookchin, P. Parin, M.Foucault, der CNT; IWF (v. Detlef Hartmann), Kulturkritik (v. Herby Sachs), Medienkritik (v. Jörg Auberg), Panik und Politik (von Agentur Bilwet), Leiharbeit in der BRD (v. Thomas Schupp)

Paket 2 (enthält die Nummern 32-39, u.a. mit:) Sextourismus und Frauenhandel (v. Anita Wilmes), Nationalismusdiskussion, Subsistenz (v. Verohika Bennholdt-Thomsen), Sozialer Ökofeminismus (v. Janet Biehl), Nationalismus und Befreiung - Kurden (v. Roland Ofteringer), Gegenöffentlichkeit (v. Jörg Auberg), Doitschstunde (v. LUPUS), Krieg u. Geschwindigkeit (v. Ulrich Bröckling)

Paket 3 (enthält die Nummern 40-47, u.a. mit:) Pogrome beginnen im Kopf (v. Wolfgang Haug), Desinformation u. d. Golfkrieg (v. Noam Chomsky), Interviews m. Jutta Ditfurth, Otto F. Walter, Noam Chomsky, Libertärer Kommunalismus (v. Murray Bookchin), Kriegstreiberdiskurs (v. Klaus Schönberger), Staatlichkeit als Okkupation (v. Michael Wilk), Medienrandale (v. AFRIKA), Eurozentrismus (v. Karl Rössel), Kulturchauvinismus (v. Herby Sachs), Das Jahr 501 (v. Noam Chomsky), Ökofaschismus (v. Peter Bierl), Frauenpolitik im Kleide der Herrschaft (v.Encarnación G. Rodriguez), Libertäre Tage, ZEGG (v. Louis Lerouge), Frauen-KZ-Ravensbrück (v. Ilse Schwipper)

Register/Gebundene Jahresbände

Das **SF-Register** ist inzwischen erschienen. Es umfaßt 72 Seiten, alle Beiträge wurden unter der jeweiligen Ausgabe aufgenommen, dazu enthält es ein Autoren-, Photographen- Orts- und Schlagwortregister. Das ganze kostet nur 10.-DM zzgl. Porto. Wer das Register als Word-Datei (für DOS) oder als Pagemaker-Datei (für MAC) auf Diskette haben will, kann dies ebenfalls für 10.-DM bei uns bekommen.

Die **rot (mit schwarzer Prägung) gebundenen Jahresbände des SF** können für jeweils 50.-DM pro Jahr incl. Register bezogen werden. Bei uns sind derzeit die Jahrgänge 1989-1994 bestellbar. Etwas längere Lieferzeiten müssen einkalkuliert werden, weil wir uns keine Vorräte anlegen, sondern direkt nach Bestelleingang binden lassen.



Postvertriebsstück * E 9860 F * Entgelt bezahlt * Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau